

89. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. März 2007, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6753	Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD)	
Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Kurt Renk	6768	Gerecht ist, wenn Schule stattfindet! 1000 neue Lehrer für Bayern jetzt einstellen (Drs. 15/7643)	
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN „Integration statt Ausgrenzung und Abschiebung – für eine humanitäre Bleiberechtsregelung in Bayern!“		Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 6772 Bernd Sibler (CSU) 6775 Simone Tolle (GRÜNE) 6776 Staatsminister Siegfried Schneider 6778, 6779 Zwischenbemerkung Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 6779	
Maria Scharfenberg (GRÜNE)	6753, 6766	Beschluss	6779
Martin Neumeyer (CSU)	6754	Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Rainer Volkmann (SPD)	6754, 6764	Ausbau der Windenergienutzung in Bayern (Drs. 15/7644)	
Staatsminister Dr. Günther Beckstein ..	6755, 6766	und	
Angelika Weikert (SPD)	6758	Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD)	
Ernst Weidenbusch (CSU)	6759	Ausbau der Windkraftanlagen in Bayern (Drs. 15/7651)	
Peter Winter (CSU)	6760	Ruth Paulig (GRÜNE)	6779, 6787
Hans Joachim Werner (SPD)	6761	Susann Biedefeld (SPD)	6781, 6785
Hans Herold (CSU)	6762	Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU)	6782
Renate Ackermann (GRÜNE)	6763	Staatsminister Erwin Huber	6783, 6785
Alexander König (CSU)	6763	Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/7644 (s. a. Anlage 1) ..	6789, 6796, 6799
Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Henning Kaul u. a. u. Frakt. (CSU)		Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/7651 (s. a. Anlage 2)	6789, 6796, 6801
Freie Fahrt für Fahrzeuge mit geregelter Kat in Umweltzonen – Unstimmigkeiten bei der Kfz-Kennzeichnung beseitigen (Drs. 15/7642)			
Johannes Hintersberger (CSU)	6768		
Ludwig Wörner (SPD)	6769, 6772		
Ruth Paulig (GRÜNE)	6770		
Staatsminister Dr. Werner Schnappauf	6770		
Zwischenbemerkung Ruth Paulig (GRÜNE) ..	6772		
Beschluss	6772		

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD)
Entschließung „Konsens gentechnikanbaufreies Bayern“ (Drs. 15/7645)

Verweisung in den Umweltausschuss 6789

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Hic Bavaria, hic salta: Bedarfsdeckung in der Kinderbildung und -betreuung im Jahr 2010 für unter 3-Jährige (Drs. 15/7646)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Joachim Wahnschaffe, Johanna Werner-Muggendorfer u. a. u. Frakt. (SPD)
Verantwortung für bedarfsgerechten Ausbau und Finanzierung von Kindertagesstätten für Kinder unter 3 Jahren in Bayern übernehmen (Drs. 15/7652)

Verweisung in den Sozialausschuss 6789

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Rainer Volkmann, Johanna Werner-Muggendorfer u. a. u. Frakt. (SPD)
Bleiberechtsregelung (Drs. 15/7647)

Verweisung in den Verfassungsausschuss 6789

Neuwahl bzw. Wiederwahl von berufsrichterlichen **Mitgliedern** des **Bayerischen Verfassungsgerichtshofs** und **Wahl** der **zweiten Vertreterin des Präsidenten**

Geheime Wahl 6789, 6796, 6797

Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Franz Schindler, Bärbel Narnhammer u. a. u. Frakt. (SPD) zur **Regelung des Jugendstrafvollzuges (Bayerisches Jugendstrafvollzugsgesetz – BayJugSt-VollzG)** (Drs. 15/7566)

– Erste Lesung –

Franz Schindler (SPD) 6790, 6794
Peter Weinhofer (CSU) 6792
Christine Stahl (GRÜNE) 6793
Staatsministerin Dr. Beate Merk 6793, 6794

Verweisung in den Verfassungsausschuss 6795

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes** (Drs. 15/6570)

– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/7614)

Josef Zellmeier (CSU) 6795
Franz Schindler (SPD) 6795
Christine Stahl (GRÜNE) 6795, 6796
Staatsministerin Dr. Beate Merk 6795

Beschluss in Zweiter Lesung 6796

Schlussabstimmung 6796

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage 3)

Beschluss 6796, 6803

Schluss der Sitzung 6797

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 89. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahme genehmigung gebeten. Sie ist erteilt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Die Aktuelle Stunde hat das Thema: „**Integration statt Ausgrenzung und Abschiebung – für eine humanitäre Bleiberechtsregelung in Bayern!**“ In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion darf der erste Redner zehn Minuten sprechen. Ich wiederhole das für die Zuschauer. Die Mitglieder des Parlaments kennen es. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten. Wir beginnen mit der Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Scharfenberg.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Das Thema Bleiberecht kann eine entscheidende Bedeutung dafür erlangen, ob die CSU die absolute Mehrheit in Bayern verteidigen kann.“ – Das sagte Herr Beckstein als designierter Ministerpräsident und als Innenminister am Montag, wie in der „Süddeutschen Zeitung“ nachzulesen ist. Ich frage mich, wo die Bekenntnisse eines Herrn Beckstein zum Thema Integration geblieben sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ständig reist er im Land umher und gibt den neuen Landesvater, der sich um alles kümmert, auch um Ausländer, wenn sie denn nur integrationswillig sind. Andererseits setzen Sie sich mit dem noch amtierenden Ministerpräsidenten Stoiber an die Spitze der Bewegung derer, die das rot-grüne Zuwanderungsgesetz unterwandern wollen, wann immer es möglich ist. Das muss man einfach einmal so sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben das Zuwanderungsgesetz Gott sei Dank auf den Weg bringen können,

(Thomas Kreuzer (CSU): Das das Verfassungsgericht aufgehoben hat!)

und Sie unterwandern es hier vor Ort.

Am Montag hat Ministerpräsident Stoiber im Koalitionsausschuss kurz vor der Abstimmung im Bundestag und im Bundesrat sein Veto zum Paket Bleiberecht eingelegt, obwohl Herr Beckstein dieses Paket schon im November letzten Jahres mit der CDU und der SPD auf der Innenministerkonferenz unter seiner Präsidentschaft -wohl-gemerkt – geschnürt hat. Bravo, sage ich! Soviel zum

Thema Glaubwürdigkeit gegenüber den Schwächsten in unserer Gesellschaft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, diese Menschen zählen auf Sie. In Bayern gibt es circa 12 000 Flüchtlinge, die geduldet sind, weil sie nicht abgeschoben werden können. Sie wollen – und das müssen wir positiv sehen – ihre Kräfte endlich in den Arbeitsprozess einbringen. Sie wollen sich gerne in unsere Gesellschaft einbringen, wenn Sie von der CSU sie nur lassen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen feststellen, dass diese Leute arbeitswillig sind. Sie dürfen nicht noch hinter diesem für uns schon sehr dürrtigen Koalitionskompromiss zurückbleiben. Wir alle können es nicht zulassen, dass so etwas passiert. Der Koalitionskompromiss sagt ganz klar, dass Ausländerinnen und Ausländer zweieinhalb Jahre lang, also bis 2009, bei uns Arbeit suchen können. Das muss den Ausländern und Ausländerinnen auch mit allen Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Sie zahlen dann auch in die Sozialversicherungssysteme ein. Übrigens ist das bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern so: Wenn es Arbeit gibt, zahlt man in unsere Systeme ein.

Den Betroffenen soll nach den Vorstellungen der CSU für die Zeit der Arbeitssuche kein Bleiberecht, sondern nur eine Verlängerung der Duldung angeboten werden. Das finden wir als GRÜNE untragbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Stoiber sagte gestern im „Morgenmagazin“ ganz klar: „Das Ganze wollen wir ohne Zugang zu den Sozialsystemen.“ Das heißt im Klartext: Alles bleibt, wie es ist. Der Ausländer muss sich als langjährig Geduldeter mit der untragbaren Situation abfinden, dass es für ihn nur Sachleistungen statt Bargeld, Lagerunterbringung und nur eine medizinische Notversorgung gibt. Das ist keine Art, mit Menschen umzugehen, die hier teilweise schon zehn Jahre leben und arbeitswillig und integrationswillig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Arbeitgeber stellen viel zu wenig geduldete Ausländer ein. Denn es gibt auch noch die Vorrangprüfung, ob ein Ausländer einem deutschen oder einem EU-Bürger die Arbeitsstelle nimmt. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit kommt das einem Arbeitsverbot gleich.

Der CSU-Innenexperte Hans Peter Uhl sagte, dass es mit der Neuregelung des Bleiberechts erstmals ermöglicht werde, dass geduldete Ausländer in Deutschland überhaupt arbeiten können. Deshalb ist das Votum Stoibers zum Koalitionskompromiss verlogen. Das Votum ist eine schlichte Irreführung, denn eine Bleiberechtsregelung wird nur dann erfolgreich sein können, wenn Stoiber nicht mit seiner Forderung durchkommt, die lautet: Ohne Arbeit keine Aufenthaltsgenehmigung und

ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeit. Nur weil die Herren Stoiber und Beckstein Angst davor haben, die Stammtischhoheit zu verlieren, fallen Sie Ihrer eigenen Landesgruppe im Bundestag in den Rücken. Die hat bereits dem Kompromiss zugestimmt. Es ist unsäglich von Ihnen, dass Sie gut integrierte Mitbürgerinnen und Mitbürger parteipolitischen Überlegungen opfern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordern wir Sie auf, dem ohnehin sehr dürrftigen Koalitionskompromiss in Berlin unbedingt zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Neumeyer.

Martin Neumeyer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Scharfenberg, es gibt gute Menschen und es gibt Realisten. Der bisherige Beschluss hat sich bewährt. Die Zahlen in Bayern sprechen für sich. Seit 17. November bis heute wurden 400 Aufenthaltserlaubnisse erteilt und 700 Duldungen zur Arbeitsplatzsuche ausgesprochen. Das beweist, dass das bisherige System stimmt. Bayern wird deswegen auch weiterhin auf die Änderung des Bleiberechts bestehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es darf keine Zuwanderung zulasten der deutschen Sozialkassen geben. Ein Erfolg der bayerischen Regierung ist es, dass der Koalitionsausschuss die Entscheidung über die künftige Bleiberechtsregelung für Ausländer wegen der bayerischen Einwendungen vertagt hat. Bayern ist mit seiner Meinung ein Vorreiter für die Bürgerinnen und Bürger. Noch ist nichts entschieden. Nächste Woche wird entschieden.

Die bayerische Position, die Position der CSU, war immer eindeutig und klar. Mit Sicherheit ist dies auch die Position der Mehrheit der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger, der Wählerinnen und Wähler und insbesondere auch die Position des Wählerklientels der SPD. Fast täglich sind wir von der CSU in Versammlungen und erfahren von den Menschen, was sie wollen und was wir Politiker tun sollen. Deswegen ist die Position der CSU näher am Menschen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Näher am Stammtisch!)

Mit allen demokratischen und argumentativen Mitteln soll die bisherige Koalitionsaussage in unserem Sinne verändert werden. Ministerpräsident Edmund Stoiber wird in der nächsten Woche bei den Verhandlungen viel Kraft brauchen. Wir wünschen ihm dazu viel Erfolg im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen eine Lösung finden, die dem Grundsatz „keine höheren Sozialleistungen für Ausländer vor der Arbeitsaufnahme“ entspricht. Sie kennen die Situation in Bayern. Hier sind mehrere Tausend Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Sie erhalten gekürzte Sozialleistungen, oft auch Sachleistungen. Wenn wir dies ändern

würden, müssten wir die Mittel um einen dreistelligen Millionenbetrag erhöhen. Das wollen wir nicht.

Denn nach den Plänen der Bundesregierung und der Großen Koalition sollen die Ausländer volle Sozialleistungen und das Recht auf Wohnung erhalten.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie haben dem ja auch zugestimmt! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahrscheinlich haben Sie da den Falschen hingeschickt! – Heiterkeit bei der SPD)

Bei all diesen Debatten darf nicht die Frage ausgespart werden, wer das bezahlen soll. Bezahlen muss es der Bürger und der Steuerzahler.

(Christine Stahl (GRÜNE): Dann lasst sie doch arbeiten!)

Die Pläne der Großen Koalition würden die Aufgabe des Grundsatzes „Arbeit vor Aufenthaltserlaubnis“ bedeuten. In diesen Überlegungen liegt ein massiver Widerspruch zum Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17.11.2006; man gehe weg vom Grundsatz Fördern und Fordern und weg vom Grundsatz, den Geduldeten eine faire Chance in Deutschland zu geben.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jahrzehntelang in die Sozialversicherung einbezahlt haben, hätten kein Verständnis dafür, wenn sie bei den Sozialleistungen den Asylbewerbern gleichgestellt würden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Lassen Sie sie eben arbeiten!)

Wir gehen zuversichtlich in die Verhandlungen der kommenden Wochen und hoffen auf eine gute und vernünftige Lösung für all unsere Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Ihre Gleichsetzung von Integration mit Ausgrenzung, wie Sie es mit Ihrem Thema formulieren, mag zwar gut klingen, aber es ist nicht die Realität. Und wer sich nicht an der Realität orientiert, wird von der Realität überholt.

(Beifall bei der CSU – Engelhard Kupka (CSU): Das ist wohl wahr!)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Volkmann.

Rainer Volkmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Neumeyer! Eine gute und vernünftige Lösung ist bereits gefunden worden. Ich finde es außerordentlich befremdlich, dass Sie diese Lösung jetzt wieder in Frage stellen. Darin liegt das eigentliche Problem.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie wissen, haben die Innenminister auf ihrer Konferenz im Jahre 2006 bezüglich der Bleiberechtsregelung eine Vereinbarung gefunden, und jetzt geht es darum,

dass insgesamt elf EU-Richtlinien umgesetzt werden müssen. Die Bundesrepublik befindet sich damit im Verzug; sie hätte diese EU-Richtlinien bereits im Oktober vergangenen Jahres umsetzen müssen. Sie hat das nicht getan. Sie muss es jetzt tun. Im Rahmen der Novellierung ist in den §§ 104 a und b des Aufenthaltsgesetzes auch diese ergänzende Bleiberechtsregelung aufgenommen worden. Die Regelung ist ohne jede Frage sinnvoll und gibt den Betroffenen die Möglichkeit, sich bis zum Jahr 2009 um Arbeit zu kümmern, bzw. sie müssen bis dahin schon 15 Monate gearbeitet haben, um in den Genuss dieser Regelung zu kommen.

Etwas, was wirklich wichtig ist, aber die Situation in der Bundesrepublik nicht leichter macht, ist Folgendes: Wenn die Vertreter der Großen Koalition in Berlin in einem Arbeitskreis, in dem auch ein CSU-Mitglied dabei ist, und zwar ein sachkundiger und stringenter Vertreter in Ihrem Sinne, nämlich Herr Dr. Hans-Peter Uhl aus München,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ein übler Hardliner!)

der als Kreisverwaltungsreferent nicht weniger rigide in Ausländerfragen war als Sie, Herr Dr. Beckstein, zu diesem Kompromiss vorbehaltlos Ja sagen, dann müssen Sie den Leuten erst einmal erklären, warum der Freistaat Bayern das Rad jetzt wieder neu erfinden will und damit die Große Koalition wieder von vorn anfangen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine rein destruktive Politik. Wenn Sie versuchen, den Leuten zu sagen, man wolle das wegen der Gefährdung der Sozialsysteme so machen, wie es Herr Neumeyer eben in seinem Beitrag unterstrichen hat, dann machen Sie den Leuten Angst, aber gleichzeitig beklagen Sie dann eine Angststimmung in der Bevölkerung, die Sie selbst herbeiführen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Problem. Wenn Sie in den letzten 20 Jahren das Thema Ausländer nicht so missbraucht hätten, um innenpolitische Erfolge zu erzielen, dann wäre alles ganz anders.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin Herrn Dr. Beckstein außerordentlich dankbar, dass er der „Süddeutschen Zeitung“ gegenüber erklärt hat, worauf es ihm ankommt, nämlich auf das Wahlergebnis der CSU. Wir sagen seit 20 Jahren, dass das Ihre Motivation ist. Ihnen geht es nicht um die Ausländer, Ihnen geht es nicht um den sozialen Frieden in diesem Lande, und es geht Ihnen auch nicht darum, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Menschen hier bei uns das verstehen, was man in allen wohlhabenden Staaten kapiert, dass nämlich Zuwanderung nicht nur eine Gefahr ist, sondern dass Zuwanderung und eine gelungene Integration eine große Chance für das ganze Land bedeuten.

(Beifall bei der SPD)

Das negieren Sie ständig, und das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Das, meine ich, ist das eigentliche Problem. Ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich mich einmal auf Hans-Peter Uhl berufen kann, über den zu ärgern ich ausreichend Gelegenheit hatte, als er Stadtrat war.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hätte ich mir auch nicht vorgestellt!)

– Ja, manchmal geht das Leben eigenartige Wege. Ich muss mich aber da auf ihn berufen, wo er sagt, mit der neuen Regelung hätten die Ausländer die Möglichkeit, zu arbeiten und den Staat zu entlasten.

Erklären Sie mir doch einmal, warum Sie immer nur die negative Seite darstellen und nicht aufzeigen, dass diejenigen Ausländer, die jetzt von öffentlichen Geldern leben, sich nicht nur selbst versorgen, wenn sie arbeiten gehen können, sondern auch noch Abgaben an diesen Staat zahlen. Warum bringen Sie diesen Aktivposten nicht mit in die Diskussion ein und hacken immer nur auf dem Negativen herum.

(Beifall bei der SPD)

Herr Beckstein, das ist nicht nur schade, sondern das ist auch bedauerlich und für den Freistaat Bayern insgesamt beschämend.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat nun Staatsminister Dr. Beckstein.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Volkmann, ich schätze Sie sonst sehr,

(Zuruf von der SPD: Hoffentlich immer!)

aber das, was Sie jetzt gesagt haben, ist mir wenig verständlich. Worum geht es? Die Innenministerkonferenz hat gesagt: Abgelehnte Asylbewerber, bei denen durch alle Instanzen festgestellt ist, dass es keine humanitären Gründe für das Hierbleiben gibt, haben zu gehen. Voraussetzung ist also immer die Duldung. Das bedeutet, abgelehnte Asylbewerber, bei denen keine humanitären Gründe bestehen, dürfen nicht hierbleiben.

(Zurufe von der SPD)

Dennoch sind sie über viele Jahre hier, und deshalb haben die Innenminister auf ihrer Konferenz einstimmig – also auch die SPD-Innenminister – gesagt, diejenigen, die integriert sind oder bis zum 30. September eine Chance auf Integration haben, sollen großzügigerweise bleiben und diejenigen, die von Sozialleistungen leben, müssen das Land wieder verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Nochmals: Es geht um Leute, die abgelehnt sind, nicht um Menschen, die etwa als Fachleute nach Deutschland gekommen sind. Es geht um solche, die mehr als sechs Jahre durch Leistungen aus der Sozialkasse auf den Taschen der Bürger gelegen sind.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und warum? – Weil sie eben nicht arbeiten dürfen!)

– Darauf komme ich sofort. Sie dürfen arbeiten, allerdings nachrangig gegenüber den Deutschen. In diesem Zusammenhang fordere ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, auf, dafür zu sorgen, dass das Recht, uneingeschränkt zu arbeiten von Anfang an gegeben ist nach einer Karenzzeit von einem Jahr. Das ist leider nicht durchsetzbar gewesen. Die SPD lehnt es ab, dass es zwischen dem ersten und sechsten Jahr ein Arbeitsrecht geben soll. Und jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen, wir treten für ein großzügiges Bleiberecht ein. Wissen Sie denn, wie viel das insgesamt kostet? Das beläuft sich auf 700 Millionen bis 1,3 Milliarden Euro im Jahr.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten einmal mit mir in den Stadtteil Hasenberg gehen und das den Menschen sagen, die dort 20 Jahre und mehr Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben und denen man heute über Hartz IV Kürzungen zumutet. Sie wollen nun in den Fällen, in denen es kein humanitäres Gebot und keine humanitären Verpflichtungen gibt, wo Asylverfahren abgelehnt wurden und sowohl die Härtefallkommission als auch die Petitionsausschüsse Nein gesagt haben, großzügig sein und sagen: Schaut nicht auf das bisschen Geld! 700 Millionen bis 1,3 Milliarden Euro; das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der CSU)

Auch Kollegen der Union – Sie zitierten Herrn Uhl – sagen keinesfalls, dass die Bleiberechtsregelung das sei, was man wolle. Herr Uhl sagt nur, er müsse es machen, weil die SPD es durchsetzen will.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

– Natürlich! Es gebe sonst nicht die Bereitschaft, den Grundsatz Deutsch zu sprechen vor Einreise oder die Heraufsetzung des Nachzugsalters auf 18 Jahre zu akzeptieren.

Das würde nicht gemacht werden. Und nur als Kompromiss wird deswegen auch die Zitrone mitgenommen, sonst käme man nicht zu einer Regelung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, wir haben in der Innenministerkonferenz einstimmig und mit Zustimmung des Bundesinnenministers eine, wie ich meine, vernünftige Regelung getroffen; einstimmig mit Zustimmung des Bundesinnenministers!

Ich sehe ein, dass die SPD verlangt, dass man darüber hinausgehende Bleiberegulungen trifft, auch wenn das die Sozialkassen Hunderte von Millionen kostet. Aber das sollen Sie der Öffentlichkeit gegenüber vertreten. Ich bin nicht bereit zu sagen, wer 30 Jahre gearbeitet hat, dem reduzieren wir die Leistungen auf ein Jahr. Dann wird in härtester Weise eine Anrechnung durchgeführt, während wir in dem anderen Punkt äußerst großzügig sind, obwohl es humanitär nicht geboten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Ich sage, wir müssen mehr dafür tun, dass die Menschen, die hier sind, arbeiten dürfen. Ich rufe die SPD auf, ihren Widerstand in Berlin aufzugeben.

(Beifall bei der CSU)

In Berlin hat die SPD auch jetzt bei den Kompromissen die Forderung der Unionsinnenminister abgelehnt – auch Herr Müntefering hat die Forderung der Unionsinnenminister abgelehnt –, dass man die Gleichwertigkeit auf dem Arbeitsmarkt sofort nach einer Karenzzeit von einem oder von zwei Jahren herstellt, weil sonst die Arbeitslosenzahl nach oben geht. Sagen Sie doch bitte schön hier nicht, die würden alle gerne arbeiten, aber ihr von CSU lasst das nicht zu. Wir von CSU würden das in größerem Umfang zulassen als Sie selber.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir müssen deutlich machen, dass, wer Arbeit hat und integriert ist, das Aufenthaltsrecht bekommt. Wir sehen, dass die Kompromisse notwendig sind, um andere Regelungen – etwa in Bezug auf Deutschkenntnisse für Einreisende und in der Frage der Heraufsetzung des Familiennachzugs – zu bekommen. Aber die Problematik ist, wir wollen keine Zuwanderung, keine Verfestigung der Ansprüche an Sozialsysteme, ohne dass hier jemand integriert ist. Das halte ich für etwas Vernünftiges. Wer meint, wir würden das alles blockieren, dem sage ich: Die Beschlüsse der Innenministerkonferenz sind auch mit Zustimmung der SPD-Kollegen erfolgt. Wir haben das hier im Landtag bei manchen Bereichen wiederholt erörtert. Das ist eine großzügige Lösung; übrigens großzügiger als alle Altfallregelungen, die es vorher gegeben hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir müssen die EU-Richtlinien umsetzen, und dazu brauchen wir die SPD. Das bedeutet, dass dann auch Kröten geschluckt werden müssen, die ich eigentlich für problematisch halte. Noch einmal: Wenn man demjenigen, der hier sechs Jahre lebt und heute das Arbeitsrecht hat, aber keine Arbeit gefunden hat, entweder wegen des Nachrangs gegenüber Bevorrechtigten oder weil er sich nicht genügend bemüht hat, sagt, jetzt geben wir ihm drei Jahre Aufenthaltserlaubnis, obwohl er unter Umständen noch keinen einzigen Tag gearbeitet hat, erscheint mir das problematisch, weil das zu weit geht. Aber, wie gesagt, die SPD tritt dafür ein. Das sollten Sie öffentlich vertreten. Ich sage: Wir wollen denen, die integriert sind, großzügig humanitär Aufenthalt gewähren, weil wir

sagen, die Problematik des Bürgerkriegs in Jugoslawien und die Frage der Asylproblematik war in den Neunzigerjahren größer; wir müssen noch eine über das Zuwanderungsgesetz hinausgehende Altfallregelung schaffen. Aber daraus eine großflächige Zuwanderung in die Sozialsysteme zu riskieren, wäre zu weit gegriffen.

Ich halte es für gut, dass letzten Montag im Koalitionsausschuss besprochen worden ist, dass man eine Regelung findet, die es möglichst vermeidet, dass die Leute mit der sofortigen Gewährung des Aufenthaltsrechts die vollen Sozialleistungen bekommen und dass alle Menschen aus den Asylunterkünften herauskommen und damit die vollen Sozialleistungen – Wohnungsgewährung auch zulasten der Kommunen – über Hartz IV beziehen. Diese Einzelheiten werden noch besprochen, da sind wir im Moment sehr konstruktiv dabei, damit auf diese Weise dem Grundprinzip entsprochen wird, das alle Innenminister in Deutschland – auch die, die der SPD angehören – mit vertreten hatten. Wir wollen solchen, die langjährig hier sind, die Chance geben, dauerhaft zu bleiben, wenn sie integriert sind oder in einer relativ kurzen Frist die Integration aufnehmen. Aber Integration heißt nicht allein, dass man weiß, welche Sozialleistungen man bekommt,

(Zuruf von den GRÜNEN)

sondern Integration bedeutet Arbeit und Sprachkenntnisse, und die sind notwendig. -Da ist der Kompromiss der Innenministerkonferenz besser als der bisherige Kompromiss gewesen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Aber es wird hier ein kleines Stück nachverhandelt werden,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und da wird es um dieses Grundprinzip gehen, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass die SPD wirklich sagt, wir wollen bei dem Personenkreis sehr viel großzügiger sein als bei den anderen Personen, bei denen in den vergangenen Jahren Sozialleistungen gekürzt worden sind.

(Rainer Volkmann (SPD): Jetzt reden Sie nicht solchen Schmarrn, das ist ja unerträglich! – Weitere Zurufe des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

Deswegen glaube ich, dass die Haltung, die nicht zuletzt von allen – –

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

– Herr Kollege Volkmann, das ist eine Haltung, die von allen Innenministern der Union und von der Mehrheit der Innenminister der SPD mitgetragen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

– Reden Sie mit dem Kollegen Körting, der sagt, es wäre ein Fehler, jemandem ohne Chance auf Arbeit bis 2009 die Aufenthaltserlaubnis und damit die Möglichkeit zu geben, in jedem Fall aus dem Asylbewerberheim herauszugehen und zulasten der Sozialbehörden eine Wohnung zu nehmen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Noch einmal: Die Kosten, die Sie sich auf der Zunge zergehen lassen und die Sie Ihren Wählern erklären sollten,

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

betragen jährlich viele Hunderte von Millionen; der Gesamtbereich beträgt inzwischen 700 Millionen bis 1,3 Milliarden Euro.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hausnummern!)

Noch einmal: nicht für humanitäre Härtefälle, nicht für Verfolgte, sondern für die Personen, für die es bisher eine gesetzliche Verpflichtung zur Abschiebung gegeben hat. Daher lasse ich nicht zu, dass uns hier irgendjemand vorwirft, wir hätten humanitäre Defizite. Ich sage Ihnen – das lasse ich mir von keinem Menschen gefallen –,

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

wir haben in Bayern mehr Bosnier aufgenommen als die anderen Länder Europas zusammen. Wir, also nur Bayern, haben mehr Kosovaren aufgenommen als andere Länder in Europa. Wir haben das humanitär Notwendige getan. Aber wir wollen auch sagen, wer sich integriert, kann bleiben, aber die Integration muss er erst beweisen. Wir wollen nicht allein einen Stempel geben und danach hoffen, die Probleme werden gelöst.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich mische jetzt die Folge der Redner neu durch, damit wir nicht geschlossene Fraktionsblöcke hintereinander haben und um der Lebendigkeit der Aussprache willen. Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Weikert, dann folgen Herr Kollege Weidenbusch, Herr Kollege Winter,

(Zuruf)

– einen Moment, Frau Kollegin – dann Herr Werner, Herr Kollege Herold, als Nummer 6 Frau Kollegin Ackermann und dann Herr Kollege König. Außerdem darf ich darauf hinweisen, dass der Herr Staatsminister – ich weiß, die SPD hat schon aufmerksam danach geschaut – 22 Sekunden über den zehn Minuten liegt. Es wird dann möglicherweise eine weitere Runde beantragt, darauf können Sie sich alle einstellen. Ich hoffe, dass jetzt alle

eine zeitliche Orientierung über ihren Redebeitrag haben. Nun hat das Wort Frau Kollegin Weikert.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bei manchen Redebeiträgen wäre eine kürzere Redezeit angebrachter, auch hier in diesem Haus.

Herr Innenminister, Kolleginnen und Kollegen von der CSU!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich meine, wir waren in der Diskussion, wie wir mit Menschen umgehen, die nach Deutschland zuwandern und die aus irgendwelchen Gründen aus allen Teilen der Welt zu uns kommen, schon einmal etwas weiter. Wir haben ein gemeinsames Zuwanderungsgesetz beschlossen, das in dieser Republik alle großen Parteien demokratisch verabredet haben. Da waren viele Kompromisse dabei. Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass dieses Zuwanderungsgesetz ein Gesetz war, das die Türe nach Deutschland eher geschlossen als aufgemacht hat. Das war der Grundkonsens. Wir dachten, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dass wir mit so einer Basis auch eine Basis der Diskussion haben, wie wir mit dieser Problematik in unserer Gesellschaft in Deutschland demokratisch verantwortlich umgehen.

Das ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer und des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD) – Der Rednerin wird das Ende der Redezeit signalisiert.)

– Ich darf vielleicht noch zwei Minuten nachlegen, weil ich möchte, dass Herr Beckstein mir zuhört.

Dabei, wie wir damit umgehen, Herr Minister Beckstein, geht es ganz wesentlich um die Wortwahl, wie wir was und vor welchem Hintergrund in diesem Land diskutieren und welche Kompromisse wir an welcher Stelle suchen. Zur Bleiberechtsregelung, die ja viele Jahre umstritten war – das ist keine Diskussion, die erst in den letzten Wochen und Monaten aufgetaucht wäre –, sagen Sie, Herr Beckstein, als ersten Satz immer wieder und auch heute: Es darf keine weitere Zuwanderung in die Sozialversicherungssysteme geben. Herr Beckstein, da lügen Sie schon.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

Genau mit diesem Satz lügen Sie, weil es keine weitere Zuwanderung in die Sozialversicherungssysteme ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Menschen – und das ist der Hintergrund dieses Beschlusses – sind bereits seit sechs oder acht Jahren – das ist die Voraussetzung – in Deutschland und nehmen nach der Rechtsprechung und Sozialgesetzge-

bung dieses Landes Leistungen in Anspruch, um etwas zu essen und zum Schlafen zu haben. Das ist der erste Punkt, wo Sie einfach mit den Gefühlen der Menschen spielen. Es geht nicht darum, die Türen aufzumachen und neue Menschen nach Deutschland zu locken, sondern es geht darum, eine Situation im Sinne der Sache vernünftig zu lösen, die bereits vorhanden ist.

Deshalb bitte ich Sie noch einmal, Herr Innenminister, in Ihrer Verantwortung als Politiker und gerade als Innenminister sich bewusst zu sein, welche Problematik das mit Rechtstendenzen usw. hervorrufen kann, und sehr sorgfältig auf Ihre Wortwahl zu achten. Das war mein erster Punkt.

(Alexander König (CSU): Da würden Sie selber gut daran tun!)

– Herr König, Sie können sich später melden.

Und jetzt das Zweite. Herr Beckstein, es ist mitnichten so, dass sich die SPD gegen eine Arbeitsaufnahme dieser Menschen bundesweit wehrt. Lassen Sie mich dieses Argument aussprechen. Sofort nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz – meines Wissens, vielleicht wissen Sie es ja anders – wurde vom Arbeitsministerium Müntefering die Nachrangigkeit in der Arbeitsvermittlung, was die Agenturen betrifft, gelockert.

(Staatsminister Dr. Günther Beckstein schüttelt den Kopf.)

– Nicht? Dann können Sie es vielleicht später berichtigen. Sollte das nicht der Fall sein, werden wir innerparteilich auch unseren Teil dazu beitragen, dass so etwas diskutiert wird. Es geht natürlich darum, dass diese Menschen in der Lage sind, Arbeit aufzunehmen.

(Rainer Volkmann (SPD): Das ist ja der Sinn der Sache!)

Das ist für die Menschen das Beste und ist natürlich auch für unser System das Beste.

In einem zweiten Punkt, Herr Minister Beckstein, bringen Sie unverhältnismäßig Schärfe in die Diskussion, wenn Sie nämlich von Millionen von Kosten reden. Sie kennen die Kosten nicht, Sie können sie gar nicht kennen. Warten Sie meine Argumente ab. Es ist in der Diskussion um die betroffene Personengruppe einmal von 200 000 die Rede, einmal von 160 000, einmal von 180 000. Ich habe bei meiner Ausländerbehörde nachgefragt. Dort hat man mir gesagt: Frau Weikert, wir können zu diesem Zeitpunkt beim allerbesten Willen keine verlässlichen Zahlen nennen, und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen: weil diese Personengruppe nicht so einfach zu erfassen ist, weil man nicht weiß, wer Anträge stellt. Sie wissen auch nicht, Herr Minister Beckstein, wie viele aus der betroffenen Personengruppe bis zum Zeitpunkt Januar Arbeit aufnimmt und dadurch das Sozialsystem gegenüber den jetzigen Leistungen klar entlastet. Fakt ist – ich hatte es am Anfang gesagt –, dass es nicht um eine neue Gruppe geht, sondern es geht um eine vernünftige Lösung für die, die schon da sind.

Ein letztes Argument: Herr Innenminister, Sie enttäuschen mich sehr. Ich bin in der Flüchtlingsarbeit sehr aktiv und habe mich einmal sehr gefreut über Ihre vorläufige Auslegung des Beschlusses der Innenministerkonferenz. Sie haben das Motto ausgegeben: der betroffenen Personengruppe eine faire Chance geben. Das erkennen wir an. Es ist übrigens auch das Motto der Bundesbeauftragten für Migrations- und Flüchtlingsfragen, die bekanntlich von der CDU kommt.

Sie sind in Ihren Auslegungsbestimmungen, Herr Dr. Beckstein, gerade bei der Passbeschaffung und in vielen anderen schwierigen Fragen, die damit zusammenhängen – –

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, Sie sind so erheblich über Ihrer Redezeit.

Angelika Weikert (SPD): Ich komme zum Schluss. Sie sind mit diesen Problemen in einer Art und Weise umgegangen, dass ich gesagt habe: Gut, das Problem ist erkannt, und Sie geben dieser Gruppe wirklich eine faire Chance. Jetzt weichen Sie davon ab, bringen scharfe Töne in die Diskussion, die nicht sachlich sind, ...

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, Sie sollten meine Toleranz nicht unendlich strapazieren.

Angelika Weikert (SPD): und heizen damit die Stimmung an.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich persönlich der Fraktion der GRÜNEN danken, dass sie das zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht hat. Ich war schon ein wenig traurig, dass wir das nicht tun können, weil wir diesmal nicht das Vorschlagsrecht haben.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie hätten den ersten Dringlichkeitsantrag bringen können!)

Es ist wirklich aktuell, und es ist auch wirklich schön, das besprechen zu können. Man muss auch einmal Danke sagen, wenn es gerechtfertigt ist.

(Christine Stahl (GRÜNE): Das wird Ihnen noch leidtun!)

Es geht in der Diskussion um das Bleiberecht darum – daran darf man nicht vorbeireden –, wie wir das bei uns organisieren wollen und welche Außenwirkung erzielt wird. Da kann man das Herz betonen, Herr Volkmann, wie Sie es tun,

(Rainer Volkmann (SPD): Ich habe den Verstand betont!)

und da kann man das Hirn betonen, wie wir es tun.

(Lachen bei der Opposition – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wo haben Sie denn Ihr Herz?)

Da stellt sich einfach die Frage: Mit wie viel Hirn arbeite ich mit dem Herzen – Ich spreche Ihnen nicht ab, dass Sie das auch tun, das ist eine Frage der Gewichtung. Genauso müssen Sie, ob es Ihnen gefällt oder nicht, zur Kenntnis nehmen, dass die CSU bei allem Vernünftigen, was sie tut, auch immer ihr Herz sprechen lässt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach Gott!)

Darum gibt es diesen Bleiberechtskompromiss, darum gab es die Regelung der IMK, und darum hat man sich mit der Frage auseinandergesetzt: Was ist möglich? Speziell beim Nachzug von Ehegatten sagen wir halt eindeutig – Sie haben den Innenminister deswegen angesprochen –: Eine Integration ist ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht möglich,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Darum geht's doch gar nicht in diesem Fall!)

und darum fordern wir sie. Das ist uns ein wichtiges Anliegen. Es ist selbstverständlich so, dass jemand, der die Deutschkenntnisse nach der Stufe A 2 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen nicht beherrscht, also an einem einfachen Gespräch nicht teilnehmen kann, schon allein deswegen nicht integriert werden kann, weil er unsere Versuche, ihn zu integrieren, gar nicht verstehen kann.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Thema verfehlt!)

Dieser Anspruch ist auch nicht übertrieben. Es ist ja nicht so, dass der Bewerber nachweisen muss, dass er besonders gut Deutsch kann oder das Gespräch gar selbst führen, lenken oder in Gang halten kann. Die Stufe A 2 verlangt von ihm ja nur, dass er seine Lebenssituation und seine persönlichen Verhältnisse auf Frage beantworten kann. Da muss ich sagen, dass kann man auch verlangen. Es ist ohnehin so, dass diese Latte bald so niedrig gelegt ist, dass man kriechend nicht unten durchkommt. Insofern ist es aus unserer Sicht das Normalste der Welt, dass wir bestimmte Regelungen verlangen.

Jetzt komme ich zum Teil 2. Das ist das, was Sie problematisiert haben: Es ginge ja nur um Menschen, die schon eine ganze Weile da sind und denen man jetzt diese Leistungen auf Dauer zugestehen sollte, sodass es ein Bleiberecht sei. Damit kommen wir zur Außenwirkung – und das wissen Sie auch –, weil die Umgangsweise von Staaten mit dieser Frage im modernen Technologiezeitalter weltweit innerhalb kürzester Zeit kommuniziert ist.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach so!)

Natürlich wird die Fragestellung: Darf man in Deutschland, wenn man es nur geschafft hat, lange genug nicht gehen zu müssen, auf Dauer bleiben und ins soziale

Sicherungssystem einscheren? auf der ganzen Welt mit Interesse betrachtet.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die sind doch sowieso drin in den sozialen Sicherungssystemen!)

Selbstverständlich werden potenzielle Zuwanderer sich damit befassen, ob sie illegal zu uns einreisen, sich dann einer gesetzeskonformen Abschiebung lang genug entziehen und am Ende damit rechnen dürfen, dass genügend Menschen wie sie fordern, dass sie dableiben dürfen und Sozialleistungen bekommen, weil Sie ohnehin schon so lange da sind.

Da kann man zu Recht sagen: Ich habe das Herz am rechten Fleck, das will ich. Wahrscheinlich wollen das zusammen mit Ihnen knapp 20 % der Bevölkerung.

Man kann aber auch mit Fug und Recht sagen: Das wollen wir nicht. Wir wollen das, was erwirtschaftet und erarbeitet wurde, an die verteilen, die es erwirtschaftet und erarbeitet haben, und von diesem Grundsatz wollen wir nur in wenigen, eng begrenzten Ausnahmefällen abweichen und denen etwas zukommen lassen, die nichts in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben, und zwar in Fällen, in denen wir der Meinung sind, dass es aus humanitären Gründen gerechtfertigt ist. Das ist der Unterschied zwischen uns, und mit diesem Unterschied stellen wir uns den Wählern und der Wahl.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Winter.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Integration von Zuwanderern – hier meine ich vor allem Spätaussiedler ebenso wie bleiberechtigte Ausländer – ist eine gesellschaftliche Herausforderung ersten Ranges. Wir stellen uns in Bayern dieser Aufgabe mit einer breiten Palette von Angeboten für die Menschen, die zu uns gekommen sind, um mit uns hier zu leben. Integration kann aber nur gelingen, wenn sich die Zuwanderer auf die Integration einlassen, wenn sie durch das Erlernen der deutschen Sprache ein sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland setzen und das Gewaltmonopol des Staates und vor allem die Werte des Grundgesetzes achten. Diese Integrationsbereitschaft muss von allen Zuwanderern eingefordert werden. Nur so kann ein vernünftiges Miteinander auf Dauer gelingen.

Herr Kollege Volkmann, ich nenne Ihnen gerne ein paar positive Beispiele. Wir fördern die Integration mit großem Engagement im Kindergartenalter und durch die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen. Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – das BayKiBiG –, das am 01.08.2005 in Kraft getreten ist, legt einen Schwerpunkt auf die Sprachförderung im Kindergarten. Für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, die über keine oder nur unzureichende Deutschkenntnisse verfügen, ist nach dem BayKiBiG eine besondere Sprachförderung sicherzustellen. Zusätzliches Personal für die

Sprachförderung kann durch den erhöhten Gewichtungsfaktor für Kinder aus Migrationsfamilien finanziert werden. Wir befinden uns dabei auf einem guten Weg im Interesse derer, die zu Recht bei uns sind.

Wir tun dies mit Sprachbestandserhebungen und Vorkursen in Deutsch. Spätestens im Jahr vor der Einschulung wird in den Kindergärten bei jedem Kind mit Migrationshintergrund eine Sprachstandserhebung durchgeführt. Diese Maßnahmen werden seit Beginn des Schuljahres 2005/2006 mit 160 Stunden für derzeit 6700 Kinder in über 700 Vorkursen durchgeführt.

(Simone Tolle (GRÜNE) und Maria Scharfenberg (GRÜNE): Thema!)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gehört zum Thema. Sie wollen es nur nicht hören. Wir sorgen für Integration, wir reden nicht nur davon.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist ein ernstes Thema!)

Wir setzen dies fort mit Integrationsmaßnahmen im Schulalter. – Liebe Frau Scharfenberg, hören Sie doch zu, bevor Sie Ihre rituellen Schreikrämpfe bekommen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir sorgen für Sprachförderung in der Grund- und Hauptschule. Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, die trotz der Sprachförderung in einem Vorkurs bzw. in einem Kindergarten mit Sprachförderkurs bei der Einschulung nicht über für den Schulbesuch ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, erfahren die erforderliche Sprachförderung im Rahmen der Erfüllung ihrer Schulpflicht in einem Deutschförderkurs oder in einer Deutschförderklasse an der Grundschule.

Für Seiten- und Späteinsteiger werden Übergangs- und Eingliederungsklassen angeboten. Es gibt darüber hinaus außerschulische Hausaufgabenhilfe mit Schwerpunkt Deutsch.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was ist mit dem Kompromiss?)

Für Schüler in den Spracheingliederungs- und -übergangsklassen wird durch eine zu Beginn des Jahres 2006 zunächst befristet in Kraft gesetzte und inzwischen überarbeitete Förderrichtlinie eine außerschulische Förderung mit Schwerpunkt Deutsch ermöglicht.

(Simone Tolle (GRÜNE): Thema!)

Wir fördern die Integration von erwachsenen Zuwanderern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wo denn?)

Seit Januar 2005 haben rund 25 000 Ausländer und Spätaussiedler mit Integrationskursen begonnen. Schätzungsweise 8000 Teilnehmer haben diesen Kurs bereits

erfolgreich beendet. „Mama lernt Deutsch“-Kurse werden in Bayern seit dem Jahr 2003 angeboten; das ist eine gute Integrationsmaßnahme. Inzwischen ist die Zahl der Kursangebote auf 100 angewachsen. Der Kursumfang beträgt 160 Unterrichtseinheiten und erstreckt sich über ein halbes Jahr.

Im Interesse aller, die hier zusammenleben, fördern wir nicht nur, wir fordern auch. Der Aspekt des Einforderns von Integrationsbereitschaft kommt derzeit insbesondere in der Verpflichtung von hier bei uns lebenden Ausländern zur Teilnahme an Integrationskursen, in der Pflicht von Kindern zur Teilnahme an einem Vorkurs und in der Pflicht der Eltern, die Vorkursteilnahme zu ermöglichen, zum Ausdruck. Wir in Bayern verbinden erfolgreich die Strategie des Förderns mit jener des Forderns und sichern damit die erfolgreiche Integration der Menschen, die zu uns kommen und wirklich und bewusst mit uns zusammenleben wollen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Werner.

Hans Joachim Werner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Kollege Winter hat gerade die falsche Rede vorgelesen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich glaube, das Thema, zu dem er gesprochen hat, stand vor 14 Tagen auf der Tagesordnung, aber das kann schon einmal passieren.

„Wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann gründ' ich einen Arbeitskreis.“ Sie kennen dieses sattnam bekannte Sprichwort. Sie wandeln es nur leicht ab: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann schimpfe ich über Ausländer und setze das Thema auf die Tagesordnung.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das reimt sich gar nicht!)

– Eben, deswegen. Da sehen Sie einmal, wie verfehlt die ganze Sache ist. Meine Damen und Herren von der CSU, ich kann schon verstehen, dass Sie in den letzten Monaten etwas abgelenkt waren und deswegen vielleicht nicht so ganz mitbekommen haben, was – übrigens unter Mitwirkung der CSU-Abgeordneten – im Bundestag verabschiedet worden ist. Jetzt stellen Sie das alles infrage. Mich wundert das insofern nicht, als Ihnen das Thema „Ausländer“ schön langsam abhanden zu gehen droht. Wir hatten in Deutschland gerade noch etwas über 20 000 Asylbewerber. Zu Ihren Glanzzeiten, als Sie gegen Ausländer polemisiert haben, waren es über 300 000; da hat man mit dem Thema noch punkten können, aber jetzt gibt es gerade noch 20 000 Asylbewerber.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wir haben nie gegen Ausländer polemisiert, das ist eine Lüge und Unterstellung! – Gegenrufe von der SPD)

Deswegen ist das jetzt etwas ganz anderes.

(Markus Sackmann (CSU): Nimm' das zurück! – Zuruf von der CSU: Das muss man sich hier nicht gefallen lassen! – Fortgesetzte Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich habe zum Beispiel Reden von Ihnen in Ingolstadt gehört, für welche die Bewertung, die ich jetzt vorgenommen habe, noch viel zu milde wäre; da hätten Sie sich noch etwas ganz anderes anhören müssen.

(Markus Sackmann (CSU): Eine Frechheit nach der anderen!)

Herr Innenminister, die Sache ist in Berlin doch schon entschieden. Vielleicht verstehen Sie es, wenn ich es Ihnen so sage: Sie kommen zu einem Spiel des 1. FC Nürnberg erst zur zweiten Halbzeit, in der ersten Halbzeit hat der Gegner 1 : 0 geschossen, dann können Sie auch nicht sagen, die sollen noch einmal von vorne anfangen, weil ich das erst jetzt mitbekommen habe.

(Beifall bei der SPD – Ernst Weidenbusch (CSU): Die erste Halbzeit wird nicht bewertet!)

Um das, was Sie sagen, geht es gar nicht. Herr Uhl wurde heute schon genannt.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das Endergebnis zählt!)

Er hat gesagt, er stehe zu dem Kompromiss, und zeigte sich überrascht von der Behauptung, die Regelung sei hinter dem Rücken der Länder verabschiedet worden. Dann sagt er wörtlich: Die Länder, also auch Bayern, waren in jeder Etappe beteiligt. Herr Innenminister, wenn Sie den Menschen am Hasenberg sagen, die SPD wolle eine neue Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, dann werde ich den Menschen am Hasenberg sagen, dass die CSU diese Regelung mit verabschiedet hat und diese Regelung jetzt umgesetzt wird, um nichts anderes geht es.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das ist eine vernünftige Regelung, meine Damen und Herren. Die Menschen wollen nicht in unsere Sozialsysteme einwandern, sie sind nämlich schon seit vielen Jahren da; darauf wurde schon hingewiesen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wo ist Ihrer Meinung nach das Hasenberg!?)

– Ich bin gebürtiger Münchner, ich weiß das ganz gut, Herr Kollege Weidenbusch, vielleicht sogar besser als Sie. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie dort schon einmal waren.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Zeigen Sie mit dem Finger in die Richtung, wenn Sie es wissen!)

Diese Menschen wollen nicht mehr auf unser Sozialsystem angewiesen sein, sondern sie wollen sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Was passiert dann? – Sie zwingen sie jetzt dazu, Nettoempfänger unseres Sozialsystems zu sein.

Sie werden dann, wenn diese Regelung greift, von Nettoempfängern zu Nettozahlern. Ich glaube, dagegen können doch gerade Sie von der CSU überhaupt nichts haben. Das ist eine supervernünftige Regelung.

(Beifall bei der SPD)

Es geht jetzt nur um eines: Es geht darum, für diese Menschen, die in ständiger Angst und in ständiger Gefahr leben, Rechtssicherheit zu schaffen. Wenn Sie sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ansehen – Gott sei Dank ist sie so, wie sie ist –, dann erkennen Sie, dass die Chancen dieser Menschen, Arbeit zu finden, immer besser werden. Bald wird der Vorrang deutscher Arbeitnehmer überhaupt keine Rolle mehr spielen. Es ist allerhöchste Zeit, diese Regelung durchzusetzen.

Eine Bemerkung zum Schluss: Sie stellen die Verhältnisse so dar, als existiere ein Zwist zwischen denen, die Geld sparen wollen, indem sie die Ausländer aus Deutschland heraus haben wollen, und denen, die behaupten, wir hätten genug und die Leute könnten bleiben. Das ist überhaupt nicht der Fall. Wir sind uns hinsichtlich des Zieles einig. Es geht doch bloß noch um eine Frist, über die wir uns streiten. Der Kompromiss sieht ein paar Monate länger vor, als Sie es wollen. Es ist ein Streit um des Kaisers Bart.

(Alexander König (CSU): Zweieinhalb Jahre!)

Ich komme auf das zurück, was Herr Kollege Volkmann eingangs gesagt hat: Ihnen geht es darum, Ihre Wahlchancen im kommenden Jahr zu verbessern. Das wird Ihnen aber angesichts des Schlamassels, in das Sie sich in den letzten Monaten selbst hineingeritten haben, nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Herold. Die folgende Rednerin ist Frau Kollegin Ackermann.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, haben diese Aktuelle Stunde unter die Überschrift „Für eine humanitäre Bleiberechtsregelung“ gestellt. Ich bin der Meinung, Sie würden gerade bei diesem Thema wesentlich glaubwürdiger dastehen, wenn Sie sich der Problematik der Zwangsheirat in besonderem Maße – so wie wir von der CSU es immer wieder tun – zuwenden würden. Dazu habe ich heute von Ihnen noch nicht viel Konkretes gehört.

Für mich ist humanitär, diese menschenunwürdigen Zwangsheiraten massiv zu bekämpfen. Viele junge

Frauen müssen bei derartigen Zwangsheiraten ihr ganzes Leben Schlimmes erleiden. Das sind – auch wenn Sie es nicht gerne hören – die Fakten. Wir und die Gesellschaft haben eine große Verantwortung gegenüber solchen Frauen, die wir schützen und denen wir helfen müssen. Deswegen appelliere ich gerade an Ihre Adresse, im anstehenden Gesetzgebungsverfahren wirksame Regelungen zur Bekämpfung der Zwangsheirat einzuführen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Eine wirksame Regelung zur Bekämpfung der Zwangsheiraten erfordert – das ist für mich humanitär –, dass das Mindestalter für den Ehegattennachzug auf 21 Jahre festgelegt wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie haben die falsche Rede dabei!)

– Das glaube ich nicht, das ist nicht die falsche Rede. Das ist genau das Richtige zu diesem Thema.

Die Union und gerade die CSU fordern immer wieder ein Mindestalter von 21 Jahren für den Ehegattennachzug.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da ist doch das Thema verfehlt!)

– Wieso?

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, darf ich Sie für einen Moment unterbrechen. Es geht nicht auf Ihre Redezeit. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist Sache jedes Redners, seinen eigenen Akzent zu setzen. Ich halte es nicht für angemessen, durch Zwischenrufe zu kritisieren, es handle sich um ein anderes Thema oder Ähnliches.

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): Zu einem humanitären Bleiberecht zähle ich auch die Forderung ausreichender Deutschkenntnisse für Nachziehende. Eine wesentliche Voraussetzung für Integration ist die Fähigkeit, die Landessprache zu beherrschen. Ohne die Möglichkeit, sich im Land verständlich zu machen, kann Integration nicht gelingen. Ohne die Sprachkompetenz haben die Menschen keine Chance im gesellschaftlichen Leben. Deshalb ist es für uns auch aus Gründen einer humanitären Bleiberechtsregelung unumgänglich, dass Deutschkenntnisse auch beim Nachzug von Ehegatten zur Voraussetzung gemacht werden.

Ich begrüße es auch sehr, dass der Koalitionsausschuss die Entscheidung über das künftige Bleiberecht von Ausländern wegen der Einwendungen Bayerns vertagt hat. Unsere Position war von Anfang an: keine weitere Zuwanderung in die Sozialsysteme. Deswegen werden und müssen wir darauf dringen, dass die bisherige Koalitionsregelung in unserem Sinne verändert wird.

Ich sage abschließend sehr deutlich, dass es keine Zuwanderung zulasten der deutschen Sozialkassen

geben darf. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jahrzehntelang in die Sozialversicherung einbezahlt haben, haben mit Sicherheit kein Verständnis dafür, dass bei den Sozialleistungen andere mit ihnen gleichgestellt werden, die keinerlei Beiträge geleistet haben. Es kann doch nicht angehen, dass betroffene Ausländer gleiche Leistungen beziehen können wie jemand, der 30 Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat. Hierbei sehe ich eine breite Übereinstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

Abschließend möchte ich sagen: Wir fordern, dass im Besonderen die menschenunwürdige Zwangsheirat bekämpft und dafür eine Mindestaltersgrenze von 21 Jahren für nachziehende Ehegatten eingeführt wird. Ich denke, das stellt gerade für uns eine humanitäre Bleiberechtsregelung dar.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem nun schon zwei Vorredner das Thema verfehlt haben, verspreche ich Ihnen, dass ich beim Thema bleiben werde. Herr Winter, ich kann Sie trösten: Sie können Ihre Rede zum Thema Kindergarten halten; da passt sie besser.

Was wir hier erleben, ist ein einziges Trauerspiel, dessen trauriger Hauptdarsteller Dr. Beckstein heißt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Beckstein, Sie haben sich damals auf diesen Kompromiss nicht freiwillig eingelassen. Überhaupt kam die ganze Bleiberechtsregelung nicht freiwillig in die Debatte, sondern es war einfach die Umsetzung von EU-Richtlinien. Sonst wären Sie das Thema überhaupt nicht angegangen.

Man muss dazu sagen: Der Kompromiss Schäuble-Müntefering war schon äußerst schwach. Er wurde dann durch die Ergebnisse der Innenministerkonferenz unter Ihrer Leitung noch abgeschwächt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt fallen Sie, Herr Beckstein, auch noch hinter diese Beschlüsse zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss sich überlegen: Was kann man von einem künftigen Ministerpräsidenten erwarten, der hinter seine eigenen Beschlüsse zurückfällt, der seinem eigenen Wort, das er noch vor drei Monaten gegeben hat, nicht traut?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Beckstein, der Beweggrund Ihres Handelns ist uns bekannt. Es ist reiner Populismus im Hinblick auf die nächste Wahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen sich bei Ihren Wählern lieb Kind machen und dafür müssen wieder einmal die Ausländer herhalten. Dabei sind sie wirklich in einer ganz miesen Position; das kann ich Ihnen sagen.

Es handelt sich um eine generell zu beobachtende Tendenz: In der Immigrationspolitik findet zurzeit wieder ein absolutes Rollback statt. Das ist nur eine Ausbringungsform dieses Rollback. Ich finde, es ist bedauerenswert, dass es in unserem Land wieder dazu kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anstatt die Menschen, die zu uns kommen, die schon lange da sind und die schon hier gearbeitet haben, denen Sie die Arbeit weggenommen haben, als Bereicherung zu empfinden, sehen Sie diese Menschen als Gefahr und einzig und allein als Kostenfaktor. Als Kostenfaktor kann man sie aber nicht sehen, Herr Dr. Beckstein, denn sie wollen hier arbeiten und würden dann auch Steuern zahlen. Die betroffenen Menschen sollen sich integrieren, werden jedoch durch Sie daran gehindert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um Schicksale und nicht um Kostenfaktoren. Das möchte ich einer christlichen Partei mit auf den Weg geben. Christen kümmern sich normalerweise weniger um Kosten als um Menschen, aber bei Ihnen ist es umgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen ganz genau, wie schwer es für diese Menschen ist, innerhalb eines halben Jahres Arbeit zu finden. Noch dazu können ihnen Deutsche und EU-Bürger vorgezogen werden. Sie aber sagen: Wir geben ihnen nur dann das Bleiberecht, wenn sie Arbeit haben. Diese Menschen finden keine Arbeit, weil sie kein Bleiberecht haben. Das erinnert mich an den Hauptmann von Köpenick. Dem Schuster Voigt wurde gesagt: Du hast keine Arbeit, du bekommst keine Wohnung, und wenn du keine Wohnung vorweisen kannst, dann bekommst du auch keine Arbeit. Schuster Voigt – damit möchte ich schließen, ich kann mich seinen Worten anschließen – hat gesagt: Erst kommt die Wanze und dann die Wanzenordnung. – Erst kommt der Mensch, dann die Menschenordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es? – Es geht um abgelehnte

Asylbewerber, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht aus Deutschland abgeschoben werden können.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auch aus humanitären Gründen!)

Sie werden hier geduldet. Es geht um die Frage, ob dem Einzelnen ein Aufenthaltsrecht, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Die CSU und Innenminister Dr. Beckstein haben am 17. November 2006 – wie Sie eigentlich wissen sollten – einem Kompromiss der Innenministerkonferenz zugestimmt mit der Zielrichtung, mehrjährig hier geduldeten Ausländern dann eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sie wirtschaftlich und gesellschaftlich voll integriert sind, das heißt, wenn sie in absehbarer Zeit einen legalen Arbeitsplatz hier im Land haben und darüber hinaus in unserer Gesellschaft integriert sind.

Wo ist der Dissens? – Der Dissens ist der, dass nach der Innenministerkonferenz oder vielleicht schon vorher – was wir noch mehr bedauern würden – an anderem Ort andere politische Kräfte zu der Überzeugung kamen, über den gefundenen Kompromiss hinaus bräuchte man weitergehende Regelungen dahin gehend, dass den Menschen das Bleiberecht zunächst einmal bis zum Jahr 2009 eingeräumt wird, damit sie sich einen Arbeitsplatz suchen können. Der Kompromiss vom 17. November 2006 sah den 30. November 2007 als Stichtag vor. Aus unserer Sicht ein völlig ausreichender Zeitraum.

Frau Kollegin Scharfenberg, Sie betonen immer, die Menschen wollten sich bei uns integrieren und bei uns arbeiten. Ich sage Ihnen: Sie haben die Möglichkeit dazu. Sie hätten auch nach dem Kompromiss der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006 mit der Frist bis zum 30. November 2007 die Möglichkeit, eine Arbeit aufzunehmen und sich damit hier im Lande voll zu integrieren und damit ein Aufenthaltsrecht zu erlangen.

Kollege Volkmann sagt, wir würden Angst in der Bevölkerung schüren. Herr Kollege Volkmann, Sie schüren die Angst bei den Menschen.

(Lachen des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD) und weiterer Abgeordneter der SPD)

Sie schüren die Angst bei den Menschen, bei den Hartz-IV-Empfängern, die oft nach Jahren ehrlicher Arbeit, nach jahrelangem Einzahlen in die Sozialsysteme mit sehr wenig Geld auskommen müssen. Diesen Menschen wird von Ihnen, Herr Kollege Volkmann, sinngemäß gesagt: Wir sind bereit, es hinzunehmen, dass unseren Sozialsystemen 700 Millionen Euro bis zu 1,3 Milliarden Euro an zusätzlichen Kosten pro Jahr entstehen. Sie machen diesen Menschen Angst. Dafür sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Weikert, Sie glauben eine Lüge des Innenministers zu erkennen, der sagt, es handle sich um eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Frau Weikert, was ist es denn sonst, wenn jemand wiederum ohne Arbeitsaufnahme weitere zweieinhalb Jahre hier nach

einem Arbeitsplatz suchen und sich dadurch die Aufenthaltserlaubnis verdienen soll, wenn das dazu führt, wie Kollege Weidenbusch richtig ausgeführt hat, dass wir völlig falsche Signale aussenden? Wir fordern die Leute geradezu auf, zu uns zu kommen und unsere Sozialsysteme auszunutzen.

Herr Kollege Werner, nicht wir haben dieses Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt, sondern die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wir sind aber nicht böse wegen dieses Themas, weil wir dazu einen klaren Standpunkt haben und ihn weiter vertreten werden.

Frau Ackermann behauptet, der Innenminister würde hinter sein eigenes Wort zurückfallen. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Das ist schlichtweg falsch. Innenminister Dr. Beckstein fällt nämlich nicht hinter sein gegebenes Wort zurück; wir fallen nicht hinter den Kompromiss zurück, den wir mitgetragen haben, sowohl beim Zuwanderungsrecht als auch beim Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006, sondern im Gegenteil: Wir wollen daran festhalten. Wir wollen die geltenden Regelungen weiter umsetzen. Sie wollen aber noch mehr. Sie wollen die Zuwanderung in die Sozialsysteme. Das wollen wir nicht.

Zu Ihren Vorwürfen, Kollegen von mir hätten hier zu anderen Themen gesprochen, sei kurz angemerkt: Natürlich ist nicht nur dieser Themenkreis, den wir jetzt ausführlich besprechen, strittig, zum Teil auch unter den Koalitionspartnern; darüber hinaus ist auch unsere Meinung strittig, ob nach Deutschland zuwandernde Ehegatten zum Zeitpunkt der Zuwanderung bereits ausreichende Deutschkenntnisse haben sollten. Es ist auch strittig, ob Zwangsehen – dieses Thema sollten Sie viel ernster nehmen, meine Damen und Herren – dadurch bekämpft werden sollten, dass man das Zuzugsalter auf 21 Jahre setzt und nicht, wie Sie es wollen, auf 18 Jahre. Viele junge Frauen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren werden hier in Deutschland zwangsverheiratet. Das sollten Sie gemeinsam mit uns bekämpfen, indem Sie sich unserer Meinung anschließen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Volkmann.

Rainer Volkmann (SPD): Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Zunächst einmal danke ich Herrn Dr. Beckstein, dass er seine Redezeit um 22 Sekunden überzogen hat. Das gibt mir die Gelegenheit, Herrn König und Herrn Weidenbusch und allen Mitgliedern der CSU zum wiederholten Male zu sagen: Zwangsverheiratung ist in Deutschland seit dem 11.02. des Jahres 2005, das war noch unter der rot-grünen Koalition, ein Straftatbestand der besonders schweren Nötigung des § 240 Absatz 4 des Strafgesetzbuches. Nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Beifall bei der SPD)

Hören Sie endlich damit auf, in der Republik den Eindruck zu erwecken, die Sozialdemokraten und die GRÜNEN

hätten das verhindert. Verdammt noch mal! Rot-Grün haben das alleine betrieben, ohne Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Nehmen Sie das zur Kenntnis und hören Sie damit auf, ständig – –

(Lebhafter Widerspruch von der CSU – Glocke des Präsidenten – Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist unmenschlich!)

– Kاپieren Sie das jetzt wirklich nicht, Herr Weidenbusch?

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist zynisch gegenüber den betroffenen Frauen!)

– Ich sage doch, dass das bei uns unter Freiheitsstrafe gestellt ist.

(Weitere Zurufe von der CSU)

– Also, der hat einen Intelligenzquotienten, das ist sensationell.

(Lachen bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich glaube, Sie sind ein medizinisches Wunder: Der erste Mensch mit einem Intelligenzquotienten unter null. – Jetzt sage ich es Ihnen zum fünften oder zum sechsten Male hier – –

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Volkmann! Das halte ich für keine angemessene Äußerung gegenüber einem Kollegen. Das weise ich zurück.

Rainer Volkmann (SPD): Entschuldigung.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Es tut mir leid. Meine Damen und Herren, es ärgert mich wirklich, wenn man bei einer solchen Debatte – – Ich habe das x-mal hier gesagt.

(Lebhafte Zurufe von der CSU)

– Hören Sie mir endlich einmal zu! Ich habe Sie auch ausreden lassen.

(Glocke des Präsidenten)

X-mal haben wir hier schon gesagt, dass die Zwangsverheiratung seit über zwei Jahren unter Freiheitsstrafe gestellt ist. Sie tun hier immer so, als müssten Sie das Rad neu erfinden.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist für Ihren Blutdruck nicht gut, was Sie hier tun!)

– Das weiß ich. Für meinen Blutdruck bin ich verantwortlich.

Präsident Alois Glück: Erstens. Das Wort hat Herr Kollege Volkmann.

Zweitens. Wenn es bei der CSU das dringende Bedürfnis gibt, dazu etwas zu sagen, besteht die Möglichkeit zu einer weiteren Wortmeldung. Jetzt hat aber Kollege Volkmann das Wort.

Rainer Volkmann (SPD): Noch einmal, meine Damen und Herren: Ich finde das schade; von Ihnen werden Argumente gebracht – –

Herr Weidenbusch, Sie sagen zum Beispiel, Integration sei ohne Deutschkenntnisse nicht möglich. Ich weise Sie darauf hin: Im Zuwanderungsgesetz ist genau geregelt, dass eine Niederlassungserlaubnis im Gegensatz zu früher nur noch der erhält, der seine Deutschkenntnisse nachweisen kann. Dieses Gesetz haben Sie jahrelang behindert; Sie haben es jahrelang nicht zustande kommen lassen; Sie haben es beklagt; Herr Kreuzer hat sich heute in dieser Debatte in einem Zwischenruf noch darauf berufen. Sie haben dieses Gesetz verhindert.

Das hat die rot-grüne Koalition damals mit auf den Weg gebracht. Es ist auch gut so, dass das auf den Weg gebracht worden ist.

Jetzt möchte ich noch einmal auf Herrn Dr. Beckstein zurückkommen, weil mich seine Aussage geärgert hat. Herr Dr. Beckstein, Sie haben schon wesentlich bessere Beiträge zu diesem Thema geleistet. Sie sind bei dem, was Sie gesagt haben – wo auch viel Richtiges dabei war –, mit keinem Wort auf das eingegangen, was ich gesagt habe. Sie haben nur eine Vorlesung über das Allgemeine gehalten. Ich finde es schädlich, dass Sie immer wieder auf dieser Flucht in die Sozialsysteme insistieren. Das hat fast jeder Ihrer Redner getan.

Meine Damen und Herren, mir kommt dabei spontan immer wieder ein Gedanke in den Sinn: Glauben Sie eigentlich, die afrikanischen Flüchtlinge, die unter Einsatz ihres Lebens zu uns kommen, wollten in die Sozialsysteme flüchten? Die Hälfte dieser Menschen schafft es gar nicht, weil sie vorher ertrinken. Glauben Sie, diese Menschen wollten in die Sozialsysteme flüchten? Diese Menschen flüchten in die Arbeit. Sie sehnen sich danach, in Europa zu arbeiten und Geld nach Hause schicken zu können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist die Hauptmotivation. Keine Frage: Natürlich gibt es auch solche, die Sozialmissbrauch betreiben. Das gibt es bei uns in Deutschland auch. Ich flehe Sie an: Führen Sie die Diskussion nicht immer auf diese diskriminierende Art. Bekennen Sie sich endlich dazu, dass Zuwanderung eine Bereicherung für dieses Land sein kann. Warum sollte sie es auch nicht sein? Wir sind in den Siebzigerjahren mit den Ausländern groß geworden. Wir haben einen erheblichen Teil unseres Wirtschaftswunders diesen Ausländern zu verdanken. Heute ist

unbestritten, dass zum Beispiel das Land Spanien einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts um 3,5 % hat, weil es viele Zuwanderer hat.

Meine Damen und Herren, ich muss zum Ende kommen. Ich bitte Sie wirklich, bei dem Thema Aussiedler – – Entschuldigung, Sie haben immer von der Sozialhilfe und von Inanspruchnahme der Sozialleistungen gesprochen, obwohl vorher nicht eingezahlt wurde. Wollten Sie die Aussiedler thematisieren?

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Volkmann, Sie sind bereits über der Redezeit.

Rainer Volkmann (SPD): Meine Damen und Herren, ich habe die Bitte an Sie, dass wir das Thema in Zukunft konstruktiv und optimistisch betrachten. Wir sind ein starkes Land und wir sind ein gutes Land. Wir halten eine Zuwanderung nicht nur aus, sondern die Zuwanderung kann dieses Land auch bereichern, wenn wir die Integration tatsächlich verwirklichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Die weitere Rednerliste sieht wie folgt aus: Zunächst wird Frau Kollegin Scharfenberg sprechen. Dann hat sich der Herr Innenminister gemeldet. In der CSU-Fraktion ist noch zu klären, ob eine weitere Wortmeldung kommen wird. Jetzt hat Frau Kollegin Scharfenberg das Wort.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege König, Sie haben leider vergessen zu erwähnen, dass diejenigen, von denen Sie lapidar sagen, Sie könnten in der kurzen Frist, die Sie ihnen geben, eine Arbeit suchen, nicht mit einem Bleiberecht ausgestattet sind. Hier gelten die Vorrangrechte der Deutschen und der EU-Bürger. Diese Menschen können faktisch keine Arbeit finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es unredlich, wenn Sie sagen, das sei dasselbe. Es ist nicht dasselbe. So schnell können diese Menschen keine Arbeit finden. Im Gegensatz zu Ihnen wollen wir, dass diesen Menschen bis zum Jahr 2009 ein Bleiberecht gegeben wird. Sie sind dann damit ausgestattet und können in diesem Zeitraum eine Arbeit suchen. Mit einem Bleiberecht werden diese Leute garantiert schnell eine Arbeit finden.

Meine Damen und Herren von der CSU, vergessen Sie nicht, dass diese Leute bereits im Sozialsystem sind. Das ist der Denkfehler, den Sie immer begehen. Diese Menschen sind im Sozialsystem als Nehmer und Nehmerinnen. Vergessen Sie das niemals. Wenn Sie diesem Kompromiss nicht zustimmen und somit dafür sorgen, dass diese Leute im Sozialsystem bleiben, machen Sie einen großen Fehler; denn diese Leute können auch in den nächsten zweieinhalb Jahren nicht abgeschoben werden. Sie sind bis zum Jahr 2009 geduldet. Sie bleiben damit in den allermeisten Fällen bis zum Jahr 2009 im Sozialsystem.

Wir GRÜNE sagen, dass wir diesen Leuten die Chance geben wollen, aus der Nehmerrolle in diesem Sozialsystem herauszukommen, Arbeit zu finden und dann Einzahler zu werden. Das wäre eine äußerst gerechte Sache. Das können wir am Stammtisch auch jedem erklären. Da sind wir auch nicht dumm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege König, die Landesgruppe der CSU hat diesem Kompromiss zugestimmt. Tun Sie nicht so, als wenn Sie in Bayern Ihre Hände in Unschuld waschen könnten und nichts mit diesem Kompromiss zu tun hätten. Ihre Partei hat dies mit der CDU und der SPD ausgehandelt. Dies steht in einem großen Antragspaket. Dieses Antragspaket wieder aufzuschneiden, wäre unredlich und ginge zu Lasten der Arbeitswilligen, die jetzt darauf warten, zu den gleichen Bedingungen, die wir haben, in die Arbeit eintreten zu können, nämlich ausgestattet mit einem Bleiberecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch ein paar Ausführungen machen.

Zunächst, um wen geht es? – Es geht um Personen, die kein eigenständiges Aufenthaltsrecht haben und bei denen rechtskräftig feststeht, dass sie eigentlich die gesetzliche Verpflichtung hätten, Deutschland zu verlassen. Diese Menschen haben es allerdings geschafft, im positiven Fall, weil sie Schwierigkeiten im Heimatland haben, im negativen Fall, weil sie selbst nicht bei der Passbeschaffung mitgewirkt haben, im Land zu bleiben. Der häufigste Fall sind die sukzessiven Asylanträge, die nach der Regelung des Zuwanderungsgesetzes ein Hindernis für die Aufenthaltsgewährung sein sollten. Otto Schily und ich haben das ausdrücklich so vereinbart. Die Innenministerkonferenz war jedoch bereit zu erklären, dass auch laufende systematisch sukzessive Asylverfahren kein Hinderungsgrund sind, um ein Aufenthaltsrecht zu gewähren.

Frau Kollegin Scharfenberg, es ist falsch, wenn Sie behaupten, dass diese Menschen nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz keine Arbeitsmöglichkeit hätten. Sprechen Sie bitte mit Frau Kollegin Weikert, die die Vollzugshinweise im Gegensatz zu Ihnen gelesen hat. Frau Kollegin Ackermann, es ist Blödsinn, wenn Sie sagen, dass ich mich nicht an das halten würde, was ich selbst vereinbart habe. Jeder in Berlin, ob Herr Kollege Wiefelspütz oder Herr Kollege Beck, wird einräumen, dass der Beckstein manchmal ein etwas hartleibiger Kerl ist, aber dass er vertragstreu ist. Was er einmal vereinbart hat, ist vereinbart. Der Kompromiss der Innenministerkonferenz wird von mir großzügig umgesetzt. Frau Kollegin Weikert hat dies ausdrücklich bestätigt.

Der Kompromiss der Innenministerkonferenz, der durch das Verdienst des Kollegen Körting möglich wurde, lautet:

Wenn jemand mehr als vier Jahre erlaubt oder geduldet hier lebt und die sonstigen Kriterien erfüllt, bekommt er eine Bestätigung, dass er, wenn er einen Arbeitsplatz findet, ohne Berücksichtigung des Vorrangs, das Aufenthaltrecht bekommt. Mit dem Aufenthaltrecht hat er automatisch eine volle Arbeitsberechtigung.

Das bedeutet, dass diese Leute nicht nachrangig behandelt werden, sondern gleichberechtigt mit deutschen und sonstigen Bevorrechtigten einen Arbeitsplatz finden können. Nach den Erklärungen, die wir den Vollzugsbehörden gegeben haben, kann dieser Personenkreis also bereits heute ohne irgendeine Benachteiligung gegenüber Deutschen oder EU-Bürgern jede Stelle bekommen. Wenn Sie behaupten, dass es keine Arbeitsmöglichkeiten gebe, frage ich Sie, warum fast 400 000 Leute als Saison-Arbeitnehmer aus anderen europäischen Ländern nach Deutschland kommen. Jede dieser Arbeitsstellen hätte für diese Menschen jederzeit zur Verfügung gestanden, auch in den vergangenen sechs bis acht Jahren. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Ein Problem ist, dass es sich bei diesen Menschen in aller Regel nicht um Personen handelt, die in besonderer Weise eine Bereicherung für Deutschland wären, sondern es handelt sich um soziale und humanitäre Fälle. Diese Menschen können in der Regel nur in einem Arbeitsbereich tätig werden, bei dem auch unsere einheimischen Leute Probleme haben, nämlich in dem Arbeitsbereich der Ungelernten.

Jetzt haben wir in der Innenministerkonferenz eine Regelung gefunden. Richtig ist, dass der jetzt geltende Kompromiss fortgeführt wird. Es ist aber dezidiert falsch, Frau Kollegin Scharfenberg, wenn Sie sagen, die CSU-Landesgruppe habe zugestimmt. Die CSU-Landesgruppe hatte diesen Punkt überhaupt nie auf der Tagesordnung; zwar wurde er nach der Behandlung im Präsidium unserer Partei auf die Tagesordnung des gestrigen Dienstags gesetzt, er wurde aber nach der Behandlung im Koalitionsausschuss von der Tagesordnung genommen. Herr Uhl hat erklärt, er stimme vorbehaltlich der Entscheidung der zuständigen Gremien zu. Im Gremium Koalitionsausschuss hat Stoiber gesagt: Wir können hier mitmachen, wenn wir die Problematik der Sozialleistungen ausschalten können. Rechtlich präzise ausgedrückt heißt das, dass es keine Verfestigung des Aufenthalts in den Sozialsystemen geben darf. Denn das wäre nichts anderes als eine zusätzliche dauerhafte Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Diese müssen wir verhindern.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir arbeiten intensiv daran, eine Lösung auf den Weg zu bringen. Ich bin überzeugt, das wird gelingen. Wir haben schon mehrere Möglichkeiten in petto. Wenn das gelingt, sind wir einen großen Schritt weiter; wenn es nicht gelingt, wird es weiterhin Probleme geben.

Eine letzte Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Volkmann. Ich hoffe, dass das noch innerhalb der vorgeschriebenen Zeit geht. – Selbstverständlich ist

es richtig, dass eine Zwangsverheiratung ein Straftatbestand ist. Aber, Herr Volkmann, selbstverständlich ist auch richtig, dass das Problem in Deutschland mit der Schaffung des gesetzlichen Tatbestands noch nicht gelöst ist. Ich bin Mitglied der Islamkonferenz. Frau Kelek, die ebenfalls Mitglied der Islamkonferenz ist, und die türkische Rechtsanwältin Frau Ates schildern erschütternde Fälle in großer Zahl. Einigkeit besteht darin, dass das noch viel größere Problem als die Nötigung das der sogenannten arrangierten Ehe ist, die auch nicht dem Bild einer selbstbewussten Frau entspricht. Meines Erachtens wäre es richtig, wenn man sagt: Die Frau soll so selbstständig sein, um zu entscheiden: Ich gehe nach Deutschland. Diese Entscheidung sollte von der Frau selbstständig getroffen werden, nicht etwa aufgrund eines Arrangements der Eltern für eine Ehe. Ich wundere mich, dass die GRÜNEN nicht vehement für mehr Selbstständigkeit der Frauen kämpfen. Diese arrangierten Ehen können doch nicht dem Familienbild der GRÜNEN entsprechen. Eindeutig ist aber, dass das Ehearrangement durch die Eltern nicht unter den Begriff Zwangsverheiratung fällt. Aber soziologisch betrachtet führen die von den Eltern arrangierten Ehen in erheblichem Umfang zum Familiennachzug. Es gibt hier kaum einen anderen Lösungsvorschlag als den, das Nachzugsalter zu erhöhen und Sprachkenntnisse zu verlangen, um jungen Frauen die Möglichkeit zu geben, selbst zu entscheiden, ob sie nach Deutschland gehen wollen oder nicht. Das sollte nicht etwa als Ersatz für Brautgeld akzeptiert werden. Hier sollten wir uns ein Stück weit enger sein.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

Einer der Gründe, aus denen ich es für diskutabel halte, den jetzigen Regelungen zuzustimmen, ist: Wir verlangen bisher gegen das Votum der GRÜNEN vor der Einreise Deutschkenntnisse. Gegen die Auffassung der GRÜNEN setzen wir das Familiennachzugsalter wenigstens auf 18 Jahre fest. Eigentlich müssten wir aber angemessene Kenntnisse, nicht nur einfache Kenntnisse verlangen; eigentlich bräuchten wir das Nachzugsalter 21, vielleicht mit gewissen Ausnahmemöglichkeiten. Wenn wir hier schon ernsthaft auf Anregung der GRÜNEN diskutieren, sollten Sie wenigstens das sonstige Paket mit unterstützen. Ich gestehe, dass ich nicht verstehe, warum Sie das Bleiberecht unterstützen, aber das ganze übrige Paket aus Berlin bekämpfen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Konsequenterweise sollten Sie zu allem stehen – aber nicht das Bleiberecht befürworten und die anderen Maßnahmen ablehnen. Meine Haltung heißt: Wir wollen das Paket in Berlin noch ein Stück weit verbessern.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Das werden wir auch schaffen. Herr Müntefering ist hier schon ein gutes Stück weiter als die bayerische SPD. Ich werde nächste oder übernächste Woche sagen: Guten

Morgen, Herr Kollege Volkmann. Bedanken Sie sich bei uns dafür, dass Sie das mit auf den Weg gebracht haben, was Sie auch begrüßen werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, bitte ich Sie, eines verstorbenen ehemaligen Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 3. März verstarb Herr Kurt Renk im Alter von 85 Jahren. Er war von 1957 bis 1958 Mitglied des Bayerischen Landtags und vertrat den Wahlkreis Schwaben für die Fraktion der SPD. Herr Renk war von Beruf Referent im Landesversorgungsamt. Als Abgeordneter engagierte er sich im damaligen Ausschuss zur Einbringung von Vorschlägen für die Verwaltungsvereinfachung. Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. – Sie haben sich zu Ehren des Toten von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich darf in Erinnerung rufen, dass nach der probeweise geltenden Redezeitregelung zu diesem Tagesordnungspunkt die Redezeit der Fraktionen 30 Minuten beträgt. Als Erstes rufe ich auf den

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Henning Kaul u. a. u. Frakt. (CSU) Freie Fahrt für Fahrzeuge mit geregelter Kat in Umweltzonen – Unstimmigkeiten bei der Kfz-Kennzeichnung beseitigen (Drs. 15/7642)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Grundlage der Luftqualitätsrahmenrichtlinie der Europäischen Union, konkret dargestellt in der sogenannten Feinstaubrichtlinie, soll die Feinstaubsituation insgesamt, besonders aber in den großen Städten deutlich verbessert werden. Laut Emissionskataster unseres Bayerischen Landesamtes für Umwelt stellt dabei der Verkehr insgesamt mit 38 % *den* großen Verursacher von Feinstäuben insbesondere in Ballungsräumen dar. Davon wiederum entfällt auf den Straßenverkehr ein Anteil von über 63 %.

Aus diesem Grund wurden seit 2004 sehr intensiv und engagiert Luftreinhaltepläne im Verbund mit Aktionsplänen in den großen bayerischen Städten aufgestellt und weiterentwickelt. Dabei sollen unter anderem Umweltzonen in den innerstädtischen Bereichen mit

dem Ziel eingerichtet werden, Fahrzeuge, die Feinstaub emittieren, auszusperren, um an neuralgischen Punkten die Feinstaubimmission zu reduzieren, die unstrittigerweise eine besondere Gesundheitsgefährdung für die Atemwege darstellt. Die dafür notwendige Kennzeichnungsverordnung ist einheitlich vom Bund zu erlassen.

Diese Maßnahmen werden von uns voll unterstützt, soweit sie sinnvoll, effizient und insgesamt glaubhaft sind. Wir wollen somit gerade auch den Einsatz, die Weiterentwicklung und die Anwendung von innovativen Technologien am und im Auto fördern, forcieren und mit anstoßen. Ich denke hier insbesondere an die Nachrüstung mit Rußpartikelfiltern. Ich habe letzte Woche dazu gelesen, wenn es gelänge, die Nachrüstung der Dieselpkws und der Diesel-Kleinnutzfahrzeuge steuerneutral zu ermöglichen, was letzte Woche im Bundestag beschlossen wurde, würde dies per annum eine Reduzierung der emittierten Feinstäube mit Rußpartikeln um 17 000 Tonnen bedeuten.

Ziel muss es sein, durch den effizienten Einsatz von innovativen Umwelttechnologien eine echte, nachhaltige Reduzierung der Feinstäube zu erreichen. Wir wollen aber nicht, dass dafür ein zusätzlicher bürokratischer Verwaltungsapparat aufgebaut wird. Meine Damen und Herren, dies ist nicht unsere Zielsetzung. Genauso wenig wollen wir vordergründige Verbote, die unterm Strich keine echte Verbesserung der Feinstaubbelastung bringen.

Genau hier setzt unser Dringlichkeitsantrag an. Es kann nicht sein, dass Benzin-Pkws mit geregelter Katalysator, die unbestreitbar keinen Feinstaub ausstoßen, mit den echten Dreckschleudern gleichgestellt werden, die wirklich Feinstaub emittieren. Das passt nicht zusammen. Benzin-Pkws mit Katalysator nach US-Norm, auch die sogenannten Katalysatoren der ersten Generation, hat der Bund bisher in die Schadstoffgruppe 1 eingeordnet. Das heißt, dass diese Fahrzeuge nicht in die von den Städten eingerichteten Umweltzonen fahren dürfen, obwohl sie keinen Feinstaub ausstoßen und ihre Stickoxid-Emissionen mit denen der Euro-1-Benzin-Fahrzeuge vergleichbar sind. Meine Damen und Herren, keine Feinstäube und trotzdem Fahrverbot, das macht keinen Sinn.

(Henning Kaul (CSU): So ist es!)

Solche Vorgaben sind letztlich auch gegenüber den Menschen unglaublich und gefährden das Ziel der gesamten Verordnung und aller Maßnahmen. Unser Dringlichkeitsantrag zielt deshalb in die Richtung, dass der Bund die Kennzeichnungsverordnung für die Pkw-Typen, die ich genannt habe – mit Benzinmotor und geregelter Katalysator –, erweitert und diese in die Umweltzonen einfahren lässt. Es ist absolut unsinnig, wenn hier auf Einzelmaßnahmen verwiesen wird. Allein hier in München müssten für über 20 000 Pkws Einzelverordnungen ausgegeben werden. In Augsburg wären etwa 10 000 Fahrzeuge betroffen. Wenn das mit Einzelverordnungen geregelt werden soll, kann sich jeder ausrechnen, welchen zusätzlichen Verwaltungswust das ergäbe. Wir brauchen deshalb eine einheitliche Regelung. Wir wollen

eine Erweiterung der Kennzeichnungsverordnung: Alle Fahrzeuge mit Benzinmotor und geregelter Katalysator sollen freie Fahrt in den Umweltzonen erhalten.

Darüber hinaus fordern wir die Staatsregierung auf, sich für eine sachgerechte und praktikable Lösung für historische Oldtimer einzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich habe gehört, dass das Bundesverkehrsministerium und das Bundesumweltministerium gestern die ersten Signale in Richtung einer Erweiterung der Kennzeichnungsverordnung gegeben haben. Das ist gut und wird von unserer Seite unterstützt, doch wir denken, wir brauchen nicht nur Signale, sondern eine schnelle Durchführung dieser Vorgaben. Das soll durch unseren Antrag unterstützt werden. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem sinnvollen Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Ludwig Wörner aus München.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hintersberger, ich bin mir nicht sicher, ob Sie schlecht informiert sind, oder es kann sein, dass die Zeitungen in Augsburg immer etwas später über die Dinge berichten. Bei aufmerksamer Lektüre der heutigen Zeitungen hätten Sie nämlich entdecken müssen, dass sich Ihr Antrag erledigt hat. Wenn Sie gesagt hätten, wir klauen dem Hohen Haus nicht die Zeit und ziehen unseren Antrag zurück, wir machen daraus keinen Schaufensterantrag, dann wäre das auch in Ordnung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Nun müssen wir den Antrag aber diskutieren. Ich sage Ihnen, wir werden uns der Stimme enthalten, weil der Antrag wegen Zeitablaufs erledigt ist. Der Antrag ist aufgrund einer Entscheidung von gestern erledigt. Trotzdem müssen Sie sich einige Dinge anhören, Herr Kollege.

(Henning Kaul (CSU): Wir kennen noch nicht die Verordnung, Herr Kollege! – Gegenruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Für mich ist das Handeln entscheidend. Die Bremse waren Juristen, die wieder einmal nach dem Komma suchten, das falsch gesetzt war, und überhaupt nicht berücksichtigten, dass wir bereits seit zwei Jahren eine gültige Verordnung haben. Den Menschen, die an Asthma und an Bronchialerkrankungen leiden, haben wir angetan, dass Feinstaub weiterhin produziert werden darf, weil ein kleiner Teil von Pkws falsch zugeordnet worden ist. Ihr Minister war im Übrigen mit dabei, als diese Verordnung erlassen wurde. Aber auch er hat das erst viel später gemerkt. Nun hat man den Fehler korrigiert. Deshalb ist dieser Antrag erledigt.

Ich darf Ihnen noch etwas sagen: Diese Fahrzeuge, die Benzin-Pkws, die jetzt auf allgemeinen Wunsch befreit

werden, fallen zwar nicht unter die Feinstaub-Produzenten, aber sie sind, was den Ausstoß von CO₂ angeht, ganz oben mit dabei. Wenn man Politik ganzheitlich macht, so wie Sie das immer behaupten, dann dürfte man diese Fahrzeuge eigentlich gar nicht mehr ins Rennen schicken. Da es sich aber um eine Feinstaub-Geschichte handelt, kann man die Pkws nicht mitbehandeln. Wir meinen, Bayern hat in dieser Frage nach wie vor zu wenig getan. Sie kennen unser beider Hobby, Herr Kollege Hintersberger: die rußenden Diesellokomotiven. Die CSU hat unseren Antrag abgelehnt, mit dem man in den Ausschreibungen hätte erzwingen können, dass die Wettbewerber mit dieser neuen Technologie fahren. Sie haben den Antrag abgelehnt – nicht Sie, Herr Kollege Hintersberger, denn Sie waren da schon etwas weiter, aber Ihre Fraktion hat den Antrag abgelehnt – mit der Begründung, solche Rußfilter gäbe es nicht. Nun dürfen Züge mit diesen Rußschleudern an der Spitze Millionen von Kilometern in die Zukunft hinein fahren. Wer sich an solchen Dingen messen lässt und messen lassen muss, der sollte auch entsprechend handeln.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Alle Anträge, die die Opposition zu diesem Thema seit dem Jahr 2005 eingereicht hat, wurden von der CSU abgelehnt. Wir haben das nämlich einmal nachvollzogen. Alle Anträge mit dem Ziel, Feinstaub rascher und schneller zu reduzieren, haben Sie abgelehnt. Stattdessen haben Sie sich wieder einmal in freiwillige Selbstbeschränkungen geflüchtet. Doch mit diesen freiwilligen Selbstbeschränkungen sind Sie gescheitert, auch in Ihrer Industriepolitik. Das müssen Sie nun selbst eingestehen. So werden Sie auch beim Problem des Feinstaubes scheitern. Wir müssen, auch wenn das hart klingt, gelegentlich etwas erzwingen. Dazu ist Politik da, Politik muss auch etwas deutlich durchsetzen. Wir dürfen nicht glauben, der Markt wird das schon richten. Der Markt richtet in einer solchen Frage nämlich erst einmal gar nichts. Nur klare Vorgaben richten etwas aus. Wir sind inzwischen gerade einmal bei den 120 Gramm. Das ist ein deutliches Beispiel dafür, wie verfehlt Ihre Umweltpolitik mit Hilfe der Paktiererei ist. Sie paktieren so lange, bis Ihnen und uns allen das Wasser bis zum Halse steht, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. In letzter Minute versuchen Sie dann, mit einem Generalsekretär, den man im Moment grün anstreicht, das Ruder herumzureißen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, das ist aber keine Umweltpolitik, sondern das ist Umweltschädigung. Ich bitte Sie dringend, in Zukunft Anträge der Opposition in diesen Fragen genauso ernst zu nehmen, wie wir Ihre Anträge ernst nehmen. Den Antrag, den Sie heute eingebracht haben, können wir allerdings nicht mehr ernst nehmen. Dieser Antrag ist aufgrund des Zeitablaufs erledigt. Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann meinem Vorredner nur zustimmen: Der Antrag ist erledigt. Die grüne Fraktion hat deshalb beschlossen, diesen Antrag abzulehnen. Der Antrag hat sich wirklich total erledigt. Sie möchten die Kennzeichnungsverordnung ändern, wir müssen feststellen, dass die Staatssekretäre des Bundesverkehrsministeriums und des Bundesumweltministeriums erklärt haben, dass sie genau dies tun werden. Am 6. März hat Herr Schnappauf eine Pressemitteilung des Umweltministeriums veröffentlicht. Dort heißt es: „Weg wieder offen für zügige Einrichtung der Umweltzonen – Bund will Kennzeichnungsverordnung erweitern.“ Das ist genau das, was Sie hier in Ihrem Antrag umständlich umschreiben. Ist Ihnen denn kein anderer Antrag eingefallen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Klimaschutz gäbe es doch wahrlich genug zu tun. Wir haben Ihre Schönrederei beim Klimaschutz langsam satt. Tun Sie doch etwas, was bisher noch nicht auf den Weg gebracht wurde. Die Kerosin-Besteuerung beispielsweise wartet auf Ihre Taten, ebenfalls die energetische Sanierung. Es ist viel zu tun, aber machen Sie bitte keine Schaufensteranträge, die bereits erledigt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich lese weiter in Ihrem Antrag:

Die auf EU-Vorgaben zur Luftreinhaltung zurückgehende Ausweisung von Umweltzonen in großen Städten soll insbesondere die Feinstaub-Situation verbessern.

Die Luftqualitätsrichtlinien der EU, die seit Ende der neunziger Jahre bekannt sind, enthalten Grenzwerte für Feinstaub, Stickoxid, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Blei und Benzol. Generell haben wir Maßnahmen zu ergreifen, die die Luft insbesondere in den Städten und Ballungsgebieten verbessern. Da wäre auch Handlungsbedarf gegeben.

Sie sagen heute, es gehe nur um die Feinstaubbelastung. Ich kann es Ihnen aber nicht ersparen, auf das Umweltbundesamt zurückzukommen. Am 26. Januar 2007 hat es ganz klar gesagt, dass neben dem Feinstaub ein anderer Luftschadstoff Anlass zu mehr und mehr Sorge bietet. Es ist das Stickstoffdioxid, ein Gas, das die Atmung beeinträchtigt und bei Verbrennungsvorgängen, etwa bei der Energieerzeugung und im Straßenverkehr, entsteht. Nach Auffassung des Umweltbundesamtes läuft Deutschland Gefahr, auch beim Stickoxid den ab 2010 EU-weit geltenden Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht einhalten zu können. Derzeit überschreiten die Stickoxidkonzentrationen an rund der Hälfte der städtischen verkehrsnahen Messstellen in Deutschland den ab 2010 geltenden Jahresgrenzwert. Hier besteht also Handlungsbedarf. Bezüglich Feinstaub kann jetzt diese Ausnahmeregelung

erlassen werden. Sie müssen aber heute schon damit beginnen, mit wirksamen Maßnahmen in den Luftreinhalteplänen und in Aktionsplänen zur Reduktion der Stickstoffoxide beizutragen.

In der letzten Woche haben wir im Umweltausschuss einen Antrag zur Belastung der Luft mit Stickoxiden beraten. Auf unseren Antrag auf Drucksache 15/7394 hin wird ein Bericht darüber gegeben, wie es in Bayern aussieht. Der Bericht soll bis Ende Juni vorliegen. Spätestens dann müssen die Maßnahmen für die Städte begonnen werden. Ich kann Ihnen ganz kurz ein paar Daten für Bayern nennen. Der Stickoxidgrenzwert liegt jetzt noch über 40 Mikrogramm. Er vermindert sich jedes Jahr um zwei Mikrogramm bis zum Jahr 2010 auf 40 Mikrogramm. Für das Jahr 2005 liegt die Auswertung der lufthygienischen Jahresberichte vor. Damals hatten Augsburg, Bayreuth und München an fast allen Messstellen den damals, im Jahr 2005 gültigen Stickoxidgrenzwert von 50 Mikrogramm/m³ überschritten. Bei der Überschreitung des Stickoxidgrenzwerts, der im Jahr 2010 gelten wird, kommen weitere Städte hinzu, nämlich Nürnberg, Regensburg und Erlangen. Wir haben also eine miserable Luftqualität in diesen Städten. Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion wären daher gut beraten, jetzt bereits an die Maßnahmen zu denken, mit denen das Stickoxid weiter abgesenkt werden kann.

Verharren Sie nicht beim Feinstaub. Hier haben wir inzwischen Verzögerungen um über drei Jahre. Die erste Umweltzone wird im Juli in Stuttgart eingerichtet. Dort werden die G-Kat-Fahrzeuge nach derzeitigem Stand drinnen gelassen. Das ist gut so. Denn damit werden weitere Luftschadstoffe, unter anderem das Stickoxid, abgesenkt. Bei uns wird jetzt auch in München eine Ausnahme gemacht. Das ist in Ordnung. Wir müssen aber dringend mit der Fortschreibung der Luftreinhaltepläne und der Aktionspläne für die Städte beginnen, um die scharfen Stickoxidgrenzwerte jetzt und besonders im Jahr 2010 einhalten zu können. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir haben keine Zeit für derartige Schaufensteranträge, die komplett erledigt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Minister Dr. Schnappauf.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Umweltthemen mit Verkehrsbezug – egal, ob Lkw-, Pkw- oder Flugverkehr – sind dieser Tage in aller Munde. Deshalb macht es Sinn, dass wir uns mit einem Thema beschäftigen, das unmittelbar zur Entscheidung ansteht, das aber noch nicht vollkommen erledigt ist. Richtig ist, dass die Bundesregierung in den letzten Tagen durch Ankündigung vom 4. März dem Drängen von Ländern wie Bayern und dem Drängen von Kommunen und Städten wie München entgegengekommen ist. Noch sind aber seitens des Bundes, wie Herr Kollege Hintersberger zu Recht ausgeführt hat, keine Nägel mit Köpfen gemacht. Noch gibt es nur die bloße Ankündigung, dass die Kennzeichnungsverordnung entsprechend unseren

Forderungen verändert und damit eine sinnvolle Regelung geschaffen wird.

Umweltschutz wird immer so gut sein, wie er von den Menschen verstanden wird. Wenn wir zum Schutz vor Feinstäuben in den Innenstädten auch Fahrzeuge einbeziehen, die mehr oder weniger an der Feinstaubemission nicht beteiligt sind, nämlich Ottomotoren mit geregelter Katalysator, wird die Bevölkerung dafür kein Verständnis haben. Der Umweltschutz wird sich damit immer mehr hinterfragen lassen müssen. Deshalb haben wir von Anfang an darauf gedrungen, dass eine sinnvolle Regelung geschaffen wird.

Lassen Sie mich ein klein bisschen Revue passieren, wie sich alles entwickelt hat. Im Grunde genommen ist einmal mehr viel Zeit ins Land gegangen, ohne dass wirksamer Umweltschutz betrieben worden ist. Begonnen hat die Entwicklung bereits im Jahr 2005. Am 27. Mai hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, schnellstmöglich eine Kennzeichnungsverordnung vorzulegen. Die damalige Bundesregierung wollte schon am 10. August einen Verordnungsentwurf beschließen. Das war der „Vielfarbenentwurf“ des damaligen Bundesumweltministers Trittin. Dieser Entwurf ist im Kabinett der damaligen rot-grünen Bundesregierung gescheitert. Nachdem die Bundesregierung abgewählt wurde, ist das Thema aufgrund eines Initiativantrags der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen erneut aufgegriffen worden. Am 7. September einigten sich die genannten Länder auf ein praxistaugliches, transparentes und unbürokratisches Modell einer Kennzeichnungsverordnung mit drei Plaketten. Der Bundesrat hat den Verordnungsentwurf beschlossen. Ich sage es jetzt einmal verkürzt: Benzinfahrzeuge mit geregelter Katalysator bekommen eine grüne Plakette. Sie erhalten also freie Fahrt. Benzin-Pkw ohne geregelten Katalysator erhalten keine Plakette. Deshalb erhalten sie in den Umweltzonen keine freie Fahrt.

Leider ging die Bundesregierung nicht direkt auf den Vorschlag des Bundesrats ein, sondern hat am 22. Februar 2006 einen eigenen Entwurf einer Kennzeichnungsverordnung beschlossen. Damit hat sich der Bundesrat wiederum befasst, und am Ende kam eine Regelung heraus, die noch nicht konkretisiert war. Die entscheidenden Emissionsschlüsselnummern wurden erst durch das Bundesverkehrsministerium erarbeitet und am 15. Dezember 2006 veröffentlicht. Bei diesen Emissionsschlüsselnummern hat sich der Wurm reingezogen, wenn ich das so sagen darf. Hier wurde der handwerkliche Fehler der Bundesregierung offensichtlich. Sie hat letzten Endes Fahrzeuge mit geregelten Katalysatoren in die Fahrverbotsregelung einbezogen, was sachlich keinen Sinn macht. Diese Regelung ist bis heute formal nicht aus der Welt geschaffen. Gott sei Dank hat die Bundesregierung zwischenzeitlich angekündigt, dass sie die Kennzeichnungsverordnung erweitern will. Insofern wird mit dem Antrag, den Kollege Johannes Hintersberger hier vertreten hat, das gemeinsame Bestreben von Kommunen und Ländern wirkungsvoll unterstützt. Wir wollen tatsächlich eine solche Änderung erreichen.

Dabei wollen wir auch eine weitere Bereinigung vornehmen. Das ist der letzte Satz, den Kollege Hinters-

berger in seinem Antrag mit angesprochen hat. Wir wollen auch eine sachgerechte und praktikable Regelung für historische Oldtimer finden. Davon gibt es nur sehr wenige, die auch unter kulturellen Gesichtspunkten von großem Interesse und von großer Bedeutung sind. Insbesondere für die Fahrzeuge mit H-Kennzeichen soll eine sachgerechte und praktikable Lösung gefunden werden. Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass diese Fahrzeuge in München, Nürnberg und auch andernorts häufig in Garagen in den Stadtzentren geparkt werden und vielleicht einmal im Jahr zum Einsatz kommen.

(Henning Kaul (CSU): Die warten dort auf ihren jährlichen Einsatz!)

- Sie warten auf ihren jährlichen Einsatz, wie der Vorsitzende des Umweltausschusses sagt.

(Engelbert Kupka (CSU): Für Hochzeiten usw.!)

Denn das sind nicht die wahren Umweltprobleme, wenn ein solcher Oldtimer einmal im Jahr aus der Garage geholt wird. Die wahren Umweltprobleme, die in ihrer Quantität die Luft, das Klima und unsere Gesundheit gefährden, liegen woanders. Seien es die Emissionen im Verkehrssektor, seien es internationale Einflüsse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen wir doch auch bei dieser Diskussion die Kirche im Dorf. Ich erlebe in der gegenwärtigen Diskussion zum Klimaschutz gerade wieder eine unglaubliche Hysterie, mit der man mit einem Sammelsurium von Einzelvorschlägen an das Thema herangeht. Ich will noch einmal etwas unterstreichen. Alle Verantwortlichen in unserer bayerischen Politik nehmen die Herausforderungen, die durch die Erwärmung des Klimas auf uns zukommen, außerordentlich ernst.

(Susann Biedefeld (SPD): Aber auf Ihre Worte folgen keine Taten!)

Wir sollten jetzt aber nicht den gleichen Fehler machen, wie er vor Jahrzehnten gerade von Ihnen, meine Damen und Herren der Opposition, immer wieder gemacht wurde, nämlich am Ende das Kind mit dem Bade auszuschütten, sodass man durch die überzogenen und unausgereiften Vorschläge in der Bevölkerung insgesamt keine Akzeptanz für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensform findet.

(Susann Biedefeld (SPD): Siehe Kollege Söder mit seinen Vorschlägen!)

Deshalb halte ich den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, wie er hier eben vom Kollegen Hintersberger begründet worden ist, für eine wirkungsvolle Unterstützung unserer Arbeit, um diese Baustelle schnell vom Tisch zu bekommen und damit einen Beitrag dazu zu leisten, dass der Verkehr und damit die Mobilität umweltverträglicher werden. Denn letztendlich ist der Schutz der Umwelt auch ein Schutz der Gesundheit. Das gilt gerade auch für die Feinstäube, die Auslöser von Allergien und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sein können. Wir kennen heute diese Wirkungszusammenhänge. Wir leisten

damit einen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität sowie zum Gesundheitsschutz und zur Gesundheitsvorsorge unserer Bürgerinnen und Bürger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Sie sollten sich in Ihrer Kritik hier sehr zurückhalten. Es war falsch, dass der damalige Bundesumweltminister das Ding nicht vom Tisch gebracht hat; das hat uns nämlich fast zwei Jahre Zeit gekostet. Wenn ich nun sehe, dass die Abgasemissionen hauptsächlich auf der Höhe des geschobenen Kinderwagens freigesetzt werden und da, wo unsere Jüngsten gehen, wird es höchste Zeit für mich, diese Kennzeichnungsverordnung in Deutschland zur Anwendung zu bringen. Deshalb möchte ich von meiner Seite dem Petitum des Kollegen Hintersberger beipflichten, diese Kennzeichnungsverordnung im Bundesverkehrsministerium zügig zu ändern, damit eine praktikable und für die Menschen akzeptable Regelung vorgelegt wird.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Die Große Koalition hätte schon eineinhalb Jahre Zeit dafür gehabt!)

– Ich bin zuversichtlich, dass das zeitnah erfolgt, damit noch in diesem Jahr in Bayern die ersten Umweltzonen eingerichtet werden können. Wir gehen davon aus, dass der ursprüngliche Zeitplan, die Zone in München zum 1. Oktober einzurichten, noch einzuhalten ist und dass andere Städte wie Augsburg oder Neu-Ulm folgen werden. Ich weiß auch von weiteren Städten, dass sie sich mit diesem Thema intensiv beschäftigen. Lassen Sie uns Umweltschutz also mit Verstand und Vernunft machen und so, dass er von den Bürgerinnen und Bürgern auch mitgetragen wird. Dann kommen wir wirklich voran.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es hat sich noch einmal Kollege Wörner zu Wort gemeldet.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Schnappauf, die Vernunft hat uns dahin gebracht, wo wir heute stehen. Selbst Ihre Partei hat begriffen, dass es höchste Zeit ist, etwas zu tun. Wenn Sie heute die Opposition ermahnen, vernünftig zu sein, dann möchte ich Sie daran erinnern, dass Sie es waren, die in den letzten Jahren diese Vernunft verhindert haben.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Anträge zum Klimaschutz sind uralte, und Sie haben sie alle abgelehnt. Damit haben Sie das herbeigeführt, was wir heute beklagen und was wir jetzt noch vehementer als früher bekämpfen müssen. Sie haben diese Zeit verspielt, nicht wir. Wenn Sie jetzt unsere Vernunft anmahnen, kann ich Ihnen nur entgegenhalten: Liebe Mitglieder der CSU, nehmen Sie Vernunft an! Ob das allerdings mit dem Minister geht, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD – Engelbert Kupka (CSU): Durch Ihre Wiederholung wird nichts besser!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Paulig, eine Zwischenbemerkung. Bitte, es muss vom Mikrofon im Saale aus gesprochen werden.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Minister, stimmen Sie mit mir überein, dass die Große Koalition die Dinge jetzt eineinhalb Jahre verschleppt hat? Ich kann nicht ganz folgen, wenn Umweltminister Schnappauf jetzt auf eine angeblich mangelhafte Kennzeichnungsverordnung von Trittin schimpft. Sie hätten wahrhaftig alle Zeit gehabt, hier etwas auf den Weg zu bringen.

(Engelbert Kupka (CSU): Dann machen wir es halt jetzt!)

Noch etwas erstaunt mich bei diesem Dringlichkeitsantrag sehr. Wenn man den Text liest, könnte man der Meinung sein, dass die CSU nicht an der Bundesregierung beteiligt ist. Sie haben auch bei dieser Thematik gänzlich versagt, oder aber Sie haben nichts zu sagen. Das ist auch möglich.

(Zuruf von der CSU)

– Das ist eine wichtige Anmerkung, das muss ich einfach sagen. Es ist an der Zeit, denn Sie haben tatsächlich Handlungsbedarf auf diesem Sektor. Schauen wir mal, wie es weitergeht mit wirksamen Maßnahmen bei den anderen Luftschadstoffen. Sie sollten heute anfangen, Herr Schnappauf.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, wollen Sie zu dieser Zwischenbemerkung noch Stellung nehmen? – Das ist nicht der Fall.

(Henning Kaul (CSU): Nein, diese Bemerkung spricht für sich selbst!)

Damit habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/7642 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, mit den Stimmen der CSU-Fraktion bei Gegenstimmen der BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Enthaltungen der SPD-Fraktion ist der Antrag so angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD)

Gerecht ist, wenn Schule stattfindet! 1000 neue Lehrer für Bayern jetzt einstellen (Drs. 15/7643)

Ich eröffne die Aussprache. Als ersten Redner bitte ich Herrn Kollegen Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Kupka von der Regierungsfraktion, wären Sie vielleicht so freundlich, die zuständigen Minister und Staatssekre-

täre zu alarmieren, dass wir jetzt zur Schulpolitik reden, damit denen endlich klar wird, um was es hier in diesem Hohen Hause geht.

(Alexander König (CSU): Alarmieren?)

Ja, alarmieren, denn anscheinend sind sie nicht alarmiert.

Meine Damen und Herren, wir machen einen erneuten Versuch, die Probleme Unterrichtsausfall und Lehrermangel hier im Hohen Hause zu besprechen und eine Entscheidung darüber zu treffen. Ich würde mir wünschen, lieber Herr Kollege Waschler, endlich wieder eine Schulpolitik und keine Sparpolitik in diesem Hohen Hause zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu könnten Sie heute einen Beitrag leisten. Helfen Sie mit, mehr Lehrerinnen und Lehrer in Bayern zu bekommen.

Sie bezeichnen den Unterrichtsausfall als Einzelfälle, und den Lehrermangel beurteilen Sie als nicht vorhanden. Vielleicht darf ich Sie an Ihre eigene Veranstaltung von vor einigen Tagen in Landshut erinnern. Dort haben über 400 Eltern Ihnen die Meinung gesagt im Hinblick auf den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel. Nehmen Sie endlich die Eltern in diesem Lande ernst und verschweigen Sie nicht, was tatsächlich los ist. Wir haben Unterrichtsausfall in allen Regionen. Die Eltern halten den Unterricht. Sie werden eingespannt, um die Unterrichtsstunden nicht ausfallen zu lassen; denn die Mobile Reserve ist verplant. An der Grundschule Wendelskirchen bringen Eltern den Erstklässlern Lesen und Schreiben bei. In Waldmünchen unterrichten eine Kaufrau und ein 83-jähriger Pensionist. Ehemalige Forstbeamte geben Biologiestunden, und Eltern unterrichten in Dingolfing. Für Sie sind das alles nur Einzelfälle.

In Landshut haben sich die Elternbeiräte aus der gesamten Region beschwert. Für Sie sind das alles Einzelfälle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion, das ist eine zynische Politik gegenüber den Eltern, die die Sorge haben, ob ihre Kinder das Klassenziel erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Das sind eben keine Einzelfälle, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern das ist mittlerweile Tradition an bayerischen Schulen. Es ist CSU-Tradition. Unterrichtsausfall ist CSU-Tradition hier in diesem Lande. Das zeigt die ganze Hilflosigkeit Ihrer Politik auf, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie wollen nicht mehr Lehrer einstellen, weil Sie sparen wollen. Das ist ihre Politik seit zwei Jahren.

(Engelbert Kupka (CSU): Sie wird besser in zwei Jahren!)

Das aber geht am Interesse der Kinder und Eltern schnurgerade vorbei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Sie nur auffordern: Hören Sie endlich auf, auf dem Rücken der Eltern und der Ausbildung ihrer Kinder den Staatshaushalt zu sanieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden auch niemals behaupten können, dass Sie das nicht gewusst hätten. Sie machen das wissentlich, und das macht es nicht einfacher, das macht es noch schlimmer. Sie wissen, worum es geht. Wenn Sie Ihre Abgeordneten-Kollegen in den Stimmkreisen fragen, die mit Eltern gesprochen haben, werden Sie feststellen, sie alle wissen, dass es stimmt, was wir hier seit zwei Jahren sagen, nämlich dass wir einen strukturellen Lehrermangel und keine Einzelfälle haben. Alle wissen es, nur in diesem Hause wollen Sie es nicht zugeben, weil Sie weder in der Lage noch Manns genug sind, Ihrem Finanzminister das Geld aus den Rippen zu leiern, um an unseren Schulen eine Unterrichtsgarantie abgeben zu können.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Schneider, herzlich willkommen.

Ich sage Ihnen, wir haben im letzten Jahr zehn deutliche Aufforderungen der Verbände aller Schularten, der Elternverbände, des Verbands der Junglehrer, des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, des Philologenverbands und des Realschullehrerverbands bekommen, und sie alle haben Sie aufgefordert, mehr Geld für Lehrer bereitzustellen und mehr Planstellen einzurichten. Das schlagen Sie hier einfach in den Wind, weil Sie nicht wollen, dass mehr Lehrer eingestellt werden, und das zeigt die ganze Hilflosigkeit und Zynik Ihrer Bildungspolitik hier in diesem Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sagen, das seien Einzelfälle. Es sind eben keine Einzelfälle, lieber Herr Staatsminister. Auch Sie wissen das. Nur: Sie können gar nicht mehr anders, sonst müssten Sie nämlich hierfür einen Nachtragshaushalt vorlegen, der mehr Lehrerinnen und Lehrer für die Schulen vorsieht.

Wir haben eine neue Meldung der Fachoberschulen – auch das nochmals zur Kenntnis –, die schreiben: „Für eine gesicherte Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr sind 150 Planstellen notwendig.“ Für eine gesicherte Unterrichtsversorgung! Das heißt, wenn Sie diese Planstellen nicht schaffen, ist der Unterricht an den Fachoberschulen nicht gesichert. Wollen Sie das wirklich und allen Ernstes in Kauf nehmen, damit Sie nicht eine müde Mark mehr für Schulen einstellen müssen? Ich finde, das geht wirklich an der Interessenslage unserer Schülerinnen und Schüler völlig vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten zwei Jahren hier in diesem Hause – in den letzten zwei Jahren! – zehn Dringlichkeitsanträge diskutiert und gestellt und auf die Situation hingewiesen; zehn Dringlichkeitsanträge! Sie haben sie alle abgelehnt, und zwar rigoros, selbst wenn es darum geht, einfach nur mehr Lehrer einzustellen, nicht um die Frage, ob dieses Schulsystem noch Sinn macht; wenn es nicht um schulstrukturelle Fragen, sondern um die ganz einfache Frage geht: Sind Sie bereit, an Bayerns Schulen mehr Lehrer einzustellen? Diese Anträge haben Sie jedes Mal abgelehnt. Das zeigt die Ignoranz der Mehrheit in diesem Hause. Und ich sage Ihnen: Ihre Zweidrittelmehrheit tut den Schulen und den Eltern in Bayern nicht gut.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das ist die Wahrheit.

Und auch Sie, lieber Herr Nöth, wissen es, weil auch Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit den Eltern sprechen. Auch die sagen Ihnen, dass wir mehr Lehrerinnen und Lehrer brauchen. Sie sind aber nicht Manns genug, hier zu sagen, jawohl, das stimmt, wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, wir sind bereit, sie einzustellen. Das sind Sie nicht, und das ist wirklich bemerkenswert.

Es ist Ihnen wurscht, dass das zulasten der Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer geht; das ist Ihnen offensichtlich völlig wurscht. Es ist Ihnen auch wurscht, dass es um die Zukunft der Kinder geht. Es ist Ihnen auch wurscht, dass der Unterricht immer mehr nach Hause verlagert wird und dass zu Hause die Familien aufarbeiten müssen, was die Schule, lieber Herr Waschler, nicht schafft. Das wissen Sie ganz genau.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das sind doch nur Unterstellungen! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Nein, das sind keine Unterstellungen, das sind die Berichte, die Eltern auch gegenüber Ihnen abgeben.

Wahrscheinlich haben Sie in Landshut die Augen und die Ohren zugemacht, sonst hätten Sie hören müssen, was Ihnen die Eltern sagen, nämlich genau das: Wir brauchen an Bayerns Schulen mehr Lehrpersonal, weil wir sonst an die Wand fahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, fahren die Schule an die Wand, wenn Sie nicht endlich einlenken und in den Klassen für mehr Personal sorgen.

Ich möchte noch Folgendes dazusagen, denn damit ist es noch nicht genug: Sie stellen nicht nur keine Lehrer bedarfsgerecht ein, sondern Sie kürzen auch noch die Stellenpläne. Auch wenn Sie hier immer wieder versuchen, das schönzureden und wegzudiskutieren, fehlen

im Stellenplan der Hauptschulen 2007/2008 1660 Stellen. Das ist eine Kürzungsorgie auf dem Rücken der Hauptschulen, und Sie stellen sich hier gleichzeitig hin und sagen: Sie wollen die Hauptschulen stärken. Sie belügen die Öffentlichkeit und die Schüler und Eltern in diesem Land, wie es Ihnen passt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben vorher im Haushalt bei den Hauptschulen 422 Stellen gestrichen. Sie kürzen bei den Ganztagschulen die Lehrerstundenzuweisungen von 19 auf 12. Sie kürzen auf der gesamten Linie die Stellen. Das ist Ihre Politik, die Sie in diesem Hause machen, und Sie wissen es auch.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Die 6000 Euro haben Sie vergessen!)

Und das Schlimme ist, Sie gehen diese schwierige Lage wissentlich ein, dass Eltern Unterricht halten müssen, dass Lehrer nicht mehr können und dass Schüler in Klassen mit 36 Schülerinnen und Schülern sitzen. Können Sie mir hier endlich einmal sagen, wie bei einer Klassenstärke von 36 Schülern eine vernünftige Pädagogik gemacht werden kann? – Ich weiß es nicht, und auch Sie wissen es in Wahrheit nicht.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie sind nicht bereit und nicht in der Lage, das zu finanzieren. Sie laufen wissentlich und sehenden Auges in eine Katastrophe. Sie wissen ganz genau, dass im Jahre 2010 8000 Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen aufgrund der Pensionierung fehlen werden. Das haben Ihnen auch die Verbände vorgerechnet – nicht wir von der Opposition. 8000, diese Zahl haben die Verbände auf den Tisch gelegt, nicht wir von der Opposition.

Wollen Sie nicht endlich einmal anfangen, die Lehrerinnen und Lehrer, die wir haben, einzustellen, um zumindest die Pensionierungen auszugleichen? Und: Sie kommen immer wieder daher und sagen, wir hätten gegenüber dem Haushalt eine Gesamtverantwortung. Ich sage Ihnen: Sie haben bitte schön eine Verantwortung gegenüber den Eltern und den Kindern in diesem Lande. Das ist primäres Ziel, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie immer wieder mit der Finanzierung daherkommen, sage ich Ihnen: Es gibt eine Studie der Robert-Bosch-Stiftung. Schauen Sie sich an und Sie werden feststellen: Aufgrund des Schülerrückgangs wird allein Bayern bis zum Jahre 2020 2,3 Milliarden Euro einsparen; 2,3 Milliarden Euro! Wollen Sie denn um Himmels willen nicht endlich einmal diesen demografischen Gewinn in kleinere Klassen und in größere Stellenpläne investieren?

(Beifall bei der SPD)

Wollen Sie denn dem Herrn Falthäuser dieses Geld wirklich in die Kassen stecken lassen, unsere Schülerinnen und Schüler alleine lassen und unsere Eltern mit der Schulverlagerung nach Hause weiterhin belasten?

(Engelbert Kupka (CSU): Aber die Universitäten brauchen Professoren!)

Ich finde dies eine unverantwortliche Politik. Es ist auch nicht mehr zu akzeptieren, dass Sie in diesem Hause anders als in Ihren Stimmkreisen reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann Ihnen mehrere Äußerungen Ihrer Kollegen von der rechten Seite des Hauses zitieren, die in ihren Stimmkreisen anders als hier im Hause reden. Das kann ich Ihnen sagen!

Lieber Herr Kupka, ich könnte Ihnen mittlerweile auch Schulamtsleiter Ihrer Partei nennen, wenn ich wollte, die zu Ihnen laufen und sagen,

(Engelbert Kupka (CSU): Was?)

hört mit dieser Politik auf, es schadet unseren Schulen, unseren Kindern und den Familien. Aber Sie sind weder einsichtig noch bereit, hier umzusteuern.

Mit dem Hinweis auf einen ausgeglichenen Haushalt ist es nicht mehr getan. Ich darf Sie schon daran erinnern, dass Bayern durch die Mehrwertsteuererhöhung Mehreinnahmen hat. Sind Sie nicht endlich einmal bereit, Teile dieser Mehrwertsteuererhöhung in mehr Lehrer zu investieren, damit die Situation an unseren Schulen endlich einmal besser wird? Glauben Sie nur nicht, dass wir in dieser Frage Ruhe geben werden. Sie wissen genau – und das tut Ihnen auch sehr weh –, dass in den nächsten Monaten dieses Problem ein entscheidendes Problem Ihrer Politik sein wird. Das wissen Sie ganz genau.

Glauben Sie auch nicht, dass es damit getan ist, wenn der Nachtragshaushalt kommt, wieder einmal 50 oder 100 Lehrer einzustellen.

Ich hatte ein Gespräch mit den Elternverbänden. Wenn Sie aufsummieren, was für Zahlen die nennen – die werden Sie auch noch erreichen, lieber Herr Kollege Waschler –, um die Unterrichtsversorgung aufrechtzuerhalten, dann werden Sie sehen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer wir brauchen. Es sind nicht 300 oder 400, es sind mindestens 1000 pro Jahr in den nächsten Jahren, um eine vernünftige Unterrichtsversorgung aufrechtzuerhalten.

Ich möchte Sie noch einmal herzlich aufrufen im Interesse der Lehrer, im Interesse der Schüler und im Interesse der Eltern: Geben Sie endlich eine Unterrichtsgarantie ab in diesem Land, und sorgen Sie dafür, dass dafür ausreichend Finanzmittel in den Haushalt eingestellt werden. Sonst sind Sie, gerade die Bildungspolitiker, zahnlose Tiger.

(Ingeborg Pongratz (CSU): Geschwätz!)

– Bitte schön? Sie können es gerne laut sagen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie hat recht!)

Wenn Sie, liebe Kollegin von der hintersten Bank, meinen, das sei Geschwätz, dann würde ich Ihnen empfehlen, zu den Eltern in Ihrem Stimmkreis zu gehen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Ingeborg Pongratz (CSU): Da war ich, nicht nur einmal!)

und zu ihnen zu sagen: Liebe Eltern, liebe Schüler, die Forderung nach mehr Lehrerinnen und Lehrern ist Geschwätz. Sagen Sie das öffentlich, dann können wir hier weiterreden.

(Ingeborg Pongratz (CSU): Ihre Rede ist Geschwätz!)

Ansonsten sind solche Zwischenrufe nichts anderes als dummes Zeug.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sibler.

Bernd Sibler (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD fordert 1000 zusätzliche Planstellen jetzt und sofort. Sie bekommt im bereits beschlossenen Doppelhaushalt zum Schuljahr 2007/08 784 Planstellen. Das sind die Zahlen, die wir für das nächste Jahr schon beschlossen haben. Wir machen damit deutlich, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Sie fordern im vorliegenden Dringlichkeitsantrag 1000 neue Lehrerinnen und Lehrer, und zwar jetzt, also sofort. Ich darf darauf hinweisen, dass zum Schulhalbjahr, also seit letzter Woche, 180 zusätzliche Mobile Reserven an Bayerns Volksschulen zur Verfügung stehen. Es ist auch Minister Schneider zu verdanken, dass die Zahl außerhalb der ursprünglichen Planung noch einmal kurzfristig um 30 erhöht worden ist, und das sind immerhin auch noch einmal 870 zusätzliche Lehrerstunden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und warum?)

– Warum? Weil natürlich auch Unterricht ausfällt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil es notwendig war, mehr als notwendig!)

Aber im Winter, sehr geehrte Frau Werner-Muggendorfer, sind die Leute auch ab und an einmal krank, und dann fällt eben ab und an einmal Unterricht aus.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dafür gibt's ja eine Mobile Reserve!)

Dafür ist die Mobile Reserve auch da. Darum haben wir sie auch noch einmal erhöht, und damit haben wir die schwierige Lage in den Wintermonaten bewältigen können. Da sind die Leute halt mal krank und die Lage wurde verbessert, auch im Landkreis Dingolfing-Landau – Kollege Pfaffmann hat ihn wieder einmal genannt –, der zeitweise im Fokus der Öffentlichkeit stand. Es sind in Landau, es sind in Wendelskirchen zusätzliche Mobile Reserven im Einsatz, und die Lage hat sich verbessert. Wir sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in diesem Punkt unserer Verantwortung gerecht geworden.

Es ist aber auch zu erwähnen und interessant, dass der Freistaat Bayern aufgrund seiner langjährigen und soliden Finanz- und Haushaltspolitik kurzfristig in der Lage ist, solche Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Dank gilt hier den CSU-Haushaltspolitikern und dem Finanzminister.

(Ludwig Wörner (SPD): Und dem Steuerzahler!)

– Das zahlen natürlich die Steuerzahler, aber das sind natürlich auch die Entscheidungsträger, Herr Wörner, ob Sie es glauben oder nicht.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Herr Kollege Sibler, Sie haben vergessen, sich bei sich selber zu bedanken!)

– Sie haben nachher selber Gelegenheit zu sprechen, Herr – jetzt weiß ich den Namen nicht mehr –, Wahnschaffe heißen Sie, glaube ich.

Hinweisen will ich zudem darauf, dass in den letzten Jahren immer neue und echte zusätzliche Lehrerplanstellen im Etat ausgewiesen wurden. Nehmen wir das Bezugsjahr 1989/90. Das sind netto, also abzüglich der Einsparungen durch Arbeitszeiterhöhung, durch Nachtragshaushalte oder andere Gewinne, 10 880 Stellen. Wenn man es vom Schuljahr 2001/02 bis zum Jahr 2007/08 rechnet, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind es 6058 zusätzliche echte Planstellen. Eine Situation, wie sie Herr Pfaffmann darstellt, dass auf dem Rücken der Kinder gesungespargt worden sei, kann man also beim besten Willen nicht nachweisen.

(Susann Biedefeld (SPD): Schönrechnerei!)

Sie haben das Beispiel Fachoberschule – FOS – und Berufoberschule – BOS – gebracht. Da muss man sehen, dass aufgrund der katastrophalen Lehrstellensituation 2002/03/04 viele Leute auf die Fachoberschule oder die Berufoberschule gegangen sind. Sollen wir noch einmal daran erinnern, wer damals auf Bundesebene Verantwortung getragen hat, wer dafür verantwortlich war, dass die Arbeitslosenzahlen so hochgegangen sind? Es war Rot-Grün, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wenn man bessere Zahlen hätte, könnte man die Steigerungen, die wir gehabt haben, auch in pädagogische

Verbesserungen hineinstecken und müsste sie nicht immer nur in die Grundversorgung stecken.

Ähnlich ist es bei der Hauptschule. Sie haben immer wieder von gestrichenen Stellen gesprochen. Herr Pfaffmann, Sie lügen an dieser Stelle. Sie reden wider besseres Wissen, denn Sie wissen genau, dass wir aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen an den Hauptschulen die Stellen an die Realschulen und Gymnasien gegeben haben, um dort kleinere Klassengrößen aufrechterhalten bzw. schaffen zu können.

Man muss darauf hinweisen, dass jetzt und sofort die 1000 Planstellen nicht möglich sind. Es ist jetzt kein Einstellungstermin, das wissen Sie auch ganz genau. Sie erheben hier eine populistische Forderung. Wir haben vorgemacht, wie es geht. Wir haben die 180 zusätzlichen Planstellen für Mobile Reserven geschaffen.

Wo sollen denn jetzt und sofort auch 1000 Lehrer herkommen? Sie wissen, dass wir bei den Mathematik-, Physik- und Lateinlehrern einen Mangel haben. Wir unternehmen alles Mögliche, damit wir außenstehende Leute herbekommen, zum Beispiel Diplom-Physiker. Das ist unsere Politik. Sie ist sinnvoll, sie ist richtig, und daran wollen wir weiter arbeiten. Selbst bei den Grundschullehrern, die im letzten Jahr nicht alle übernommen werden konnten, gibt es im Moment Probleme, welche zu bekommen, weil die Leute Gott sei Dank so flexibel sind, sich zwischenzeitlich andere Stellen zu suchen.

Das Thema, das Sie uns heute einmal mehr vorgeben, wird sicherlich auch Thema der regulären Nachtragshaushaltsverhandlungen sein. Die CSU wird das Thema dort seriös behandeln und nicht mit opportunistischen Forderungen, wie sie im Dringlichkeitsantrag zum wiederholten Mal erhoben wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Dem Schulsystem, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geht es wie meinem Bein: Es krankt.

Zum Thema Lehrermangel – da waren von hinten erbiterte Zwischenrufe zu hören – möchte ich Ihnen ein paar Äußerungen von Frau Pongratz – aus Landshut ist sie, glaube ich – vorlesen: „Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht massive Beschwerden von Eltern an mich herangetragen werden.“ „Wir können uns doch nicht Bildung auf die Fahnen schreiben, die nötigen Mittel dafür aber nicht zur Verfügung stellen.“

In der „Landshuter Zeitung“ fordert Frau Pongratz: „Ich will erreichen, dass im Nachtragshaushalt mehr Stellen für die Mobilien Reserven ausgewiesen werden.“

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ist doch schön!)

– Herr Kollege Waschler, es war zu hören, dass Sie in Landshut sehr große Schwierigkeiten hatten. Ich möchte auch das Motto dieser Veranstaltung zum Besten geben, wohlgermerkt, den Titel haben die Eltern gewählt: „Sparen wir unsere Kinder dumm?“ Es muss Ihnen doch zu denken geben, wenn Eltern solche Fragen an Sie richten.

Ich fange mit dem Gymnasium an. Die BPV-Zeitung liegt draußen auf. Darin können Sie lesen, dass 3,7 % der Stunden ersatzlos ausgefallen sind. Sehr geehrte Damen und Herren, ein Staat hat die Pflicht, Unterrichtsstunden zur Verfügung zu stellen, und es geht nicht an, gerade nicht vor dem Hintergrund des achtjährigen Gymnasiums, in das sehr viel Stoff hineingepackt wird, dass Unterricht ersatzlos ausfällt. Es geht auch nicht, wie es wohl in Gilching an einem Gymnasium gewesen ist, dass, wie mir Eltern geschrieben haben, 8 % der Stunden sind von November bis Mitte Februar ersatzlos ausgefallen, in Englisch 27 Stunden. Sechs Stunden Englischunterricht wurden schließlich erteilt. Im Rest wurden die Kinder nach Hause geschickt, oder es wurde etwas anderes gemacht. Das geht nicht. Wir haben einen vollen Lehrplan, und der Staat muss seine Pflicht erfüllen, diese Stunden zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Eltern in Landshut haben darüber hinaus – und ich lege ausdrücklich Wert darauf, dass das ein Beispiel dafür ist, wie es überall passiert – gesagt: Der Lehrermangel ist seit Jahren flächendeckend und chronisch. 44 % der Stundenausfälle werden in Niederbayern durch die Mobile Reserve vermieden, Herr Minister.

Das heißt, 56 % sind unklar.

Dann wurde von einer Förderlehrerin berichtet, die keine Einzelförderung, sondern Urlaubsvertretung macht. Eine Mutter hat gesagt: In der nächsten Woche gebe ich eine Stunde Sport und eine Stunde Mathematik. Die Eltern haben darüber hinaus angemerkt, dass es jedes Jahr das Gleiche sei: Klassen werden zusammengelegt, Kinder werden heimgeschickt, Eltern müssen Dienst am Pult schieben, Eltern werden immer wieder vertröstet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen die Ausrede nicht gestatten, dass das Einzelfälle sind. Sehr geehrter Herr Minister, wenn sich Einzelfälle und Improvisationen häufen, dann ist eine organisatorische Regelung angebracht, die ganz einfach ist: Sie müssen mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es wäre auch schon ein Signal, wenn Sie heute diesem Antrag im Hinblick auf den Nachtragshaushalt zustimmen würden. Ich halte den Antrag auch nicht für vermessen vor dem Hintergrund, dass Sie mit dem Doppelhaushalt den Hauptschulen, die Sie aufwerten möchten – da bin ich sehr gespannt – 1655 Stellen streichen. Herr Kollege Siblinger, wenn Sie die Differenz zwischen dem Personal-Soll des Jahres 2008 und jenem des Jahres 2006 ermit-

eln, dann ergibt sich diese Streichung. Insofern halte ich das nicht für unredlich. Wenn wir den demografischen Gewinn im System belassen wollen, dann müssen Sie so handeln.

Herr Minister, es ist vielleicht ganz nett, wenn Sie den kultusministeriellen Tourismus hin zu den Brandherden befördern, wenn Sie persönlich dort hingehen und sich ein Bild von der Lage machen. Ich glaube aber nicht, dass es Aufgabe eines Ministers sein kann, ständig dorthin zu reisen, wo sich neue Löcher auftun. Ein Minister sollte stattdessen strategische Überlegungen anstellen, wie man die Brandherde langfristig beseitigen kann. Das geht nur mithilfe neuer Lehrer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Siblinger, diese 180 Stellen sind keine Glanzleistung, weil sie lediglich aus dem bestehenden Kontingent genommen werden. Sie haben nämlich die Wiederbesetzungssperre aufgelöst. Auch die Wiederbesetzungssperre halte ich für einen Notstand. Das hört man allerorten: Wenn ein Lehrer in Pension gegangen ist, muss man eine Weile warten, bis ein neuer Lehrer kommt. Das ist keine glorreiche Tat. Ich halte es nicht für gut, einen Notstand quasi mit einem Hauch von Entlastung zu finanzieren. Die Stellen sind also ein haushaltstechnischer Trick. Herr Minister Schneider hat bei der Ministerbefragung gemeint, es sei den Leuten vor Ort egal, ob die Stellen durch haushaltstechnische Tricks zustande kämen oder nicht. Da gebe ich ihm recht. Wenn wir umrechnen, was für jede Schule dadurch herauskommt, dann ergeben sich für 1100 Hauptschulen nur 0,16 Lehrer pro Schule. Eine glorreiche Tat ist das nicht. Ich halte Sie nicht für Tiger – Herr Kollege Müller hat das, glaube ich, schon gesagt –, sondern bestenfalls für Hamster, die sich in einem Rad bewegen. Passieren tut aber nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Schneider selbst hat bei der Ministerbefragung auf meine Frage nach der Bekämpfung des Lehrermangels gesagt: Ich habe mit keiner Silbe von Erfolg gesprochen. Das haben auch wir nicht getan. Es wird aber Zeit, dass Sie erfolgreich werden.

Ich erinnere Sie an das von der CSU viel beschworene Leistungsprinzip. Bringen Sie endlich Ihre Leistung! Ich möchte einen Erfolg sehen, der einfach zu erreichen wäre. Stellen Sie entweder neue Lehrer ein, oder, wenn das haushaltstechnisch jetzt nicht möglich sein sollte, geben Sie zumindest das Signal dafür. Ich persönlich meine schon, dass Sie aus dem Einzelplan 13 schon jetzt Finanzmittel freimachen könnten. Herr Kollege Kupka, habe ich recht? – Ja.

(Engelbert Kupka (CSU): Ich habe nichts gesagt!)

Der Erfolg wäre also einfach zu erreichen. Sie sollten neue Lehrer einstellen. Um es wie eine Mutter aus Landshut auszudrücken: Wir wollen ganz einfach so viele Lehrer,

dass unsere Kinder regulären Unterricht bekommen. Das wollen die GRÜNEN auch.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Die GRÜNEN wollen Schulden!)

Es brennt!

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Wo denn?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Schneider. Bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Tolle, es ist immer wichtig, dass der Kultusminister auch nach draußen zu den Schulen geht, damit er weiß, was vor Ort geschieht. Das war nicht der einzige Besuch, den ein Kultusminister gemacht hat. Selbstverständlich können die Schulämter auch erwarten, dass sich der Minister persönlich nach der Situation erkundigt, wenn aus verschiedenen Gründen die Unterrichtsversorgung offensichtlich nicht so gewährleistet wurde, wie man es gerne hätte. Es ist weit gefehlt, wenn man daraus einen Vorwurf macht. Ich lege wirklich Wert darauf, dass der Minister draußen ist, dass er bei den Lehrern ist, dass er bei den Schulämtern ist und bei den Eltern, Schülerinnen und Schülern.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben mich danach gefragt, ob das ein Erfolg sei. Wir haben über die Wiederbesetzungssperre gesprochen. Wenn es mit vielen Anstrengungen gelingt, ein Stellenpotenzial von 30 Lehrkräften zu gewinnen, dann bin ich nicht so vermessen, mich als der Größte feiern zu lassen. Das ist nicht notwendig. Es ist wichtig, dass diese Mittel zur Verfügung gestellt werden und dass wir über die 150 Mobil Reserven hinaus, die geplant waren und eingestellt sind, die 30 über die Wiederbesetzungssperre zum Teil nach Niederbayern und auch nach Oberfranken geben konnten, um dort helfen zu können, wo Probleme verschiedenster Art aufgetreten sind; darüber haben wir uns bei der Ministerbefragung ausgetauscht.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Tolle?

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Nein, ich will meinen Beitrag zügig zu Ende bringen. – Das Thema Planstellen haben wir hier des Öfteren diskutiert. Ich bitte darum, zur Kenntnis zu nehmen oder es sich aufzuschreiben, wenn man es sich nicht merken kann, dass wir im Doppelhaushalt 600 zusätzliche Stellen geschaffen haben und dass wir 700 bisher befristete Stellen entfristet haben, womit wir Lehrkräfte weiterbeschäftigen konnten.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich bitte Sie also, das zur Kenntnis zu nehmen und nicht von Streichungen zu sprechen. Das Gesamtkalkül zeigt, dass im Doppelhaushalt mehr Lehrerstellen dazugekommen sind. Der Rückgang bei der Hauptschule ist in großem Umfang durch die Demografie bedingt. Auch Sie wissen, weil wir das oft genug gesagt haben, dass wir aus dem demografischen Gewinn – wie Sie es formuliert haben – 313 Lehrerstellen mehr an den Hauptschulen behalten haben, um mehr individuelle Förderung und mehr Sprachförderung machen zu können und um die Mobile Reserve aufrechtzuerhalten.

Ich bin sehr froh darüber, dass in Niederbayern in diesem einen Fall 44 % des Unterrichts durch Mobile Reserven gesichert werden konnten. Andere Maßnahmen, zum Beispiel Erhöhung von Teilzeit und organisatorische Maßnahmen, ergänzen immer das Angebot der Mobil Reserven.

Eines muss ich auch deutlich sagen: Diese Form der Mobil Reserven gibt es nur in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Über 2400 Lehrkräfte stehen als Mobile Reserven zur Verfügung, wenn Unterricht ausfällt. Das ist an den Realschulen und Gymnasien schwieriger zu bewerkstelligen, weil dort Fachunterricht erteilt wird und Fachlehrer tätig sind. Deshalb kann man dort keine Mobile Reserve wie an der Volksschule zur Verfügung stellen, sondern es gibt Mittel im Kultusministerium, die dafür abgerufen werden können. Ich würde für die Realschule gerne mehr Mobile Reserven einsetzen. Ich hätte gerne 80 Kräfte dafür eingesetzt, aber nur 19 Kräfte waren bereit, als Mobile Reserve zu arbeiten. Auch dieses Phänomen muss ich zur Kenntnis nehmen. Ein stärkerer Ausbau ist daher nur mit Finanzmitteln möglich.

Insgesamt ist die Unterrichtsversorgung in Bayern gewährleistet; das überprüfe ich jede Woche. Wir werden jedes Jahr – deshalb haben wir das zum selben Zeitpunkt wie im Jahr 1999 untersucht – auf die Situation treffen, dass wegen Krankheiten, zum Beispiel wegen Grippewellen, mehr Unterricht ausfällt als durch Mobile Reserven zur Abdeckung zur Verfügung steht.

Ich habe hier vor 14 Tagen gesagt, dass wir bei den Mobil Reserven ein Stück weit umsteuern werden, indem wir im September und Oktober deren Umfang etwas reduzieren, aber den Schulämtern in den Hochmonaten eine zusätzliche Verstärkung geben, um dem Unterrichtsausfall besser begegnen zu können.

Insgesamt ist der Umfang des Unterrichtsausfalls seit 1999 zurückgegangen. Es handelt sich also um keine plötzliche Entwicklung. Der Antrag war ebenso wie die Festlegung, was wir untersuchen sollen, von Herrn Pfaffmann mit vorgeschlagen worden. Das Ergebnis wurde auch mit Herrn Pfaffmann im Bildungsausschuss erörtert. Dort gab es hinsichtlich der Richtigkeit der Untersuchung keine Kritik, es gab auch keine Kritik, die Untersuchung sei nicht repräsentativ genug gewesen. Deswegen

habe ich ganz bewusst auf diese 1999 einvernehmlich beschlossene Art und Weise die Unterrichtsversorgung untersucht. Dabei konnte ich feststellen, dass bei den Volksschulen 1,4 % des Unterrichts ausgefallen sind, das heißt, Kinder nach Hause geschickt oder nur betreut wurden. Wenn ich von Ihnen höre, dass Sie nicht einmal Mobile Reserven als einen adäquaten Ersatz akzeptieren, dann verstehe ich nicht die Forderung, dass Sie zusätzliche Mobile Reserven haben wollen. Wir haben bei den Volksschulen einen Unterrichtsausfall von etwa 7 %, der aber durch den Einsatz Mobiler Reserven weit reduziert werden konnte. Auf diesem Weg werden wir weiter gehen.

Noch einmal zur Erinnerung: Im Doppelhaushalt 2007/2008 wurden 600 Lehrerplanstellen für das Jahr 2007 völlig neu geschaffen und 700 bisher befristete Zeitverträge verlängert. – Das, um der Klarheit und der Wahrheit Genüge zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, bleiben Sie einen Augenblick, ich erteile Herrn Kollegen Pfaffmann das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben gerade wieder von 600 zusätzlichen Stellen sowie von der Entfristung weiterer 700 Stellen gesprochen; das streitet niemand ab. Sind Sie bereit zuzugeben, dass in Ihrem Stellenplan der Hauptschulen – nachzulesen im Kapitel 05.12 auf Seite 308 – im künftigen Doppelhaushalt über 1660 Stellen weniger vorgesehen sind als im Jahr 2006? Sind Sie bereit, das zuzugeben? – Nur um den Vorwurf des Kollegen Sibler aufzugreifen, ich würde in dieser Frage lügen. Wenn Sie das zugeben, ist alles gut. Ich wiederhole: 1660 Stellen weniger im Hauptschulstellenplan für 2007/2008. Dazu möchte ich gerne etwas hören.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, wollen Sie darauf antworten?

(Staatsminister Siegfried Schneider: Ob das eine Zwischenbemerkung war, weiß ich nicht! Das war eine Frage!)

Doch, es war eine Zwischenbemerkung, Herr Minister. Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt lesen Sie doch einmal bitte den neuen § 111 der Geschäftsordnung durch, in welchem die Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen aufgeführt sind. Man kann bei Zwischenbemerkungen selbstverständlich auch Fragen stellen.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Die Frage ist gestellt worden und ich antworte natürlich auf diese Frage: Wenn Sie nur den Haushaltsplan als Rechenwerk ansehen, können Sie das herauslesen. Ich habe aber deutlich gesagt – –

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) – Gegenruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU): Hören Sie doch zu, Sie Kaspar!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Sibler, das Wort „Kaspar“ weise ich als unparlamentarisch zurück.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Wenn sich das Parlament wieder beruhigt hat, möchte ich die Frage gerne vollständig beantworten: Wenn man nur das Zahlenwerk ansieht, kann man das herauslesen. Ich gehe davon aus, dass es eine Zusammenfassung der Entscheidungen der vergangenen Jahre war, die wirksam geworden ist. Trotz dieser Reduzierung, die zu einem großen Teil auf den Auswirkungen des demografischen Faktors beruht, haben wir 313 Planstellen in der Hauptschule gelassen, die aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen zusätzlich hätten eingespart werden können. Das ist eine klare Entscheidung für die Hauptschule. Weil die Schülerzahlen an den Hauptschulen zurückgehen, aber an den Realschulen und Gymnasien zunehmen, haben wir einen anderen Teil der Planstellen von der Hauptschule in die anderen Schularten Realschule und Gymnasium übergeführt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 15/7643 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausbau der Windenergienutzung in Bayern (Drs. 15/7644)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD)

Ausbau der Windkraftanlagen in Bayern (Drs. 15/7651)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass für beide Dringlichkeitsanträge namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich bitte, das auch bekannt zu geben.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kollegin und Kollegen! Mit unserem Antrag wollen wir einen Anstoß,

einen Appell dieses Landtags zum Ausbau der Nutzung der Windkraft veranlassen. Wie Sie wissen, verschärft sich die Klimaproblematik enorm. Wir haben ein Zeitfenster bis 2020, um CO₂ zu minimieren und zu handeln. Danach wird sich der Prozess selbst verstärken. Wir haben mit der Windkraft eine saubere Technologie, finanziell günstig, sehr flächeneffizient, mit einem hohen Potenzial zur CO₂-Minderung und technisch ausgereift. Diese Form der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien gilt es auch in Bayern zu nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um Ihnen zu sagen, welche Potenziale in dieser Energieform stecken: Allein 2006 vermied die Windstromproduktion über 26 Millionen Tonnen CO₂. Das ist mehr als Industrie und Energiewirtschaft gemäß Emissionshandel bis 2012 reduzieren müssen – ein immenses Potenzial. Die Windenergie hat bundesweit die Wasserkraftnutzung bei der Stromproduktion überholt. Bayern war bei der Stromproduktion einmal bei erneuerbaren Energien führend, ist aber auf Platz vier oder fünf zurückgefallen, weil die Windkraft deutlich an Power gewonnen hat.

(Eduard Nöth (CSU): Weht der Wind?)

2006 war ein supergutes Jahr, das wissen Sie. Allein 20 000 Megawatt sind inzwischen in Deutschland installiert, von weltweit 75 000. Wir sind mit Weltmarktführer und haben gegenüber 2005 einen Leistungszuwachs im Umfang von 12 % gehabt. Es wurden knapp drei Milliarden Euro investiert.

Den größten Zuwachs – hören Sie gut zu – hatten die Bundesländer Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Das heißt, die Binnenländer Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz – also kleinere Bundesländer mit einem Mittelgebirgsanteil, wie wir ihn in Bayern locker haben. Diese Länder haben ihren Anteil enorm ausgebaut.

Machen Sie keine Vorgaben, sondern überlassen Sie es den Investoren, ob sie bei den gegebenen Bedingungen eine Anlage bauen oder nicht. Das ist doch der Punkt. Sie machen doch sonst auch keine Vorgaben, wer in ein Gewerbegebiet geht oder da oder dort investieren darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie die Investoren entscheiden, ob Sie bei diesen Windverhältnissen investieren oder nicht. Das ist privates Geld, Sie sollen die Standortvoraussetzungen schaffen.

Schauen Sie sich einmal an, was das weltweit bedeutet: Wir sind Exportmarktführer. USA, China, Indien – alle versuchen, entsprechend dem deutschen Markt nachzuziehen. Was ist in Bayern los? – Bayern ist Schlusslicht; Bayern streitet sich gerade noch um den letzten Platz mit Baden-Württemberg. Nettostromverbrauch: 0,6 % mit 315 Anlagen in Bayern. Knapp 400 Megawatt machen 1,5 % der bundesdeutschen Windkraftleistung aus. Beim Flächenanteil liegt Bayern sogar auf dem letzten Platz, schlechter sind allerdings noch Hamburg und Berlin. Das flächenstärkste Bundesland im Ver-

gleich aller Bundesländer auf dem schlechtesten Platz! Wir haben 2000 Arbeitsplätze in Bayern, die an diesem Windkraftsektor hängen.

Wir haben hier Firmen als Dienstleister, die andernorts ihre Windparks planen müssen, beispielsweise die Firma Ostwind aus Regensburg. Diese Firma verwirklicht in Nordfrankreich riesige Projekte, baut in der Tschechischen Republik und in anderen europäischen Ländern. Nur in Bayern haben sie nicht die Möglichkeit, Investitionen zu tätigen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sagen Sie noch etwas zum Landschaftsschutz!)

Lesen Sie bitte unseren Antrag nach. Wir sehen die verschärfte Klimaproblematik und das hohe technische Potenzial sowie die Windhäufigkeit in Bayern. Wir fordern in Abwägung der zu erwartenden Belastungen und Schäden durch Klimaveränderungen für die Landschaft, für die Natur, für Umwelt und Menschen eine Neubewertung der Windkraft in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir fordern Sie auf, konkrete Ausbauziele festzulegen sowie administrative und planerische Hemmnisse zu beseitigen. Das Landesentwicklungsprogramm und die Regionalpläne sollen daran angepasst werden. Es ist höchste Zeit, von den Sonntagsreden zum Klimaschutz zum Handeln überzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Wie schaut es mit dem Tierschutz aus, Frau Kollegin?)

– Hören Sie doch auf! All diese Argumente, beispielsweise zum Vogelschutz, sind längst widerlegt; es gibt entsprechende Gutachten. Auch die Off-shore-Situation hat man untersucht und ist zu vernünftigen Lösungen gekommen. Lassen Sie doch einmal die Naturschützer über die Standorte entscheiden. Dann wären wir schon wesentlich weiter. Bayern wäre gut beraten, von Konzeptionen auszugehen –

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Die CSU produziert heiße Luft wie immer, aber das reicht nicht aus, um die Windkraft effektiv zu nutzen.

Bayern liegt weit hinten, ich habe es schon gesagt. Es wäre an der Zeit, wie der Vorsitzende des Bundesverbandes Windenergie sagt, Klimaschutzflächen auszuweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU))

Auch die Arbeitsplätze in den Betrieben, die in diesem Sektor arbeiten, sind zu sichern. 150 bayerische Firmen sind Zulieferer von technischen Bestandteilen in diesem

Sektor. Technisch sind die Anlagen mittlerweile weiterentwickelt. Wenn Bayern beispielsweise seine Windstromproduktion verzehnfachen wollte, dann wäre die Zahl der Anlagen gerade einmal zu verdreifachen. Das wäre eine vernünftige Option für Bayern. Das ließe sich weiterentwickeln.

Wir haben in unseren Antrag explizit keine Zielvorstellung aufgenommen; denn es geht darum, die Investitionsbereitschaft für Windenergieanlagen in Bayern zu stärken und den Investitionen den notwendigen Rahmen zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, Sie müssen endlich eine Neubewertung der Windenergie vornehmen, die planerischen und administrativen Hemmnisse beseitigen und das Investitionspotenzial der bayerischen Bürgerinnen und Bürger sich entfalten lassen. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob ihnen die Windkraft in Bayern passt oder nicht.

Deutschland ist bei der Windkraft Weltspitze. In Stuttgart gibt es jetzt einen neuen Lehrstuhl dazu – da muss ich lachen –, obwohl Baden-Württemberg auch nicht viel besser als Bayern dasteht. Was nützt uns der beste Landschaftsschutz, wenn die Landschaft demnächst dem veränderten Klima zum Opfer fällt? Was nützt uns der Landschaftsschutz, wenn wir nicht endlich Prioritäten setzen? Die Priorität und der Handlungsauftrag derzeit für die Politik ist die Umsetzung des Klimaschutzes. Nutzen wir endlich die bayerischen Potenziale und geben wir heute aus dem Bayerischen Landtag der Windkraft neue Impulse. Sie haben in namentlicher Abstimmung die Möglichkeit, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bayern will nach den Worten des Herrn Noch-Ministerpräsidenten vor allem seine Spitzenposition beim Einsatz klimafreundlicher regenerativer Energien ausbauen und so die gute Klimabilanz des Freistaates weiter verbessern. So haben wir es in einer Pressemitteilung aus der Kabinettsitzung von dieser Woche gelesen. Das klingt sehr schön; diesen Worten folgen aber keine Taten. Wir fordern immer wieder: Diesen Worten müssen endlich konkrete Taten folgen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben große Zweifel daran, dass Sie dieses hehre Ziel auch verfolgen.

Ich schließe mich Frau Kollegin Paulig an: Die CSU-Fraktion hat heute die Möglichkeit, die Worte des Ministerpräsidenten Stoiber zu unterstützen und zu sagen: Wir geben ein klares Bekenntnis zu einer klimafreundlichen regenerativen Energiepolitik ab. Dazu gehört auch die

Windkraft in Bayern, die sträflich vernachlässigt worden ist. Ich meine, dass es heute angebracht wäre, diesen beiden Anträgen zuzustimmen. Ich bitte Sie darum, das ist längst überfällig. Es ist längst notwendig,

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

weil wir hier in Bayern ein Windkraft-Entwicklungsland sind. Auch ich habe hier die von Kollegin Paulig angeführten Zahlen, die das klar bestätigen.

Die Diskussion um den Klimaschutz hat in den letzten Monaten und vor allem in den letzten Wochen enorm an Dynamik gewonnen. Selbst konservative Politikerinnen und Politiker setzen sich plötzlich vehement für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen ein, für CO₂-Reduzierung, für mehr Klimaschutz, zumindest in Worten. Zu begrüßen ist, dass sogar Frau Bundeskanzlerin einen EU-Klimagipfel mit einheitlichen europäischen Richtlinien für einen gemeinsamen Klimaschutz erreichen will. Das ist positiv. Der Sinneswandel ist erkennbar.

Sie tun so, als sei dieses Thema vom Himmel gefallen. Die Anträge der Oppositionsfraktionen und die Protokolle der Beratungen dazu aus den letzten 20 Jahren füllen mehrere Aktenordner. Diese Anträge wurden fast durchweg abgelehnt. Wenn Sie zwischendurch einem unserer Anträge doch zugestimmt haben, dann wurden die Beschlüsse des Bayerischen Landtags nicht vollzogen. Aber es hat jetzt wohl ein enormer Sinneswandel bei Ihnen stattgefunden. Ich hoffe, dass Sie diesen Sinneswandel beibehalten, auch dann, wenn in den nächsten Wochen das Thema „Klimawandel“ nicht mehr tagtäglich in den Medien präsent ist oder in den Tageszeitungen nachzulesen sein wird.

Bei der Windenergie wollen wir eine vernünftige Vorgehensweise, und zwar mit klaren und konkreten Maßnahmen. Wir haben dazu einen eigenen Antrag vorgelegt. In der Diskussion um den Klimaschutz darf es keine Tabus geben. Auch bei der Windkraft darf es keine Tabus in der Debatte geben, wenn man sich den neuen Herausforderungen stellen, eine andere Klimapolitik einschlagen und die Windenergie forcieren will. Wenn Sie nicht bereit sind, Ihre Scheuklappen abzulegen und Ihre Blockadepolitik aufzugeben, ist diese Debatte verlogen und konkrete Maßnahmen sind von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Auf dem Tisch liegen unterschiedliche Aussagen zum Klimaschutz. Ich erinnere an Aussagen des Kollegen Dr. Söder. Manchmal ist mir dabei nicht mehr zum Lachen zumute. Er war stellvertretender Vorsitzender einer Enquetekommission des Bayerischen Landtags. Er hat mit Mitgliedern der CSU-Fraktion – wir werden einen Antrag dazu einbringen, der sich auf diese Enquetekommission und die Vorschläge von Herrn Söder beziehen wird – gefordert, dass beispielsweise ein Rabatt auf die Erbschaftsteuer eingeräumt wird, wenn Gebäude energiesparend saniert werden. Das waren unsere Vorschläge und Forderungen in der Enquetekommission. Das wurde von der CSU inklusive Kollegen Dr. Söder abgelehnt. Jetzt schlagen Sie es wieder vor. Das finde

ich eigenartig. Wir werden dazu einen entsprechenden Antrag nachreichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen ein klares und verbindliches Ausbauziel zur Windkraft. Das ist eine Forderung in unserem Antrag. Wir fordern bis zum Jahr 2012 eine Gesamtleistung von 3000 Megawatt bei der Windkraft. Dieses Ausbauziel wollen wir anvisieren, und wir fordern Sie auf, dies zu unterstützen. Wir brauchen ebenso einen aktualisierten Windkraftatlas. Wir haben zwar schon einen Windkraftatlas, aber der ist schon einige Jahre alt und entspricht nicht mehr den neuen Herausforderungen.

(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Das ist wunderbar, dass Sie das zugeben! Sie fordern einen neuen Windatlas!)

– Nein, lesen Sie die Begründung. Das ist das Kleingedruckte wie bei einem Vertrag, Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld.

Das steht in der Begründung. Deshalb sage ich: Wir wollen einen aktualisierten Windkraftatlas. In diesem überarbeiteten Windkraftatlas müssen die Ausbaupotenziale klar und deutlich für mögliche Investoren erkennbar sein. Wir wollen auch die planerischen Hemmnisse beim Landesentwicklungsplan und bei den Regionalplänen abbauen. Weg damit! Sie sprechen doch immer von Entbürokratisierung und Bürokratieabbau, aber nur wenn es in Ihre Politik und in Ihre Zielrichtung passt. Wenn es darum geht, etwas zu verhindern – in diesem Fall die Windenergie – sind Hürden da und werden von Ihrer Seite planerische Hemmnisse vorgegeben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nichts anderes als eine reine Verhinderungspolitik. Wir wollen die bürokratischen und administrativen Hemmnisse bei den Genehmigungsverfahren vom Tisch haben. Wir fordern dies gerade im Hinblick auf die Abstandsflächen, die Kompensationsmaßnahmen und vor allem im Hinblick auf das Erfordernis von Raumordnungsverfahren durch landeseinheitliche Regelungen. Das ist unsere Forderung. Ein Beispiel zu den Kompensationsmaßnahmen: Dieses Thema wird von Behörde zu Behörde völlig willkürlich gehandhabt. Die einen Behörden fordern eine Kompensationsabgabe in Form von Anpflanzung einer entsprechenden Anzahl von Obstbäumen, andere Behörden fordern Kompensationsabgaben von weit über 50 000 Euro. Hier müssen wir ansetzen. Wir brauchen landeseinheitliche Regelungen. Die Kompensationsabgabe darf nicht als Verhinderungsinstrument benutzt werden. Diese Forderung ist klar in unserem Antrag enthalten.

Diese Forderungen sind nicht neu. Wir haben ein Antragspaket, in dem die Forderungen unseres heutigen Antrags formuliert sind, bereits im Jahr 2001 eingebracht. Dieser Tage kam ein Bericht über den Vollzug dieser Beschlüsse. Sie haben einem Antrag zugestimmt, in dem es um die Kompensationsabgabe ging. Dieser Antrag wurde im Jahr 2001 beschlossen. Am 31. Oktober 2005,

also vier Jahre später, kam ein Zwischenbericht, in dem es heißt, man solle eine behördeninterne Arbeitsgruppe einrichten, die entsprechende Regelungen zur Kompensationsabgabe erarbeiten sollte.

Am 15. Februar 2007 kam ein abschließender Bericht zum Vollzug dieses Antrags. Ich möchte daraus wörtlich zitieren, da man sich diese Ausführungen auf der Zunge zergehen lassen muss:

Aufgrund des Beschlusses des Ministerrats vom 4. Oktober 2006 – Vorrang für Flexibilisierung bei Verwaltungsvorschriften – sollen größere Handlungsspielräume für nachgeordnete Behörden geschaffen und damit der Eigenverantwortung vor Ort gegenüber der Einheitlichkeit der Verwaltung grundsätzlich Vorrang eingeräumt werden. Soweit Raum für Flexibilisierung besteht, sind geplante Verwaltungsvorschriften daraufhin zu untersuchen, ob sie überhaupt notwendig sind. Vor diesem Hintergrund werden aufgrund der gegenwärtigen Vollzugspraxis Vollzugshinweise für die Festsetzung und Verwendung von Ersatzzahlungen nicht für erforderlich gehalten. Wir sehen daher diesbezüglich auch für den Bereich der Windenergienutzung vom Erlass von Vollzugshinweisen ab.

Jetzt kommt wieder dieser große Deckmantel „Entbürokratisierung“. Das ist nichts anderes als Blockadepolitik und Verhinderungspolitik. Sie haben kein Interesse daran, den klimafreundlichen Energien, den erneuerbaren Energien und damit der Windkraft Vorrang zu geben. Ich bitte Sie, es sich noch einmal zu überlegen, die Worte des Herrn Ministerpräsidenten zu unterstützen und dem Antrag der SPD zuzustimmen. Wir werden auch dem Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von und zu Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Heute liegen uns zwei Anträge der Opposition vor, die sich beide mit dem weiteren Ausbau der Windkraft in Bayern beschäftigen. Der Antrag der GRÜNEN ist nach einem allgemeinen Geplänkel zum Klimaschutz bis hin zur Investitionsbereitschaft der bayerischen Bürger eher allgemein gehalten. Dort werden keine verbindlichen Ausbauziele gefordert.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Wir fordern, dass die Kommunen Handlungsspielräume bekommen!)

– Liebe Kollegin, wenn Sie etwas weniger Zwischenrufe machen würden, würden Sie auch weniger Co₂ ausstoßen.

Die SPD fordert die Anpassung des Landesentwicklungsplanes und der Regionalpläne sowie die Beseitigung administrativer und planerischer Hemmnisse. Die SPD – darüber war ich erstaunt – hat sich diesmal sogar

richtig Arbeit gemacht. Sie hat einen dicken und wunderschön gemachten Antrag ausgearbeitet, der sehr viele Einzelheiten und ein verbindliches Ausbauziel von 3000 Megawatt Gesamtleistung der Windkraft bis zum Jahr 2012 enthält. Das wäre eine Verzehnfachung der jetzigen Ausbaumenge. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen zu der Arbeit, die Sie sich gemacht haben, nur gratulieren. Sie haben sich sowohl beim Antrag als auch bei der Begründung sehr viel mehr Mühe gegeben als die Kolleginnen und Kollegen bei den GRÜNEN.

Gegen Ihre hohen Erwartungen muss ich Ihnen aber leider mitteilen, dass wir beiden Anträgen nicht zustimmen werden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen von der SPD, Sie beklagen in Ihrem Antrag, dass Baden-Württemberg, Hessen und Bayern bei der Windenergie im Vergleich am Ende der Flächenländer lägen. Haben Sie sich einmal gefragt, warum das so ist? Haben Sie sich das einmal überlegt? – In diesen Ländern gibt es nun einmal deutlich weniger Wind als in den Küstenregionen. Während eine Windanlage im Norden 1900 Stunden im Jahr laufen kann, sodass sie gerade einmal wirtschaftlich ist, kann sie in Bayern nur 1200 Stunden im Jahr laufen. Meine Damen und Herren, es wäre einfach nicht wirtschaftlich, in Bayern großflächig Windanlagen zu errichten.

Außerdem – das können alle Kolleginnen und Kollegen unseres Ausschusses bestätigen – haben wir bei diesem Thema mit erheblichen Widerständen aus der Bevölkerung zu rechnen. Uns liegen viele Petitionen gegen die Errichtung von Windkraftanlagen vor, die zum Beispiel mit dem Landschaftsschutz, dem Denkmalschutz, dem Vogelschutz und vielen anderen Einwänden begründet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch diese Sorgen unserer bayerischen Bürger angemessen berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir sind nicht gegen die Windenergie. Das kann ich Ihnen ganz deutlich sagen. Wir sind aber für einen vernünftigen Energiemix. Zu dieser Aussage stehen wir absolut.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Lieber Herr Kollege Wörner, was vernünftig ist, kann ich Ihnen schon sagen. Ich weiß nicht, ob Sie das auch in jedem Fall behaupten können.

Meine Damen und Herren, die Windenergie ist in Bayern leider nicht wirtschaftlich zu betreiben. Sie fordern den Ausbau der Windenergie und sprechen von investitionsbereiten Bürgern. Ich frage mich, warum Sie unbedingt Abschreibungsmodelle in Bayern fördern wollen; denn nur mit Abschreibungen, mit hohen steuerlichen Vorteilen, sind Windenergieanlagen in Bayern tatsächlich wirtschaftlich zu betreiben. Das sollten Sie sich einmal überlegen.

Vernünftig ist es, die Windkraft an den Orten zu installieren, wo dies sinnvoll ist. Das sind zum Beispiel die norddeutschen Länder und der Offshore-Bereich, wo eine stärkere Windkraft vorhanden ist.

Liebe Frau Kollegin Biedefeld, Sie sagen, wir sollten keine Tabus beim Klimaschutz aufrechterhalten, wir sollten unsere Scheuklappen ablegen und wir seien in unserer Argumentation verlogen. Ich frage mich: Wie denken Sie über den Klimaschutz und über den CO₂-Ausstoß, wenn Sie verlangen, die Kernkraftwerke bis zum Jahr 2020 abzuschalten und dafür 100 000 Windanlagen in Deutschland zu bauen, die die Kernenergie ersetzen sollen?

(Susann Biedefeld (SPD): Was Sie sagen, ist Volksverdummung!)

– Meine Damen und Herren, das ist eine Illusion. Das hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Das ist Realitätsferne erster Güte. Wir setzen auf die Biomasse. Wir wissen, dass wir auch die Geothermie ausbauen können und dass wir auch noch gewisse Reserven bei der Wasserkraft haben.

(Ludwig Wörner (SPD): Warum haben Sie dann unsere Anträge abgelehnt?)

Wir werden weiterhin auf die Geothermie und Ähnliches setzen. Bei uns in Bayern ist die Windenergie nicht möglich. Lieber Herr Kollege Wörner, Sie können ruhig noch mehr Wind machen. Es hilft Ihnen nichts. Dadurch werden die Windanlagen in Bayern nicht wirtschaftlicher. Sie versuchen, mit dem Wind, den Sie machen, viel Staub aufzuwirbeln. Der Staub scheint Ihnen jedoch den realistischen Blick auf die Wirklichkeit zu trüben. Deshalb werden wir Ihren Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Huber.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich auf den Stand Bayerns bei den regenerativen Energien hinweisen: Bundesweit stammen 5 % des Primärenergieverbrauchs aus regenerativen Quellen, in Bayern haben wir 7 %.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bayern ist also im Bereich der regenerativen Energien führend in Deutschland.

(Zurufe von der Opposition)

Letzte Woche konnte ich bei Ihrem verfehlten Kreuzverhör zum Thema Klimaschutz darlegen,

(Widerspruch bei der Opposition)

dass Bayern pro Kopf der Bevölkerung ein Drittel weniger CO₂ emittiert als der Bundesdurchschnitt. Wir liegen bei 7 Tonnen pro Kopf und Jahr, während der Bundesdurchschnitt bei über 10 Tonnen liegt. Das heißt: Weder im Klimaschutz noch bei den regenerativen Energien gibt es Nachholbedarf. Deshalb sage ich: Ihre Anträge, meine Damen und Herren, gehen ins Leere.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Das ist wieder typisch Huber!)

Jetzt zum Thema Wind. – Im Jahr 2000 hatten wir in Bayern 112 Windkraftanlagen. Derzeit haben wir 315. Die Zahl der Anlagen hat sich in den letzten sechs Jahren etwa verdreifacht. Die Leistung ist von 67 Megawatt auf 340 Megawatt gestiegen, also etwa auf das Fünffache. Ich stelle also fest: Obwohl es weder Ihre Anträge noch Ihre weisen Erkenntnisse gegeben hat, hat sich in den letzten fünf Jahren die installierte Leistung bei den Windkraftwerken verfünffacht.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Aber wir sind das Schlusslicht!)

Ich stelle fest: Unabhängig davon, ob Sie Anträge stellen oder nicht, wird die Windkraft dort eingesetzt, wo es sinnvoll ist. Dort, wo es keinen Sinn macht, wird sie eben nicht eingesetzt, und wenn Sie noch weitere 1000 Anträge stellen.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Weil Sie es politisch nicht wollen!)

Aus den Anträgen, die Sie heute gestellt haben, geht als Einziges hervor, dass Sie große Informationsdefizite haben und dass Sie gar nicht wissen, was in Bayern los ist, meine Damen und Herren. Daraus wird klar, warum die SPD über 20 % nicht hinauskommt: Wer nicht weiß, was los ist, wird auch nicht gewählt.

(Beifall bei der CSU)

Aber jetzt kehre ich zum Thema zurück.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Auch wenn's schwer fällt!)

Es ist behauptet worden, es gebe eine Menge administrativer Hürden.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Allerdings!)

Genannt wurden das Landesentwicklungsprogramm – LEP – und das Baurecht. Ich darf dem Hohen Haus im Folgenden die Realitäten mitteilen. Wenn SPD und GRÜNE geneigt wären, mir zuzuhören, wären Sie am Ende klüger, wie es bei jeder Rede, die ich halte, der Fall ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Biedefeld?

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Ich würde vorschlagen, Frau Kollegin, dass Sie mir erst zuhören.

Wir haben im Landesentwicklungsprogramm, das 2006 verabschiedet wurde, Folgendes verankert – ich zitiere wörtlich –: „Es ist anzustreben, erneuerbare Energien – Wasserkraft, Biomasse, direkte und indirekte Sonnenenergienutzung, Windkraft und Geothermie – verstärkt zu erschließen und zu nutzen.“ Wir als Mehrheit haben dem zugestimmt; Sie waren dagegen, wie man weiß. „In den Regionalplänen können für die Errichtung von Windkraftanlagen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete... festgelegt werden.“

(Ruth Paulig (GRÜNE): Aber nicht als Ziel, sondern nur als Grundsatz!)

Freileitungstrassen, Windkraftanlagen und andere weithin sichtbare Einrichtungen sollen nicht in schutzwürdigen Tälern errichtet werden sowie landschaftsprägende Geländerücken und schutzwürdige Belange, Tier- und Pflanzenwelt, Vogelschutz nicht beeinträchtigen.

Das sind vernünftige Rahmenbedingungen – im Landesentwicklungsprogramm sind also klare Ziele enthalten.

12 der 18 Planungsregionen in Bayern haben in der Zwischenzeit Windkonzepte erarbeitet. Die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten ist erfolgt; hier wird die Errichtung von Windkraftanlagen unterstützt und beschleunigt. Planerische Hemmnisse nach LEP und Regionalplänen existieren nicht. Sie existieren vielleicht in Ihrer Phantasie, aber mit der Realität hat das nichts zu tun.

(Susann Biedefeld (SPD): Fragen Sie doch einmal die Investoren! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Gehen Sie mal in die Oberpfalz. Da schaut es anders aus!)

– Sie haben zunächst einmal nach den planerischen Hemmnissen gefragt. Ich stelle fest: Es gibt keine.

(Lachen bei der Opposition – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Ruth Paulig (GRÜNE): Die Wirklichkeit schaut ganz anders aus!)

Sie sollten wissen, dass das Baugesetzbuch zum 01.01.1997 geändert worden ist. Demzufolge sind Windkraftanlagen privilegierte Anlagen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Auch diese Rechtsänderung ist erfolgt.

Nächster Punkt: Die Gemeinden können in ihren Flächennutzungsplänen die Errichtung von Windkraft-

anlagen auf bestimmte Teile des Gemeindegebietes lenken. Auch hier sind also die planungsrechtlichen und baurechtlichen Voraussetzungen gegeben. Ich stelle zusammenfassend hierzu fest:

(Susann Biedefeld (SPD): Sie bezichtigen die Menschen, die das sagen, und die Investoren der Lüge. Das ist eine Unverschämtheit!)

Im LEP wie in den Regionalplänen wie im Baurecht wie in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden sind alle Möglichkeiten gegeben, Windkraftanlagen zu errichten.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Na ja!)

Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass es in Bayern im Verhältnis zu anderen Ländern deutlich weniger Windkraftanlagen gibt. Herr Kollege von Lerchenfeld hat die Gründe dafür genannt. Es ist doch eine simple Rechnung, wenn man sagt: Bayern hat so und so viel Fläche, also muss auch im Bereich der Windkraft so und so viel Leistung da sein. Eine solche Rechnung verkennt jedoch die Situation völlig. Dass an der Küste sehr viel mehr Wind weht als bei uns, müsste doch eigentlich schon ein Grundschüler wissen.

(Susann Biedefeld (SPD): Aber andere Binnenländer liegen auch vor Bayern! – Ruth Paulig (GRÜNE): Andere Binnenländer haben das Zehnfache!)

– Nein, nein, nein. Wir haben 300 Megawatt. Aber diese 300 Megawatt in Bayern haben leider eine sehr unterdurchschnittliche Auslastung, weil eben so wenig Wind geht. Dazu kann man sagen: Kein Wind, kein Strom, meine Damen und Herren. Auch wenn die GRÜNEN noch so viel Wind machen – er ist jedenfalls nicht für Energie nutzbar.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die Investoren würden trotzdem in Bayern investieren! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Tatsache ist, dass der spezifische Ertrag der installierten Leistung in Schleswig-Holstein um 60 % höher ist als in Bayern. Das ist auch völlig klar: Dort, wo Wind weht, kann man auch Strom erzeugen.

(Susann Biedefeld (SPD): In den anderen Binnenländern funktioniert es doch auch!)

Ich verstehe nicht, dass Sie sagen: Wir haben so und so viel Fläche, aber weniger Windkraft als im Norden. Dort, wo der Wind weht, sollte man die Windkraftanlagen errichten. Wo er nicht weht, hilft auch eine Windkraftanlage nichts. Aber selbst so eine simple Logik scheint Ihre Vorstellungskraft zu übersteigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kehre zurück zu den regenerativen Energien. Bayern ist im Bereich der Fotovoltaik sehr stark: Rund 40 % aller Fotovoltaikanlagen liegen in Bayern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dank Rot-Grün!)

Bayern ist auch sehr stark im Bereich der Wasserkraft. Sie wird sinnvollerweise dort verwendet, wo sie zur Verfügung steht. Bayern ist weiterhin sehr stark im Bereich der Geothermie. Wir haben Gott sei Dank sehr viel warmes Wasser im Boden; auch das wird genutzt. Bayern ist ferner außerordentlich stark im Bereich der Biogasanlagen. Wir haben 1300 Biogasanlagen, und sie schießen fast wie die Pilze aus dem Boden. Das, was in Bayern sinnvollerweise eingesetzt werden kann, wird in einem überdurchschnittlichen, in einem guten Maße eingesetzt. Das, was unsinnig ist, sollten wir unterlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Biedefeld?

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Ja.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Minister, ich frage Sie: Sind Ihnen die Aussagen des Unternehmens „Ostwind“ und des Windenergieverbandes, Landesverband Bayern, bekannt – ich zitiere –:

Im flächenstärksten Bundesland werden bereits viele unserer Hightech-Produkte für die Windkraftanlagen hergestellt und so 2000 Arbeitsplätze gesichert. Nun muss auch die praktische Nutzung dieser erneuerbaren Energiequelle im Land vorangetrieben werden. Auch bei uns gibt es hervorragende Windkraftstandorte. Sie müssen nur genutzt werden.

Ist Ihnen diese Aussage bekannt und wie bewerten Sie sie?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Ich bewerte es positiv, dass in Bayern solche Anlagen gebaut werden. Sie werden in Bayern mit Sicherheit in hoher technischer Qualität und mit einer hohen technischen Ausreifung geplant. Aber Sie wissen doch auch, dass wir im Export außerordentlich stark sind. Jedes zweite Produkt aus der bayerischen Industrie wird auf dem Weltmarkt verkauft, warum nicht auch Windkraftanlagen? – Ich bin sehr dafür, dass noch mehr gebaut werden. Sie sollten in der ganzen Welt eingesetzt werden. Ich begrüße das ohne jeden Vorbehalt. Aber

die Aussagen passen insofern nicht zusammen. Da wird gesagt: Wo sie gebaut werden, müssen sie auch genutzt werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Transrapid! Transrapid! Transrapid! – Thomas Kreuzer (CSU): Der ist hängen geblieben! – Renate Dodell (CSU): Die Schallplatte von Herrn Dr. Dürr ist hängen geblieben! – Anhaltende allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, vielleicht warten Sie einen Augenblick, bis sich einige Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses wieder beruhigt haben.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Wenn heute jemand nur „Transrapid“ schreit, dann sind ihm offensichtlich die Argumente ausgegangen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eines ist doch völlig klar, Frau Kollegin Biedefeld: Es kann keinen Zusammenhang in der Frage geben, wo die Anlagen gebaut werden und wo sie am sinnvollsten eingesetzt werden. Die Anlagen müssen dort eingesetzt werden – ich wiederhole –, wo der Wind weht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Deutschland! – Susann Biedefeld (SPD): Wenn Firmen abwandern, brauchen wir uns wirklich nicht zu wundern!)

Was die Förderung angeht, so gibt es, wie wir alle wissen, das Energieeinspeisegesetz. Dieses Gesetz, das im Übrigen unter der Regierung von Helmut Kohl eingeführt worden ist, – –

(Unruhe bei den GRÜNEN und bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

– So ist es. Das Gesetz wurde dann aber von Rot-Grün ausgeweitet, keine Frage.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Sie brauchen mir keine Nachhilfe zu erteilen. Da müssten Sie schon viel früher aufstehen.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Das Energieeinspeisegesetz gibt heute den gleichen Anreiz in ganz Deutschland. Ich bin auch sehr dafür, die Windkraft dort einzusetzen, wo es sinnvoll ist, das wiederhole ich hier noch einmal. Die wirklichen Fachleute gehen aber heute davon aus, dass der Einsatz der Windkraft dort am sinnvollsten, zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten ist, wo große Offshore-Anlagen betrieben werden können, und zwar an der Nordsee. Dort wird in den nächsten Jahren auch noch eine ganze Menge Geld investiert werden, so wie es aussieht, viele Hunderte von Millionen Euro, vielleicht sogar Milliarden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das kann doch jedes Bundesland für sich entscheiden!)

Im Übrigen ist Ihr Ausbauplan unfug, weil es private Investitionen sind und keine staatlichen, und eine staatliche Investitionslenkung führen wir auch im Energiebereich nicht ein. Sie können sich aber als SPD und GRÜNE davon überzeugen, wenn es die großen Offshore-Anlagen an der Nordsee gibt, dann ist damit auch für Bayern ein Risiko verbunden. Die Energieerzeugung ist dann nämlich weit ab vom Verbraucher.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Man muss dann das jetzige Verteilungsnetz in ein größeres Transportnetz umwandeln. Mit der Folge, dass es eine Reihe von großen Trassen geben wird, die gebaut werden müssen. Dann brauchen wir nämlich 380-kV-Trassen, die durch Thüringen nach Oberfranken gehen.

(Susann Biedefeld (SPD): Die kann man auch erdverkabeln!)

– Das wird demnächst auch ins Raumordnungsverfahren gehen. Wer sich hier so leidenschaftlich für die Windkraft einsetzt, der muss, wenn er A sagt, dann allerdings auch B sagen. Der muss dann auch bereit sein, diese großen Trassen zu genehmigen. Ich bin schon sehr gespannt, Frau Biedefeld, was Sie sagen, wenn diese großen Trassen in Oberfranken gebaut werden sollen. Ich vermute, dass Sie sich dann wieder in die Büsche schlagen werden und nicht dabei sind, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Das braucht es nicht, wenn es Windkraft in Bayern gibt!)

Das ist es, was mich immer so ärgert. Man greift einen Punkt heraus. Man betrachtet alles mit Tunnelblick und argumentiert mehr oder weniger fundamentalistisch. Die Nebenwirkungen aber sieht man nicht. Und was die Konsequenzen anbelangt, da sind Sie dann immer nicht dabei. Wer aber an all dies nicht denkt, dem spreche ich die Fähigkeit ab, ein Land zu regieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Nun zum letzten Punkt, den ich ansprechen will, und Sie werden ihn schon ahnen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Atom, Atom, Atom!)

– Sehr richtig: Die Kernenergie.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Bravo!)

Wenn man hier sagt, man will ein paar Prozentchen erreichen, denn mehr ist wohl realistisch betrachtet nicht drin, dann sage ich: Alles was sinnvoll ist, wird von uns unternommen. Wer aber wirklich etwas zur Reduzierung

von CO₂ und für den Klimaschutz tun will, der darf aus der Kernenergie nicht aussteigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Europa legt gerade ein Bekenntnis zum verstärkten Einsatz der Kernenergie ab. Ihr Einsatz wird in der Schweiz überlegt, auch in der Slowakei, doch Rot-Grün ist von vorgestern und verweigert sich der modernen Technologie.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage nicht, dass die Kernenergie alle Probleme löst, weder hinsichtlich des Energiebedarfs noch hinsichtlich der Stromerzeugung oder in Bezug auf den Klimaschutz.

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber sagen wir es umgekehrt: Wer unter den jetzigen Bedingungen in Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, der riskiert in Deutschland einen Zuwachs von CO₂ von 100 bis 150 Millionen Tonnen im Jahr. Wenn Bayern aus der Kernenergie aussteigt, dann wäre das ein Zuwachs von 40 bis 50 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist Volksverdummung! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Jeder weiß, durch Sparen allein ist das nicht aufzuholen. Ich sage deshalb, das größte Risiko für den Klimaschutz sind diejenigen, die aus der Kernenergie aussteigen wollen, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig. Bitte.

Ruth Paulig (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, wir wollen die Windkraft nicht „hinrichten“, wie das ein Ministerpräsident so schön gesagt hat, der „Blumen hinrichtet“. Wir wollen die Windkraft vielmehr in Bayern ausbauen, wir wollen sie regional ausbauen, und wir haben immense Potenziale in Bayern, die es zu nutzen gilt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Klimaschutz und Energiewende haben alle Potenziale der erneuerbaren Energien zu nutzen. Bayern hat mehr Wasserkraft, andere Länder haben mehr Windkraft. Wir als Flächenstaat Bayern, mit vielen Mittelgebirgen, haben auch für die Windkraft hohe Potenziale. Leicht könnten wir eine Verzehnfachung erreichen. Ich habe bereits gesagt, wir könnten die Anlagen verdreifachen, von über 300 auf über 900. Das würde eine Verzehnfachung der Leistung bedeuten. Und wir haben weitere Ausbaupotenziale.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sagen Sie bitte nicht, Sie könnten nicht verantworten, dass schlechte Windstandorte genommen werden. Jeder Investor entscheidet schließlich selbst, ob er eine Anlage baut oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was Sie machen, das ist Hindernisse aufstellen, das ist nichts anderes als den Investoren Prügel zwischen die Beine werfen, damit die Investoren irgendwann aufgeben. Ich kann Ihnen sagen, wir haben diesbezüglich im Umweltausschuss Petition für Petition. Wir stellen immer wieder fest, wie man Investoren aus Bayern hinausjagt,

(Henning Kaul (CSU): Das stellen Sie fest, Frau Kollegin!)

wie man den Bäuerinnen und Bauern immer wieder Prügel zwischen die Beine wirft, damit sie keine Windkraftanlagen mehr bauen. So ist das!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es dürfte langsam sonnenklar sein, dass unabhängig vom Ausbau der Windenergie ins Netz investiert werden muss. Die EU-Kommission hat Eon erst deutlich gerügt, weil das Unternehmen nur Gewinne einstreicht und nicht ins Netz investiert. Das dürfte auch Ihnen als Wirtschaftsminister bekannt sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch eines: Bayern ist bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien schon lange nicht mehr führend. Bayern ist auf die vierte oder fünfte Stelle im Verein der Bundesländer zurückgefallen, weil sich hier in Bayern nichts tut. Was Sie als Wachstumszahlen für die Windenergie nennen, das sind doch Peanuts. Das ist von nichts auf ein bisschen mehr, das ist doch kein Ausbau der Windenergie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was den Flächenanteil prozentual betrifft, so liegt Bayern auf dem letzten Platz der Bundesländer. Der Durchschnitt ist bei knapp 0,4, Bayern liegt bei 0,03. Bayern liegt also auf dem letzten Platz der Bundesländer und wird nur unterboten von den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Bravo für Bayern, bravo!

Wenn Sie sagen, wir würden nichts vom Klimaschutz verstehen, dann muss ich doch einmal Ihre letzten Äußerungen im Kabinett zitieren.

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Sie sagen: „Bayern hat 20 % Stromanteil aus erneuerbaren Energien. Das ist das Dreifache vom Bundesdurchschnitt“. – Meine Damen und Herren, rechnen müsste man aber schon können. Der Bund hat 12 %, Bayern hat 20 %. Das ist wohl kaum das Dreifache!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die letzte Pressemitteilung des Kabinetts, die aus Ihrem Haus kommt, Herr Huber, die sollten Sie endlich korrigieren. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass dreimal zwölf 36 ausmacht und nicht 20. Armes Bayern! Ein Wirtschaftsminister, der Umweltschutz und Klimaschutz machen will, aber noch nicht einmal mit dem Faktor 3 rechnen kann. Ich muss schon sagen, das war wirklich mehr als peinlich.

Peinlich ist auch, dass Sie immer noch nicht den Unterschied zwischen Grundsätzen und Zielen kennen,

(Manfred Ach (CSU): Aber Sie!)

obwohl das Landesentwicklungsprogramm aus Ihrem Haus kommt. Unter den Zielen steht ganz klar, dass die Windkraftanlagen einzuschränken sind, um den Schutz für Täler und landschaftsprägende Geländerrücken nicht zu beeinträchtigen. Ein Ziel ist es, die Windkraft einzuschränken. Sie haben aber als Ziel das genannt, was ein Grundsatz ist. Das kann man umsetzen oder auch nicht. Die Regionalpläne können Vorranggebiete ausweisen oder auch nicht. Schauen Sie sich einmal an, wie es im Norden der Oberpfalz aussieht. Dort wird eben nichts ausgewiesen.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist ein Verhinderungsinstrument!)

Die Regionalpläne und das Landesentwicklungsprogramm sind ein reines Verhinderungsinstrument.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche sind die administrativen Hindernisse? – Die planerischen Aussagen in den Regionalplänen und im Landesentwicklungsprogramm sind das eine. Die anderen Hindernisse sind die Abstandsflächen zur Wohnbebauung und zu Straßen. Natürlich ist das für Windkraftanlagen selbstverständlich. Wenn aber jeder einzelne Grundbesitzer eine Windkraftanlage verhindern kann, kommen wir gerade bei unserer kleinteiligen Grundstücksstruktur nicht voran. Wenn die Landratsämter entsprechend einer Empfehlung des Umweltministeriums die Einschaltung privater Gutachter auf die Windkraftinvestoren abwälzen, bürden sie ihnen zusätzlich so viele Ausgaben auf, dass sie das Handtuch schmeißen. Die Tatsache, dass die Rückbauverpflichtungen unterschiedlich gehandhabt und die Ausgleichszahlungen und Kompensationen bayernweit überhaupt nicht geregelt werden, wirkt sich zum Nachteil der Investoren aus, die in Bayern bauen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Letztes. Ich habe schon dargestellt, dass die Windenergie die Wasserkraft deutlich überholt hat. Inzwischen haben die erneuerbaren Energien mit ihrem Anteil am gesamten Energieverbrauch in Deutschland die Atomenergie überholt. Hoffentlich ist Ihnen das bekannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen Sie sich doch allein die Zunahme bei der Stromproduktion bis zum Jahr 2006 an. Mit erneuerbaren Energien haben wir das Vierfache dessen erreicht, was wir mit der Stilllegung der Atomkraftwerke Obrigheim und Stade weggeschafft haben. Damit haben wir alte Risiken beseitigt. Der Zuwachs macht das Sechsfache dessen aus. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Sie sagen, die Atomkraftwerke sollten 32 Jahre und länger laufen. Damit verlängern Sie die Risiken. Im Reaktor haben wir hohe chemisch aggressive Zustände, Neutronenbeschuss und hohe Temperaturen. Daran können Sie nichts ändern.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Warum bauen dann die anderen Länder neue Atomkraftwerke?)

– Herr Pschierer wissen Sie vielleicht endlich, dass die weltweit 437 Atomkraftwerke eine durchschnittliche Laufzeit von 22 Jahren haben? Deutschland hat den Ausstieg nach 32 Jahren zugesagt. Nach 32 Jahren ist ein Atomkraftwerk alt. Wer hier sagt, es soll länger laufen, setzt die Menschheit leichtfertig Risiken aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Maria Scharfenberg (GRÜNE) und Susann Biedefeld (SPD): Völlig unverantwortlich ist das!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen von und zu Lerchenfeld?

Ruth Paulig (GRÜNE): Und noch etwas – –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich habe Sie etwas gefragt.

Ruth Paulig (GRÜNE): Nein, das mache ich jetzt nicht. Er kann selber reden.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Dann antworten Sie mir doch bitte.

Ruth Paulig (GRÜNE): Wir haben keine Renaissance der Atomenergie, sondern eine Renaissance der Ankündigungen. Während das eine Atomkraftwerk in Finnland gebaut wird, sind in den europäischen Staaten 15 Atomkraftwerke abgeschaltet worden. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Eines wird neu gebaut, im gleichen Zeitraum wurden 15 abgeschaltet, acht davon allein im letzten Jahr. Darunter befindet sich auch eine große Zahl von Atomkraftwerken in Großbritannien. 2006 wurden allein in Großbritannien vier AKWs abgeschaltet. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Sie sagen, wir bräuchten die Atomenergie, um das Klima weltweit zu retten. Am Endenergieverbrauch hat die Atomenergie einen Anteil von 2,5 %. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Susann Biedefeld (SPD): Da brauchen Sie ganz viele neue Atomkraftwerke, wenn es nach der CSU gehen sollte, vor allem im Stimmkreis von Herrn Huber!)

Das sind Berechnungen der Internationalen Energie-Agentur – IEA: Wenn wir die weltweit 437 Atomkraftwerke um 40 % steigern wollten, hätten wir einen Anteil von 2,9 %. Damit wollen Sie das Klima retten? Sie haben damit ein vielfaches Risiko, aber keinen Klimaschutz. Die Potenziale für den Klimaschutz liegen in der Energieeinsparung, in der Energieeffizienz und in der Nutzung erneuerbarer Energien. Bei der Einsparung haben wir Potenziale von 50 bis 80 %, gerade wenn wir den Wärmesektor dazunehmen. Bauen Sie bitte keine Märchenschlösser, geben Sie sich keinen Ideologien hin, sondern legen Sie Ihre Scheuklappen ab und setzen Sie alles daran, die drei E des Klimaschutzes umzusetzen: Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energieeinsparung. Das ist der Weg in die Zukunft, nicht aber der Weg neuer Risiken und der Blockade bei den erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die Aussprache ist geschlossen, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/7644 in der beantragten namentlichen Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals sowie auf dem Ste-nografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.26 bis 16.31 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Damit ist der Wahlgang beendet. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaales ausgezählt. Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/7651 durch. Die Urnen sind wie vorher bereitgestellt. Ich kann mit der Stimmabgabe beginnen. Ich verkürze die Zeit für die Abgabe der Stimmen auf drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.32 bis 16.35 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Der Wahlgang ist beendet. Die Stimmen werden wie immer außerhalb des Plenarsaales ausgezählt und zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. Die noch nicht behandelten Dringlichkeitsanträge 15/7645, 15/7646, 15/7652 und 15/7647 werden wegen Zeitablaufs heute nicht mehr behandelt.

In Übereinstimmung mit den Fraktionen werden sie den jeweils zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Ich bitte Sie noch einmal, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Neuwahl bzw. Wiederwahl von berufsrichterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und Wahl der zweiten Vertreterin des Präsidenten

Der Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass der Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg, Michael Meisenberg, sein Amt als Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und als zweiter Vertreter des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs zum 1. November 2006 niedergelegt hat. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs schlägt als Nachfolger in seiner Eigenschaft als berufsrichterliches Mitglied Herrn Peter Küspert, Präsident des Landgerichts Regensburg, zur Neuwahl vor.

Als Nachfolgerin des Herrn Meisenberg in seiner Funktion als zweiter Vertreter des Präsidenten schlägt der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Frau Constanze Angerer, Präsidentin des Landgerichts München I, vor. Frau Angerer ist bereits berufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs.

Ferner hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass am 10. März 2007 die Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Herrn Dr. Erwin Allesch, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, endet. Es wird vorgeschlagen, Herrn Dr. Allesch als berufsrichterliches Mitglied des Verfassungsgerichtshofs wieder zu wählen.

Die Richter-Wahl-Kommission hat am 28. Februar 2007 den Vorschlägen des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs zugestimmt und beschlossen, der Vollversammlung zu empfehlen, diese Wahlvorschläge anzunehmen.

Die Vorgeschlagenen sind bereit, im Falle ihrer Wahl das Amt anzunehmen.

Wir kommen damit zu den Wahlen, die im Einvernehmen aller Fraktionen in einem Wahlgang durchgeführt werden.

An Ihrem Platz finden Sie drei Stimmzettel in verschiedenen Farben vor, auf denen die vorgeschlagenen Kandidaten aufgeführt sind; außerdem ist die in Ihrer Stimmkartentasche enthaltene gelbe Namenskarte für diesen Wahlgang zu verwenden. Die Urnen stehen erneut bereit. Ich bitte, die Stimmzettel nicht in die Urnen einzuwerfen, sondern sie den bereitstehenden Schriftführern und Mitarbeitern des Landtagsamtes auszuhändigen. Wir beginnen mit dem Wahlgang. Vier Minuten.

(Geheime Wahl von 16.39 bis 16.43 Uhr)

Der Wahlgang ist beendet. Die Wahlergebnisse werden außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Wir fahren zwischenzeitlich mit der Tagesordnung fort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Franz Schindler, Bärbel Narnhammer u. a. u. Frakt. (SPD) zur Regelung des Jugendstrafvollzuges (Bayerisches Jugendstrafvollzugsgesetz – BayJugStVollzG) (Drs. 15/7566) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich darf hierfür Herrn Kollegen Schindler das Wort erteilen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Föderalismusreform und vielmehr noch die gegen die Stellungnahme der Staatsregierung ergangene grundlegende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Mai des letzten Jahres haben die Voraussetzung und die Möglichkeit, aber auch die Verpflichtung mit sich gebracht, ein bayesisches Gesetz über den Jugendstrafvollzug zu erlassen, und zwar bis zum Ablauf dieses Jahres. Das sollte für uns als Landtag nicht nur eine Pflichtübung sein. Vielmehr sollten wir die Gelegenheit ergreifen, ein modernes Gesetz für den Strafvollzug an jungen Gefangenen zu schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

„Modern“ bedeutet unseres Erachtens in diesem Zusammenhang nicht, dem Zeitgeist hinterherzulaufen, zu deregulieren, Standards abzubauen oder gar zu privatisieren, wie in manchen Ländern überlegt wird, sondern „modern“ bedeutet, alles zu tun, um gerade bei jungen Gefangenen die Rückfallhäufigkeit zu verringern.

Ein Gesetz für den Jugendstrafvollzug ist für uns Sozialdemokraten deshalb ein besonderes Anliegen, weil es ein SPD-Politiker war, nämlich Justizminister Gustav Radbruch, der bereits in der Weimarer Republik 1923 ein Jugendgerichtsgesetz und ein Strafvollzugsgesetz vorgelegt hat. Radbruch hat sein ganzes Wirken lang als Justizminister und Rechtsprofessor dafür gekämpft und gestritten, dass der Gedanke der Vernunft Eingang in das Strafrecht findet. Er wollte – und darin unterscheidet er sich bis heute wohltuend von manchen Justizministern der Neuzeit – irrationale Elemente wie Rache und Sühne soweit wie möglich aus dem Strafrecht verbannen, und er hat Sanktionen auf Straftaten als Vorbeugung gegen künftige Straftaten verstanden.

(Beifall bei der SPD)

In dem von ihm entworfenen Jugendgerichtsgesetz ist das Jugendstrafrecht erstmals vom Erwachsenenstrafrecht abgekoppelt und der Erziehungszweck in den Mittelpunkt des eigens dafür geschaffenen Jugendstrafvollzugs gerückt worden. Es hat dann allerdings bekanntermaßen über 50 Jahre gedauert, bis 1976 überhaupt einmal ein Strafvollzugsgesetz geschaffen worden ist. Die vielen Bemühungen, die es zwischenzeitlich gegeben hat, ein eigenes Gesetz für den Jugendstrafvollzug zu schaffen, sind bis heute ergebnislos geblieben. Weil das so ist, ist es uns ein besonderes Anliegen, dass die jetzige Gesetzgebungskompetenz der Länder für den gesamten Strafvollzug nicht für ein konservatives Rollback missbraucht wird.

(Beifall bei der SPD)

Leider wird es so kommen, wie die Kritiker der Übertragung der Zuständigkeit auf die Länder vorausgesagt haben, nämlich dass wir einen Flickenteppich unterschiedlichster Gesetze zum Strafvollzug – auch zum Jugendstrafvollzug – bekommen werden. Man kann im Internet nachschauen, was schon alles auf dem Markt ist und welche unterschiedlichen Konzeptionen angeboten werden.

Wir schlagen im Gegensatz zur Staatsregierung und in Übereinstimmung mit den Vorhaben in den meisten Bundesländern vor, ein eigenes Jugendstrafvollzugsgesetz zu schaffen, weil der Jugendstrafvollzug gerade kein Erwachsenenstrafvollzug im Kleinformat sein soll, sondern hiervon grundlegend verschieden ist.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Eine analoge Anwendung des Erwachsenenstrafvollzugsgesetzes auf den Vollzug der Jugendstrafe scheidet nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus.

Wir reden in Bayern, wenn wir über Jugendstrafvollzug reden, über etwa 750 bis 800 junge Menschen aus der Generation unserer Kinder oder, wenn ich so um mich schaue, vielleicht sogar aus der Generation der Enkel.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Da oben!)

– Da oben, das sind Jüngere.

Natürlich wissen wir, dass die Verurteilung zu einer Jugendstrafe ohne Bewährung – und nur davon reden wir jetzt – nur erfolgt, wenn alle anderen Sanktionsmöglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes nicht mehr ausreichen, wenn also schon erhebliche kriminelle Energie zutage getreten ist. Wir wissen auch, dass der Vollzug der Jugendstrafe deshalb nicht als Ferienlager organisiert werden kann, sondern schon auch geeignet sein muss, den jungen Straftätern das Unrecht ihrer Tat vor Augen zu führen. Dennoch und gerade weil es sich um junge Menschen handelt, muss aber das Ziel der sozialen Integration durch Erziehung und Förderung während des Vollzugs im Mittelpunkt stehen. Auch wenn es populär geworden ist, Wegsperrern für immer zu fordern

und auch noch die allerletzten sogenannten Gesetzeslücken zu schließen, hat man bei nüchterner Betrachtung davon auszugehen, dass jede Freiheitsstrafe – und erst recht die Jugendstrafe – zeitlich befristet ist und es darauf ankommt, wie es nach dem Vollzug der Strafe weitergeht, ob junge Gefangene während des Vollzugs der Strafe dazu befähigt werden, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Wer aber wie die Staatsregierung in ihrem Diskussionsentwurf – möglicherweise ist es mittlerweile schon ein Referentenentwurf – diese Zielvorgabe relativiert und sie gleichrangig oder gar nachrangig neben die Aufgabe der sicheren Verwahrung während des Strafvollzugs stellt, bekommt vielleicht einmal eine billige Schlagzeile, wird seiner Aufgabe aber nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Wie ein moderner Strafvollzug an jungen Menschen auszusehen hat, hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom Mai des letzten Jahres in dankenswerter Klarheit ausgeführt. Ich kann das jetzt im Einzelnen nicht darstellen. Nur soviel vielleicht:

Es muss berücksichtigt werden, dass die jungen Menschen den Großteil ihres Lebens noch vor sich haben,

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

dass sie in der Regel über keine Schulausbildung verfügen, auch keinen Beruf erlernt haben, dass sie Defizite aufweisen, die sie ja dazu gebracht haben, dass sie schließlich in der Jugendstrafanstalt gelandet sind. Es muss klar sein beim Jugendstrafvollzug, dass die Erziehung und Förderung stärker in den Mittelpunkt gerückt werden muss als die Disziplinierung und Verwahrung.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet aber auch, dass der Jugendstrafvollzug besser als bisher ausgestattet werden muss mit qualifizierten Mitarbeitern, die den Vorgaben des Jugendgerichtsgesetzes gerecht werden. Meine Damen und Herren, wir als Sozialdemokraten wollen versuchen, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts möglichst eins zu eins umzusetzen. Das bedeutet – schlagwortartig – dass der Jugendstrafvollzug in Bayern stärker als bisher – und das sage ich, weil ich weiß, dass es viele engagierte Mitarbeiter im bayerischen Jugendstrafvollzug gibt – an dem Ziel der Erziehung und Förderung ausgerichtet werden muss.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Das bedeutet auch, dass dem offenen Vollzug und der Lockerung des Vollzugs dann, wenn es verantwortet werden kann, wesentlich mehr Bedeutung beigemessen werden muss als bisher.

Ich habe soeben in einer Pressemitteilung der Staatsregierung gelesen, dass uns vorgehalten wird, das sei doch realitätsfremd und gehe an den Erfahrungen der Praxis vorbei. Ich verweise darauf, dass das geltende Gesetzeslage ist. Es steht so im Strafvollzugsgesetz und gilt nach wie vor. Wir haben allerdings den Missetand, wie ich meine, dass von den Möglichkeiten der Vollzugslockerung und der Schaffung offener Vollzugsmöglichkeiten dann, wenn sich die Gefangenen dafür eignen, von Bundesland zu Bundesland völlig unterschiedlich Gebrauch gemacht wird.

Weiter, meine Damen und Herren, bedeutet ein moderner Jugendstrafvollzug, dass die Möglichkeiten der Sozialtherapie für Sexual- und Gewalttäter ausgebaut werden müssen, dass die jungen Gefangenen praktisch vom Tag des Haftantritts an auf den Tag der Entlassung gezielt vorbereitet werden müssen und dass im Übrigen auch die Anstalten umgebaut werden müssen, sodass mehr Einzelhaftsräume zur Verfügung gestellt werden, auch im Interesse des einzelnen Gefangenen,

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

um Übergriffe, wie sie in Siegburg und andernorts stattgefunden haben, zu verhindern. Es bedeutet auch, dass ein differenzierter Wohngruppenvollzug eingeführt und, wenn es geht, zur Regelform wird.

Meine Damen und Herren, ich kann jetzt nicht mehr über die Notwendigkeit reden, dass junge Leute mehr Besuchsmöglichkeiten haben müssen,

(Thomas Kreuzer (CSU): Es gibt ja auch noch eine Zweite Lesung, Herr Kollege!)

dass die Kontakte zur Außenwelt anders gestaltet werden müssen als bei Erwachsenen, dass im Übrigen auch der Rechtsweg gegen Entscheidungen der Anstalt einfacher gestaltet werden muss, als es bisher der Fall ist über eine ganz abseitige Vorschrift im EGGVG, und dass die konkrete Gestaltung des Vollzugs wissenschaftlich begleitet und seine Wirkung erforscht werden muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Vorschlag gemacht, der sich zum Teil an den Vorschlägen der Bundesjustizministerin und zum Teil an dem orientiert, was die Gruppe der neuen Länder vorgegeben hat, zum Teil auch an dem, was im Diskussionsentwurf der Staatsregierung an Richtigem steht. Dennoch unterscheidet sich unser Gesetzentwurf nicht nur in Marginalien, sondern, wie ich meine, durchaus deutlich von dem, was die Staatsregierung bisher vorgelegt hat. Das ist kein großes Unglück, sondern zeigt die Möglichkeiten auf, wie man es machen kann. Dann ist es eine politische Entscheidung, ob man im Prinzip so weitermacht wie bisher – so will es die Staatsregierung, und ich sage ausdrücklich dazu, das ist nicht schlecht, auch im Vergleich mit anderen nicht – oder ob man einen Schritt weitergeht und versucht, dem, was das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat, näher zu kommen, als es die bisherige Praxis des Vollzugs tut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Vorschläge haben nichts mit Laschheit oder Kuschelpädagogik zu tun und auch nichts mit Milde, die es in Bayern, wie man aktuell hört, auch unter dem voraussichtlich künftigen Ministerpräsidenten nicht geben soll. Unsere Vorschläge basieren auf der schon fast als banal zu bezeichnenden Erkenntnis, dass die Allgemeinheit am besten dann vor weiteren Straftaten geschützt werden kann, wenn Gefangene die Vollzugsanstalten besser verlassen, als sie hineingekommen sind.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Da gibt es trotz guter Ansätze und des Engagements der Bediensteten im bayerischen Jugendstrafvollzug noch viel zu tun. Wir sollten die Gelegenheit ergreifen und gemeinsam ein Gesetz erlassen, das den Anforderungen der neuen Zeit genügt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Welnhofen in der Aussprache das Wort erteilen.

Peter Welnhofen (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein Wort zum „Fleckerlteppich“. Ich bin der Meinung, es gehört selbstverständlich zu einem föderativen Staatsaufbau, dass es in den einzelnen Regionen, in den einzelnen Ländern, zu möglicherweise höchst unterschiedlichen Regelungen kommt. Das haben wir über die Fraktionsgrenzen hinweg in der Enquete-Kommission „Reform des Föderalismus“ nicht als Nachteil, sondern als Vorteil empfunden. Ich möchte das jetzt aber nicht vertiefen.

Im Strafvollzug wird das Rad nicht neu zu erfinden sein. Kollege Schindler hat aber auch recht, wenn er sagt, der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion unterscheidet sich nicht nur marginal vom Gesetzentwurf der Staatsregierung.

(Franz Schindler (SPD): Den gibt's aber noch gar nicht!)

Das sehen wir auch so. Wir sind allerdings der Meinung, dass – und das wird in den Beratungen zu vertiefen sein – der Gesetzentwurf der Staatsregierung den Vorzug verdient.

Wir wollen zunächst einmal ein Gesamtkonzept für den Strafvollzug. Wir wollen den Jugendstrafvollzug, der natürlich seine Besonderheiten hat, in ein Strafvollzugsgesetz integrieren, das alle Bereiche des Strafvollzugs als Gesamtregelwerk umfasst. Insofern unterscheiden wir uns. Wir wollen auch nicht davon abrücken – das sage ich in aller Deutlichkeit –, dass oberste Priorität nicht die Belange des Täters haben, sondern der Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten, meine Damen und Herren. Das ist unser Maßstab, das ist unsere Doktrin, von der wir auch nicht abrücken werden.

(Franz Schindler (SPD): Ideologie!)

– Das ist keine Ideologie.

(Franz Schindler (SPD): Doch!)

Ich räume sogar ein, meine Damen und Herren, dass der beste Schutz der Bevölkerung

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Alle wegsperren!)

im Gelingen der Resozialisierung besteht. Aber es ist eben lebensfremd, davon auszugehen, dass alle oder auch nur die allermeisten Täter resozialisierungswillig und resozialisierungsfähig sind. Das Gegenteil ist die Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn es sich aber absehen lässt, dass Resozialisierung voraussichtlich gelingen wird – nicht nur vielleicht gelingen könnte –, dann sind wir natürlich auch dafür, dass die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das ist ganz klar. Aber über allem stehen für uns die berechtigten Sicherheitsinteressen der Bevölkerung.

Ich bin auch der Meinung, dass der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion die Förderung der jungen Gefangenen allzu sehr in den Mittelpunkt stellt. Gefangene müssen aber nicht nur gefördert, sondern auch gefordert werden. Einvernehmliche Fördervereinbarungen zwischen Anstalt und Gefangenen, wie sie gefordert werden, wären zwar gut gemeint, aber die Erfahrung zeigt, dass die Klientel dazu meist gar nicht in der Lage ist, zumindest nicht am Beginn des Vollzugs. Aus dem gleichen Grund sind wir auch nicht dafür, dass der offene Vollzug als Regelvollzugsform eingeführt wird. Dafür gibt es einfach bei den meisten, auch und vielleicht gerade bei den meisten jungen Gefangenen viel zu viele Defizite. Wir sind also für den geschlossenen Vollzug als Regelfall. Wenn sich dann im Laufe der Zeit herausstellt, dass ein Gefangener für den offenen Vollzug geeignet ist, dann kann man dem gegen Ende der Haftzeit nähertreten.

Ähnliches gilt auch für den Wohngruppenvollzug, der einem Leben in Freiheit angenähert sein soll. Dazu bedarf es eines besonderen Verantwortungsbewusstseins bei den Gefangenen. Man kann nicht von vornherein sagen, ob das vorliegt. Das kann man auf keinen Fall unterstellen, sondern das muss man erst im Verlauf des Vollzugs prüfen.

Insgesamt ist festzustellen: Herr Kollege Schindler, aus unserer Sicht enthält der Entwurf der SPD-Fraktion realitätsferne Vorstellungen, denen wir uns nicht anschließen können. Es gibt andererseits auch vernünftige Vorstellungen darin. Sie haben selbst gesagt, dass Sie einen Teil Ihrer Vorschläge dem Gesetzentwurf – dem VorGesetzentwurf, wenn Sie so wollen – der Staatsregierung entnommen haben. Die Staatsregierung macht fast immer vernünftige Vorschläge, wie wir alle wissen. Insofern werden wir also in der weiteren Beratung sowohl Übereinstimmung als auch Kontroversen haben. Wir wollen diesen Gesetzentwurf nach Möglichkeit zusammen mit dem Gesetzentwurf der Staatsregierung beraten und uns um ein sachgerechtes Ergebnis bemühen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Welnhöfer. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai vergangenen Jahres wurde eine alte GRÜNEN-Forderung bestätigt, die lautet: Für den Eingriff in elementare Grundrechte, auch von Jugendlichen, etwa durch freiheitsentziehende Maßnahmen, muss es eine gesetzliche Grundlage geben. Darüber hinaus ist es für uns GRÜNE wichtig, dass Standards für einen sinnvollen und erfolgreichen Jugendstrafvollzug festgeschrieben werden; denn Bootcamps – dazu lege ich Ihnen einschlägige Gutachten und Erkenntnisse ans Herz – haben ausgedient. Sie sind gescheitert und haben die Straffälligkeit von Jugendlichen massiv erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir geben Jugendliche nicht so schnell auf; denn wir wissen – und darin werden wir von sämtlichen Fachverbänden bestätigt –, wie viel Positives bei einer richtigen Erziehung und Förderung der Jugendlichen noch erreicht werden kann. Voraussetzung hierfür ist jedoch ein pädagogisches Konzept und nicht ein reiner Verwahrvollzug. Ich unterstelle aber nicht, dass ihn hier jemand möchte. Ich hätte jedoch erwartet, dass der Gesetzentwurf der Staatsregierung für die circa 1050 im Moment einsitzenden Jugendlichen und Heranwachsenden entsprechende Konzepte enthält, was ich aber daraus nicht ersehen kann.

Ich nehme zur Kenntnis, dass Frau Justizministerin Merk zu unserem Gesetzentwurf auf Drucksache 15/7334 zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Bayern leider eine Pressemitteilung herausgegeben hat, welche die alten Haudrauf-Argumente enthält, anstatt sich wirklich damit auseinanderzusetzen. Das wäre besser gewesen, als in Totschlagmanier zu reagieren. Ich bedauere es sehr, dass die SPD, nachdem wir unseren Gesetzentwurf am 1. Februar eingereicht hatten, es nicht zulassen wollte, dass wir hier zu diesem Gesetzentwurf reden. Das können wir aber nachholen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Schindler (SPD))

– Das wäre interfraktionell möglich gewesen, die CSU hat zugestimmt, die SPD nicht.

Frau Merk und die restlichen Mitglieder der Staatsregierung verkennen, dass es sich bei unseren Vorstellungen nicht um fixe Ideen handelt, sondern um eine Ausformung dessen, was alle Fachverbände, die auch nur irgendwie mit dem Jugendstrafvollzug zu tun haben, seit Langem fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wegen der Kürze der Zeit – ich habe nur fünf Minuten Zeit für meine Ausführungen – möchte ich auf unsere Ausführungen beim Fachgespräch hinweisen und auf die Mindeststandards, die bereits vom DVJJ – der Deutschen

Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen – verteilt werden. Alle Fachleute, sämtliche Professoren, die mit dem Strafvollzug zu tun haben, angefangen von Prof. Dünkel über Prof. Kleinert, Prof. Dr. Kerner bis hin zu Prof. Pfeiffer und wie zum Beispiel die Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bewährungshelferinnen sagen ganz klar, was im Jugendstrafvollzug stattfinden muss. Mit Realitätsferne hat das überhaupt nichts zu tun.

Wir werden tatsächlich über einige Punkte noch einmal intensiv sprechen müssen. Unser Gesetzentwurf geht über die Forderungen der SPD etwas hinaus. Wir müssen auch deswegen darüber reden, weil der Gesetzentwurf der SPD einige Punkte enthält, zum Beispiel den Schusswaffengebrauch gegen Jugendliche – einmal dahingestellt, ob das außerhalb oder innerhalb der JVA ist –, die wir nach dem Beschluss Nummer 165 der Vereinten Nationen für äußerst bedenklich halten. Wenn wir wollen, dass Jugendliche straffrei bleiben, muss der Strafvollzug auf Empathieförderung anstatt auf reine Konditionierung setzen. Den Jugendlichen muss soziales Lernen anstatt bloßer Gehorsam, der ihnen nichts nützt, wenn sie entlassen werden, vermittelt werden. Es muss eine Belohnung innerhalb des Strafvollzugssystems geben, um zu motivieren.

Da stehe ich in vollem Widerspruch zu Herrn Welnhöfer, der ausschließlich auf Repression setzt. Mit einem Strafvollzug, der nur auf Repression setzt, wird man überhaupt nichts erreichen. Vielmehr müssen Sie Ausgang ermöglichen und die Jugendlichen bestärken, wenn sie etwas richtig tun. Das Ganze nennt man Empowerment-Erziehung. Das ist zwar ein schrecklicher Begriff, aber man muss sich ihm auch einmal stellen. Er bedeutet die Förderung von Erfolgserlebnissen anstatt ständige Defizitvorführung. Jugendliche, die im Strafvollzug landen, kommen aus sehr schwierigen Verhältnissen und haben tatsächlich einen ziemlichen Nachholbedarf. Nur mit Fördern und Fordern senken wir dauerhaft die Kriminalitätsrate und eröffnen Jugendlichen – und damit auch der Gesellschaft – eine Chance.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin Stahl. Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Dr. Merk ums Wort gebeten.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Mit der Entscheidung vom 31. Mai 2006 hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber wegweisend ins Stammbuch geschrieben, dass er dem Jugendstrafvollzug bis 31. Dezember 2007 endlich eine ausdifferenzierte gesetzliche Grundlage geben muss. Das ist so etwas wie eine Ohrfeige, die noch der alten Bundesregierung galt, die es über Jahre hinweg nicht geschafft hat, einen praxistauglichen Entwurf vorzulegen. Sie hat zwar immer wieder Vorschläge unterbreitet, aber in diesen Vorschlägen ein völlig falsches Bild von den Jugendlichen im Strafvollzug gezeichnet. Sie gingen von mitwirkungsbereiten, verantwortungsvollen, lediglich förderungsbedürftigen Jugendstrafgefangenen

aus. Leider ist es nicht so. Die Wirklichkeit sieht völlig anders aus. Tatsächlich – da stimme ich Herrn Kollegen Weinhofer zu – zeichnen sich junge Gefangene heute vor allen Dingen dadurch aus, dass sie ganz massive Defizite haben. Das ist nicht ihre Schuld. Suchtmittelabhängigkeit, Verwahrlosung, Gefühlskälte und Gewaltbereitschaft haben oftmals ihre Ursache im Umfeld, in dem diese Jugendlichen leben. Der reine Fördergedanke aber, den das Bundesministerium der Justiz hier durchsetzen wollte, hat mit der Situation dieser Jugendlichen wenig zu tun. Aus diesem Grund sind diese Vorschläge auch nicht verwirklicht worden.

Nun befinden wir uns dank der Föderalismusreform in der Lage, dass diejenigen, die tatsächlich im Vollzug arbeiten, nämlich die Länder, das Heft in die Hand nehmen können. Schon in Kürze wird die Bayerische Staatsregierung diesem Hohen Haus einen Gesetzentwurf eines Bayerischen Strafvollzugsgesetzes vorlegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bereits bevor der Entscheidungstermin des Bundesverfassungsgerichts überhaupt bekannt war, hatte mein Haus eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit möglichen landesgesetzlichen Regelungen für den Strafvollzug befasst hat. Das Ergebnis dieser Erörterungen, die vor allen Dingen auf die Praxis und die jahrzehntelange Erfahrung eingehen, die wir im Strafvollzug gewonnen haben, ist ein Entwurf, der sowohl Vorschriften des Erwachsenenstrafvollzugs enthält als auch einen umfassenden und vor allen Dingen – das möchte ich im Hinblick auf die SPD betonen – einen eigenständigen Teil für den Jugendstrafvollzug, die unter einem Dach residieren. Nach den Planungen wird sich der Ministerrat am 20. März mit diesem Entwurf befassen; anschließend wird er in die Verbandsanhörung gehen, sodass wir damit rechnen können, dass die Erste Lesung im Parlament wohl Ende Mai stattfinden wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gut, dass die SPD-Fraktion nunmehr einen eigenen Entwurf für ein Bayerisches Jugendstrafvollzugsgesetz eingebracht hat.

Das dokumentiert die Ernsthaftigkeit der Thematik. Ich kann nicht verhehlen, dass ich mich beim Durchlesen des Entwurfs gefreut habe, sehr geehrter Herr Schindler, weil einige Passagen mir sehr wohl bekannt vorkamen. Hätten Sie nicht schon darauf hingewiesen, hätte ich jetzt gesagt: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Sie haben auch mit uns gearbeitet; schließlich stand unser Entwurf im Internet.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schindler?

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Ja.

Franz Schindler (SPD): Stimmen Sie mir zu, dass ich mich meinerseits darüber freuen konnte, dass die Staatsregierung in ihrem Diskussionsentwurf ganze Passagen aus dem bestehenden und geltenden Strafvollzugsge-

setz, das wir beide für vernünftig halten, übernommen hat?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Teilweise ja, beim Erwachsenenstrafvollzug ganz bestimmt, beim Jugendstrafvollzug nicht. Das ist aber ein ganz anderes und wichtiges Thema. Es ging uns darum, das Gesetz modern zu halten, ohne dem Zeitgeist hinterherzulaufen, und den Erfahrungen entsprechend anzupassen. Im Übrigen: Viele Ihrer Forderungen, die Sie zusätzlich genannt haben, sind momentan bei uns bereits in der Verwirklichung.

Dennoch gibt es einige Punkte, über die SPD-Fraktion und Staatsregierung durchaus unterschiedlicher Auffassung bleiben werden. Erkennbar ist aber, dass es nicht so diametral ist. Was allerdings den Gesetzentwurf des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN angeht, muss ich sagen, dass dieser mit der Wirklichkeit, mit der wir uns befassen müssen, kaum etwas zu tun hat. Er geht – das muss ich schon sagen – reichlich von sozialromantischen Vorstellungen und nicht von Fakten aus und er nimmt das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht ernst genug.

Lassen Sie mich klarstellen: Unser Entwurf ist frei von jeglicher Ideologie. Er orientiert sich ausschließlich an den Defiziten, die die jungen Strafgefangenen aufweisen. Dabei verfolgen wir eine Doppelstrategie. Zum einen nehmen wir das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung sehr ernst. Wir müssen nämlich sagen: Junge Gefangene sind zu Beginn ihrer Haft nicht per se ungefährlicher, als es Erwachsene sind. Deshalb geht der Entwurf meines Hauses davon aus, dass die Regelvollzugsform der geschlossene Vollzug ist. Dabei bin ich im Übrigen inzwischen mit einer Menge von Sozialarbeitern, die sich intensiv mit der veränderten Jugenddelinquenz befassen, einer Meinung. Auch diese sagen: Zum Wohl der Jugendlichen muss frühzeitiger und zum Teil energischer eingegriffen werden. Das hat nichts mit Drill zu tun, sondern wir versuchen, den Jugendlichen eine Chance zu geben, von der krummen Bahn auf eine gerade zu kommen und ein Leben ohne Straftaten zu führen. Wiederum an den Kollegen Weinhofer: Es ist so, ein gut resozialisierter Straftäter ist für uns die beste Sicherheit, die wir der Bevölkerung garantieren können.

Klarstellen möchte ich aber auch, dass Sozialtherapie und Therapie innerhalb der Gefängnisse ernsthafte Anforderungen an die Gefangenen stellen. Harte Arbeit ist die Erkenntnis, dass Fördern auch immer mit Fördern verbunden ist. Mit der Einrichtung eines Jugendtherapie-zentrums für junge Gefangene in Neuburg-Herrenwörth vor zwei Jahren ist dokumentiert, dass wir uns auch ohne gesetzliche Verpflichtung dieser Aufgabe stellen und diese Aufgabe ganz besonders ernst nehmen. Diesen Weg gehe ich weiter. Oberste Maxime im Jugendstrafvollzug wird die Erziehung der jungen Gefangenen zu einem verantwortungsbewussten Leben bleiben.

In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, dass der Jugendstrafvollzug personell, aber auch von den Sachmitteln her weiterhin gut ausgestattet ist. Über nähere Details des Entwurfs werden Sie wie gesagt in Kürze im Plenum und in den Ausschüssen diskutieren können.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (Drs. 15/6570) – Zweite Lesung –

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Zellmeier das Wort erteilen.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! 1992 hat Bayern als einziges Bundesland die kostenlose Möglichkeit eingeführt, Betreuungsverfügungen beim zuständigen Vormundschaftsgericht zu hinterlegen. 2003 wurde dies auf die Vorsorgevollmachten ausgeweitet. Diese dezentrale Lösung war notwendig, weil es keine zentrale Hinterlegung oder Registrierung gab. Hauptproblem war aber auch gerade diese dezentrale Lösung, denn durch diese ist nicht gewährleistet, dass im Fall des Falles Betreuungsvollmachten auch gefunden werden. Als Beispiele nenne ich den Aufenthalt in einem anderen Bundesland oder den Umzug. Es bestand keine zentrale Abfragemöglichkeit.

Deshalb ist die zentrale Registrierung im Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer, die jetzt besteht, die bessere und sinnvollere Lösung. Deswegen werden wir die bisherige Hinterlegungsmöglichkeit aufheben.

Ich denke, diese zentrale Registrierung ist ein großer Vorteil. Es kostet zwar zwischen 8 und 18 Euro, aber damit wird gewährleistet, dass deutschlandweit gefunden wird, was einmal aufgeschrieben wurde. Doppelgleisigkeit verursacht Verwaltungsaufwand und wird durch ein Vorgehen ersetzt, das bürgerfreundlicher und besser ist. Ich bitte deshalb, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schindler.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diejenigen, die eine zehnminütige Ansprache

erwarten, muss ich leider enttäuschen. Wir haben lange gegrübelt, aber wir finden kein passendes Argument, das es rechtfertigen würde, gegen diesen Gesetzentwurf zu stimmen. Deswegen stimmen wir weiterhin dafür.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt noch Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Wir mussten überhaupt nicht lange grübeln. Dass es Argumente gibt, die dagegen sprechen, kann ich Ihnen innerhalb von 30 Sekunden sagen. Es wird für die Bürgerinnen und Bürger teurer, wenn auch nicht in diesem Maße, aber 18 Euro sind 18 Euro. Das Vertrauen in die Amtsgerichte war und ist sehr groß. Deshalb ist es sinnvoll, solche Vorsorgevollmachten auch künftig bei den Gerichten hinterlegen zu können. Ich sehe nicht ein, warum man alles auf die Notare verlagern und privatisieren muss. Das bisherige System war gut und die Zweigleisigkeit kein Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich noch Frau Staatsministerin Dr. Merk das Wort erteilen.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Es gibt keine Gründe dagegen, wie ich eben gehört habe. Es gibt aber einige Gründe, die für dieses Vorhaben sprechen. Zum einen ist es die Sicherheit, die das zentrale Vorsorgeregister bietet, vor allem dann, wenn es um Wohnungswechsel geht. In diesem Fall können wegen des bundesweiten elektronischen Datenzugriffs wesentlich zuverlässiger Informationen erlangt werden. Gerade bei Umzügen in Länder außerhalb Bayerns besteht derzeit – abgesehen von Bremen, dem Saarland und Sachsen-Anhalt – überhaupt keine Möglichkeit, die Urkunde bei dem zuständigen Gericht hinterlegen zu können. Gerade in Zeiten steigender Mobilität erscheint mir dieser Gesichtspunkt wichtig.

Zum Zweiten verunsichert es die Bürger, wenn man zwei Systeme nebeneinander führt, weil sie sich nicht darüber im Klaren sind, welchem System sie entsprechen sollen. Außerdem gibt es keinen plausiblen Grund dafür.

Zum Dritten ist klar, dass die Aufrechterhaltung der Hinterlegungsmöglichkeit bei dem Vormundschaftsgericht auf Dauer einen doppelten Rechercheaufwand fortschreiben würde. In Zeiten, in denen wir uns befinden und in denen wir sparen müssen, sollten wir uns überflüssige Doppelstrukturen nicht länger leisten, sondern uns auf unsere Kernaufgaben beschränken. Ich denke, bei der Bundesnotarkammer und ihrem bundesweitem Register ist diese Aufgabe bestens aufgehoben.

Lassen Sie mich zuletzt auch noch sagen, dass der Einwand, man müsse zum Notar gehen, schlichtweg nicht greift. Wer lieber in den eigenen vier Wänden Vorsorge treffen will, der kann dies selbstverständlich auch dort tun. Auch die Registrierung kann ohne Notar erfolgen.

Für Internetnutzer geht das schnell und unbürokratisch online. Alle anderen schicken das Anmeldeformular per Post oder per Fax an das Vorsorgeregister. Behauptungen, man müsse einen Notar einschalten, sind falsch. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine, wir sollten diesem Vorhaben unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Jetzt fühlt sich noch einmal Frau Kollegin Stahl gefordert. Bitte schön.

Christine Stahl (GRÜNE): Noch einmal für 30 Sekunden. – Ich finde eine Bemerkung sehr putzig, wirklich putzig. Sie wollen die Bürgerinnen nicht mit zwei parallelen Verfahren durcheinanderbringen. Was ist denn bitte das Widerspruchsverfahren parallel zum Verwaltungsgerichtsverfahren, wie Sie es jetzt mit der Verwaltungsgerichtsordnung tun bzw. Ihr Kollege Innenminister tut?

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Ja, genau. Sie haben damit nichts zu tun, aber Sie sind in dieser Staatsregierung, die einmal Hopp und einmal Topp macht, wie es ihr gerade in den Sinn kommt.

(Zuruf von der CSU: Oh je!)

– Meine 30 Sekunden Redezeit sind noch nicht ausgeschöpft. Wieso ist das Verfahren bei den Amtsgerichten nicht sicher gewesen, außer dass man das nicht weitermelden könnte? Das ist mir schleierhaft. Das könnten Sie nämlich sehr wohl auch.

Sehr wohl ist es auch möglich, dass man ein Testament oder eine Vorsorgevollmacht zu Hause aufbewahrt. Der oder die Betroffene hat aber vielleicht eine Familienstreitigkeit im Haus, weshalb dieser Weg nicht gewählt wird, gerade bei Vorsorgevollmachten. Damit lasse ich es bewenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/6570 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf Drucksache 15/7614 zugrunde. Der federführende und endberatende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 2 als Datum des Inkrafttretens der „1. April 2007“ eingefügt wird.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzes des Bundes“.

Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage 3)

Ich darf jetzt noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben, einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), betreffend „Ausbau der Windenergienutzung in Bayern“, Drucksache 15/7644. Mit Ja haben 48 gestimmt, mit Nein 101. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner und anderer und Fraktion (SPD), betreffend „Ausbau der Windkraftanlagen in Bayern“, Drucksache 15/7651, bekannt. Mit Ja haben 48 gestimmt, mit Nein 99. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich darf jetzt noch die Wahlergebnisse der vorher durchgeführten Richterwahlen bekannt geben. Das ist der Tagesordnungspunkt 4. Wahlvorschlag Constanze Angerer: An der Wahl haben 147 Abgeordnete teilgenommen. Es entfielen auf Frau Angerer 132 Stimmen. Mit Nein haben keine Kolleginnen und Kollegen gestimmt.

Der Stimme enthalten haben sich 15 Kolleginnen und Kollegen.

Wahlvorschlag Peter Küspert: An der Wahl haben ebenso 147 Abgeordnete teilgenommen. Es entfielen auf Herrn Küspert 130 Stimmen, mit Nein hat niemand gestimmt. Der Stimme enthalten haben sich 17 Kolleginnen und Kollegen.

Wahlvorschlag Dr. Erwin Allesch: An der Wahl haben wiederum 147 Abgeordnete teilgenommen. Auf Herrn Dr. Allesch entfielen 131 Stimmen. Mit Nein hat ein Abgeordneter gestimmt. Der Stimme enthalten haben sich 15 Abgeordnete.

Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Frau Constanze Angerer zur zweiten Vertreterin des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs sowie die

Herrn Peter Küspert und Dr. Erwin Allesch zu berufsrichterlichen Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs gewählt hat. Ich wünsche den Gewählten weiterhin Erfolg bei ihrer Arbeit. Damit ist auch der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben für heute unser Arbeitspensum erfüllt. Schönen Abend oder gute weitere Veranstaltungen und Termine. Danke schön. Fußball ist heute auch noch, nicht vergessen.

(Joachim Herrmann (CSU): Die Sitzung ist geschlossen!)

Die Sitzung ist geschlossen. – Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Schluss: 17.27 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.03.2007 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN; Ausbau der Windenergienutzung in Bayern (Drucksache 15/7644)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X		Guttenberger Petra		X	
Ackermann Renate	X			Haderthauer Christine		X	
Babel Günther		X		Haedke Joachim		X	
Bause Margarete	X			Hallitzky Eike	X		
Dr. Beckstein Günther				Heckner Ingrid		X	
Dr. Bernhard Otmar				Heike Jürgen W.			
Dr. Beyer Thomas				Herold Hans		X	
Biechl Annemarie		X		Herrmann Joachim		X	
Biedefeld Susann	X			Hintersberger Johannes		X	
Bocklet Reinhold				Hoderlein Wolfgang			
Boutter Rainer	X			Hohlmeier Monika		X	
Breitschwert Klaus Dieter				Huber Erwin		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Huber Marcel		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Christ Manfred		X		Hufe Peter	X		
Deml Marianne		X		Huml Melanie		X	
Dodell Renate		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Döhler Karl		X		Dr. Kaiser Heinz	X		
Donhauser Heinz		X		Kamm Christine	X		
Dr. Dürr Sepp	X			Kaul Henning		X	
Dupper Jürgen				Kern Anton		X	
Eck Gerhard		X		Kiesel Robert		X	
Eckstein Kurt		X		Kobler Konrad		X	
Eisenreich Georg		X		König Alexander		X	
Ettengruber Herbert		X		Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Eykmann Walter		X		Dr. Kreidl Jakob		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Kreuzer Thomas		X	
Dr. Fickler Ingrid		X		Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Fischer Herbert		X		Kupka Engelbert		X	
Dr. Förster Linus	X			Kustner Franz			
Freller Karl		X		Leichtle Willi	X		
Gabsteiger Günter		X		Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Lochner-Fischer Monica			
Glück Alois		X		Lück Heidi	X		
Goderbauer Gertraud		X		Prof. Männle Ursula		X	
Görlitz Erika		X		Dr. Magerl Christian	X		
Götz Christa				Maget Franz			
Dr. Goppel Thomas		X		Matschl Christa		X	
Gote Ulrike	X			Meißner Christian		X	
Guckert Helmut		X		Memmel Hermann			
				Meyer Franz		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Miller Josef			
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian			
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Dr. Schnappauf Werner		X	
Schneider Siegfried		X	
Schorer Angelika		X	
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	48	101	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.03.2007 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion SPD; Ausbau der Windkraftanlagen in Bayern (Drucksache 15/7651)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold			
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dodell Renate		X	
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykmann Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang			
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton			
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd			
Dr. Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz			
Leichtle Willi	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Meyer Franz		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Miller Josef			
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian			
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Dr. Schnappauf Werner		X	
Schneider Siegfried		X	
Schorer Angelika		X	
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Spinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef			
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	48	99	0

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung gemäß Art. 78 des Bayerischen Wassergesetzes zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über private Sachverständige in der Wasserwirtschaft
 Drs. 15/6571, 15/7616 (ENTH) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	Z	ENTH	ENTH

2. Antrag der Abgeordneten Peter Welnhöfer, Alexander König u.a. CSU
 Konsequenzen aus dem Mordfall in Bayreuth
 Drs. 15/6443, ber. 15/6617 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
 Bericht zur geplanten zweiten Münchner S-Bahn-Stammstrecke
 Drs. 15/6863, 15/7551 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
 Beteiligungsbericht zukünftig in geeigneter, aktueller Form vorlegen
 Drs. 15/7147, 15/7474 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	A	Z

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Dr. Hildegard Kronawitter, Adelheid Rupp u.a. und Fraktion SPD
 Zielabweichungsverfahren für FOC Piding (Landkreis Berchtesgaden) negativ bescheiden
 Drs. 15/7163, 15/7552 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Heidi Lück, Gudrun Peters, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
 Bürokratieabbau - Ämter für Landwirtschaft und Forsten
 Drs. 15/7192, 15/7478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
 Qualitätssicherung und Verfahrensbeschleunigung in der praktischen Denkmalpflege
 Drs. 15/7118, 15/7547 (G) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	A

